



**universität
wien**

Diplomarbeit

Foucault und „Das Leben der Anderen“

Eine filmanalytische Auseinandersetzung mit dem Überwachungsapparat des MfS

Verfasserin

Susanne Kogler

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2012

Matrikelnummer: 0101257
Studienkennzahl laut Studienblatt: A 300
Studienrichtung laut Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hannelore Eva Kreisky

Meinen Eltern gewidmet, in Dankbarkeit
für ihre bedingungslose Unterstützung und Großzügigkeit.

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Oberwart, im Januar 2012

Susanne Kogler

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Aufbau der Arbeit und Methode.....	8
1.2 Forschungsstand.....	8
1.3 Zentrale Forschungsfragen.....	9
1.4 Hypothese.....	10
1.5 Forschungsschwerpunkt	10
2. Der politische Philosoph	11
2.1 Biografie	11
2.2 Werkanalyse.....	17
3. Die Disziplinargesellschaft	22
3.1 Die Macht.....	22
3.2 Die Disziplin	26
3.3 Die Disziplinierung der Körper	28
3.3.1 Parzellierung des Raumes.....	28
3.3.2 Die Kontrolle der Tätigkeiten	29
3.3.3 Die Organisation von Entwicklungen.....	30
3.3.4 Die Zusammensetzung der Kräfte.....	31
3.4 Die Kontrolle der Disziplinierung	31
3.4.1 Die Überwachung.....	31
3.4.2 Die normierende Sanktion	32
3.4.3 Die Prüfung.....	32
3.5. Der Panoptismus.....	33
3.5.1 Die Transformation.....	34
3.5.2. Die Ausweitung der Disziplinarmechanismen	35
3.5.3 Die Verstaatlichung der Disziplinarmechanismen	35
3.6 Das Gefängnis.....	35
3.7 Der Delinquent.....	38
4. Exkurs zur Gouvernamentalität	39
4.1 Der Begriff.....	39
4.2 Die Disziplin in der Gouvernamentalität.....	40
4.3 Die Entwicklung der Gouvernamentalität	41
4.3.1 Das Pastorat	41
4.3.2 Die diplomatisch-militärische Technik.....	42
4.3.3 Die Polizei.....	43
5. Die Deutsche Demokratische Republik	45
5.1 Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ)	45

5.2 Die Gründung der SED.....	48
5.3. Die SED als Partei neuen Typus.....	49
5.4 Die Teilung Deutschlands.....	51
5.5 Die Gründung der DDR.....	53
5.6 Die Begriffsdefinition von Diktatur/Totalitarismus/Autoritär.....	54
5.7 Das Herrschaftssystem der DDR.....	56
5.8 Der Parteiapparat der DDR.....	57
5.9 Der Staatsapparat der DDR.....	60
5.10 Massenorganisationen.....	60
5.11 Die Ära Ulbricht 1950-1971.....	61
5.11.1 Der Aufstand vom 17. Juni 1953.....	62
5.11.2 Mauerbau.....	63
5.12 Die Ära Honecker 1971-1989.....	66
5.13 Schriftsteller in der Diktatur.....	70
5.13.1 Kultur- und Literaturpolitik in der Ära Walter Ulbricht.....	71
5.13.2 Kultur- und Literaturpolitik in der Ära Erich Honecker.....	73
5.14 Die Wende im Herbst 1989.....	75
6. Das Ministerium für Staatssicherheit.....	80
6.1 Aufgaben.....	83
6.2 Struktur.....	86
6.2.1 Der Aufbau des MfS.....	86
6.2.2 Bezirksverwaltungen.....	89
6.2.3 Kreisdienststellen.....	90
6.3 Materielle und finanzielle Ausstattung des MfS.....	91
6.4 Juristische Hochschule Potsdam-Eiche.....	91
6.5 Untersuchungshaftanstalt I Berlin-Hohenschönhausen.....	91
6.6 Hauptamtliche Mitarbeiter.....	94
6.7 Weitere Mitarbeiter des MfS.....	95
6.8 Inoffizielle Mitarbeiter.....	96
6.9 Disziplinierungs- und Überwachungsmethoden.....	98
6.9.1 Die Sicherheitsüberprüfung.....	98
6.9.2 Operative Personenkontrollen (OPK).....	99
6.9.3 Operative Vorgänge.....	100
6.9.4 Zersetzung.....	102
7. Das Panopticon der DDR.....	104
8. Filmanalyse.....	106
8.1 Inhalt und Repräsentation.....	110
8.2 Figurenanalyse.....	119
8.2.1 MfS-Hauptmann Gerd Wiesler.....	120

8.2.2 Georg Dreymann	123
8.2.3 Christa-Maria Sieland	126
8.2.4 Minister Bruno Hempf	127
8.2.5 MfS-Obersteutnant Anton Grubitz	129
8.3 Interpretation	130
9. Resümee	135
Zusammenfassung	138
Abstract	139
Abkürzungsverzeichnis	140
Literaturverzeichnis	142
Abbildungsverzeichnis	147

1. Einleitung

Als vor über einem Jahrhundert die Brüder Lumiere ihre ersten Filmfragmente vorführten, verließen die Rezipienten erstaunt das Auditorium. Sie befürchteten, dass die Lokomotive den fiktiven Raum verlassen und in den Kinosaal hineinfahren würde. Bis dato entwickelte sich das Medium rasant weiter, so dass es dank technischem und kreativem Fortschritt zur Entstehung verschiedener Genres, Produktionsarten und Distributionsmöglichkeiten kam. Eindeutig blieb auch die Faszination am Medium haften. Bis heute vermag das Medium Film die Rezipienten in seinen Bann zu ziehen. So auch mich. Durch mein privates Interesse begann ich mehrere Lehrveranstaltungen an unterschiedlichen Fakultäten der Universität Wien und Hamburg zum Thema *Film als wissenschaftliches Forschungsinstrument* zu absolvieren. Synchron zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik reifte mein Entschluss eine Filmanalyse im empirischen Teil meiner Diplomarbeit zu erarbeiten. Im Jahr 2005 sah ich den deutschen Kinofilm *Das Leben der Anderen* (Regie: Florian Henckel von Donnersmarck), verfolgte den Erfolg der Produktion, deren Höhepunkt schließlich die Auszeichnung mit dem *Academy Award* in der Kategorie *Bester fremdsprachiger Film* in Los Angeles 2006 war. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Überwachung eines Künstlerpaars in Ost-Berlin durch Mitarbeiter der Staatssicherheit. Der Spielfilm weckte mein Interesse für die Methoden eines Überwachungsapparates, wie in der Diktatur der DDR. Daher reiste ich zweimal nach Berlin und besichtigte sowohl auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt I des Ministeriums für Staatssicherheit die *Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen*, wie auch das *Stasimuseum* Berlin Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, den früheren Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Diese Erfahrungen und Eindrücke führten mich letztlich zur Thematik meiner wissenschaftlichen Abschlussarbeit: Überwachen und Strafen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Arbeiten von Michel Foucault näher zu studieren. Der französische Philosoph beschäftigte sich in einer Studie mit dem Gefängnis und entwickelte daraus das Modell der Disziplinargesellschaft und des Panoptismus, aus der Weiterführung seiner Studie entstand die Theorie über die Gouvernamentalität.

1.1 Aufbau der Arbeit und Methode

Diese Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil wird nach eingehender Literaturrecherche der theoretische Überbau der Arbeit ausgearbeitet. Im zweiten Teil werden der historische Hintergrund, das Herrschaftssystem sowie der Überwachungsapparat der DDR analysiert.

Die zentrale Hypothese, die diese Arbeit verfolgt, erwirkt eine theoretische Verbindung des ersten und des zweiten Teils.

Im dritten Teil schließlich bediene ich mich der qualitativen Methode der Filmanalyse als wissenschaftliches Forschungsinstrument, um die Verifizierung der zweiten Hypothese vorzunehmen.

1.2 Forschungsstand

Die Werke von Michel Foucault sind längst fixer Bestandteil des sozialwissenschaftlichen Forschungskanons, der Forschungsstand zu seinen Arbeiten ist daher enorm umfangreich. Diese Arbeit beschränkt sich auf die Studie *Überwachen und Strafen* (Foucault, 1994). Nach der Wende und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, kam es zu einem regelrechten Boom in der DDR-Forschung. Die Werke von Wilhelm Fricke (1991), David Gill/Ulrich Schröter (1993) gelten bis heute als maßgeblich. Auch kam es in den letzten Jahren im Rahmen von Dissertationsprojekten zu einigen sehr interessanten Publikationen. Die Arbeiten beleuchten, meist in Kooperationen mit wissenschaftlichen Forschungsstellen wie zum Beispiel dem *Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung e.V.* an der TU Dresden, detailliert die Überwachungsmechanismen der Diktatur. Dazu zählen auch die wissenschaftlichen Publikationen von Angela Borgwardt (2002), Babett Bauer (2006) und Sandra Pingel-Schliemann (2004). Doch sind nach über zwanzig Jahren noch immer viele Felder der Diktatur nicht aufgearbeitet. Es bedarf weiterhin einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Diktatur der DDR. Aktuell würde sich noch die unermessliche Gelegenheit bieten, Zeitzeugen zu interviewen.

Schließlich wäre noch die Filmanalyse zu erwähnen, da sie im empirischen Teil dieser Arbeit angewendet wird. Filmanalyse gilt als Methode der qualitativen Sozialforschung. Zahlreiche Standardwerke von Werner Faulstich (1994), Knut Hickethier (2007), Andreas Dörner (2000) oder Lothar Mikos (2003) setzen sich mit diesem Forschungsinstrument auseinander. In der

Politikwissenschaft findet die Methode nur selten Anwendung. Diese Arbeit verwendet die Filmanalyse jedoch nicht in der Art, wie es beispielsweise bei medienwissenschaftlichen Untersuchungen notwendig wäre, wo auch Kameraeinstellungen, Ton und Licht berücksichtigt werden müssen. Diese Arbeit nutzt die Filmanalyse als Überprüfung einer politikwissenschaftlichen Fragestellung und reduziert sich auf die Untersuchung der transportierten Gesellschaftsbilder.

1.3 Zentrale Forschungsfragen

Die vorliegende Arbeit widmet sich im ersten Teil dem Werk *Überwachen und Strafen* (1994) des französischen Philosophen Michel Foucault. Um die Studie und vor allem die Herangehensweise seiner Arbeit verstehen zu können, folgen zunächst ein biografischer Abriss und eine Werksanalyse. Danach wird *Überwachen und Strafe* und das Ergebnis dieser Studie, die Disziplinargesellschaft, eingehend dargestellt. Abschließend folgt ein Exkurs in die weiterführende Theorie zur Gouvernementalität.

Der Schwerpunkt der theoretischen Untersuchung richtet sich aber auf Foucaults Begriffsdefinition von Disziplin und das daraus entwickelte Modell des Panopticons.

Daraus haben sich folgende Forschungsfragen entwickelt:

- Was bedeutet Macht bei Foucault?
- Wie kann der Machtbegriff bei Foucault definiert werden?
- Welche Theorien liegen dem Konzept der Disziplinargesellschaft zugrunde?
- Was ist das Panopticon?
- Welche Funktion übernimmt das Gefängnis und der Delinquent?
- Wie entwickelt sich daraus die Gouvernementalität?
- Was sind die zentralen Begriffe?

Im zweiten Teil folgt eine Darstellung des Herrschaftssystems der DDR. Zunächst werden der Entstehungsprozess, das politische System der Diktatur, sowie die Rolle und Funktion der Hegemonialpartei SED erläutert. Dem folgt eine detailreiche Analyse des Überwachungsorgans der DDR, des Ministeriums für Staatssicherheit.

Antworten auf folgende Forschungsfragen sollen gefunden werden:

- Wie kam es zur Entstehung der DDR?

- Wie war das Herrschaftssystem aufgebaut?
- Welche Funktionen führt das Ministerium für Staatssicherheit aus?
- Wie erfolgt die Disziplinierung der Bevölkerung?
- Ist die DDR ein panoptisches System?
- Was bedeutet Überwachung und Strafen in dieser Diktatur?
- Welche Rolle spielt das Gefängnis?

1.4 Hypothese

Die Herausforderung des zweiten Kapitels besteht darin eine Verbindung zwischen dem foucaultschen Modell und dem System der Diktatur herzustellen. Daher konzentriert sich auch die Hypothese auf diese Verbindung: Wenn das Herrschaftssystem der DDR allen Eigenschaften des foucaultschen Modells des Panopticons entspricht, ist die Diktatur ein panoptisches System gewesen. Wenn die Disziplinargesellschaft der DDR ein panoptisches System bildet, dann besteht die Möglichkeit es anhand einer Filmanalyse über den Spielfilm *Das Leben der Anderen* nachzuvollziehen.

1.5 Forschungsschwerpunkt

Am Beginn des dritten Kapitels wird die Methode der Filmanalyse einführend vorgestellt, um anschließend den Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) des Regisseurs Florian Henkel von Donnersmark zu untersuchen. Dabei werden der Inhalt der Handlung und die Figuren näher analysiert.

Folgende Forschungsfragen sollen beantwortet werden:

- Was ist eine Filmanalyse?
- Wie kann die Filmanalyse als politikwissenschaftliches Forschungsinstrument eingesetzt werden?
- Wie wird der Überwachungsapparat im Film dargestellt?
- Welche Überwachungsmethoden werden verwendet?
- Wie werden die Protagonisten dargestellt?

2. Der politische Philosoph

„Die gesamte Philosophie Foucaults ist eine
Pragmatik des Mannigfaltigen.“

(Deleuze, 1992, 117).

Michel Foucaults Werk gilt zweifellos als kontrovers. Er ist kein Soziologe, kein Historiker und kein Politikwissenschaftler. Foucault ist ein moderner Philosoph. Die Kategorisierung seiner Werke gilt als schwierig, sein Schaffen ist heterogen, seine Forschungsfelder variieren und seine Begriffsdefinitionen gelten als ungenau. „Den inneren Zusammenhang von Foucaults Schriften zu entschlüsseln, erscheint auch heute noch als Herausforderung“ (Kammler/Parr/Schneider, 2008, 9). Daher erleichtert eine Annäherung an die Person und an das Werk das Verständnis seiner Analysen.

2.1 Biografie

Paul-Michel Foucault wurde am 15. Oktober 1926 als mittleres von drei Kindern in Poitiers geboren. Foucaults Vater Paul ist als Chirurg tätig und lehrt zusätzlich an der *École de médecine*. Seine Mutter Anne stammt ebenfalls aus einer Medizinerfamilie. Foucaults Familie ist wohlhabend und unterhält mehrere Bedienstete. Foucault verbringt zunächst zwei Jahre in der Vorschule und besucht danach die Grundschule bis 1936. 1940 wechselt er an das *Collège Saint-Stanislas*. Mittlerweile ist die Stadt von der Deutschen Wehrmacht besetzt.

1943 absolviert Foucault die Matura und entgegen dem Wunsch seines Vaters, beginnt er kein Studium der Medizin. Er entscheidet sich für die *École normale supérieure* (ENS) in Paris. Aufgrund der Kriegswirren absolviert er eine Vorbereitungsklasse (hypokhagne) an einem Gymnasium in Poitiers. Sein erster Antritt zur Aufnahmeprüfung 1945 misslingt. Deswegen zieht Foucault nach Paris und beginnt erneut mit einer Vorbereitungsklasse, diesmal am renommierten *Lycée Henri-IV*. Dort erhält er unter anderem Philosophieunterricht von Jean Hyppolite, welcher zu den späteren Förderern Foucaults zählen wird. Bei seinem zweiten Antrittsversuch 1946 gelingt ihm die Aufnahme. Dabei lernt er seinen späteren Doktorvater, den Universitätsprofessor Georges Canguilhem, kennen. Die ENS in der Pariser *Rue d'Ulm* gilt als elitärer Ausbildungsort und gehört zu den *Grandes Écoles*. Zahlreiche Wissenschaftler und Intellektuelle besuchen diese Einrichtung und kehren später als Lehrende dorthin zurück,

um die nächste Elite Frankreichs auszubilden. Die Absolventen werden meist Staatsbedienstete, höhere Beamte im wissenschaftlichen oder schulischen Bereich.

„Die hohe Konzentration der intellektuellen Eliten an einem Ort – Paris – und die hierarchische Struktur des französischen Bildungswesens mit seinen Eliteinstitutionen schaffen institutionelle Schlüsselpositionen, deren Inhaber durch Prüfungen und Empfehlungsschreiben über zahlreiche wissenschaftliche und intellektuelle Schicksale entscheiden.“
(Keller, 2008, 21f.).

1946 beginnt für Foucault der Unterricht in der *Rue d’Ulm*. Zu seinen Kommilitonen zählen Pierre Bourdieu, Roland Barthes und Paul Veyne. Allerdings gestalten sich diese Jahre für Foucault schwierig. Er kann sich in das Gemeinschaftsleben nicht integrieren und bleibt ein Einzelgänger. Außerdem hadert er mit seiner Homosexualität (vgl. Eribon, 1999, 53ff.). Mehrere Selbstmordversuche und psychiatrische Behandlungen folgen. Foucault bewohnt danach ein Einzelzimmer auf der Krankenstation der ENS.

1948 begegnet Foucault erstmals Louis Althusser. Der ENS Absolvent Althusser kehrt nach deutscher Kriegsgefangenschaft an die *École* zurück und übernimmt im Fach Philosophie die Funktion des *caïman*, in der er als Tutor die Studierenden auf ihre Abschlussprüfung (*agrégation*) vorbereitet. Foucault steht in enger Verbindung zu ihm. Vermutlich untermauert diese Freundschaft auch Foucaults Entscheidung der Kommunistischen Partei beizutreten. Der Marxismus und die Kommunistische Partei fanden in der damaligen Zeit viele Anhänger in intellektuellen Kreisen (vgl. ebd., 64). Während seiner Studienzeit am ENS erwirbt Foucault auch ein Lizentiat in Philosophie und Psychologie an der Sorbonne sowie ein Diplom am *Institut de psychologie de Paris*.

1950 tritt Foucault erstmals zur Abschlussprüfung an und fällt durch. Ein Jahr später besteht er. Danach folgt üblicherweise der langjährige Schuldienst als Gymnasiallehrer, bevor eine Universitätslaufbahn möglich wird. Foucault entzieht sich durch ein Stipendium der *Foundation Thiers* dieser typischen Karriere (vgl. ebd., 73). Die Stipendiaten leben wie in einem Internat mit geregelten Essenszeiten zusammen. Foucault sträubt sich gegen dieses Reglement und verlässt die Einrichtung vorzeitig.

Ein weiteres Diplom für Psycho-Pathologie ermöglicht ihm eine Anstellung am *Hôpital Sainte-Anne*. Ab 1952 hält Foucault bereits eine Vorlesung in Psychologie an der ENS und wird gleichzeitig als Assistent für Psychologie an die Universität Lille berufen. Ab 1953

vertieft sich Foucault in das Werk von Nietzsche, davor galt sein Interesse vor allem Hegel, Kant, Freud, Marx und Heidegger (vgl. Eribon, 1999, 92). Im selben Jahr verlässt er die Kommunistische Partei aufgrund von homophoben und antisemitischen Tendenzen innerhalb der Bewegung.

1955 erhält Foucault - durch Georges Dumézil - die Gelegenheit als Lektor für Französisch an die Universität von Uppsala zu wechseln. Er wird dort zusätzlich das *Maison de France* zwei Jahre lang leiten. Während seines Aufenthaltes beginnt er seine Dissertation (thèse). Im Anschluss daran erhält Foucault die Möglichkeit das *Centre culturel français* in Warschau aufzubauen. Ab 1959 steht er für ein Jahr dem *Institut français* in Hamburg vor. Danach kehrt Foucault nach Frankreich zurück und verteidigt seine Dissertation. Sie besteht aus zwei Teilen: einer *thèse principale* über Wahnsinn und Gesellschaft und einer *thèse complémentaire* mit der Übersetzung von Kants Anthropologie und einer über hundert Seiten langen Einleitung. Als Betreuer fungieren Georges Canguilhem für die *thèse principale* und Jean Hyppolite für die *thèse complémentaire*. *Wahnsinn und Gesellschaft* (Folie et déraison) erscheint 1961 bei Plon. In diesem Zeitraum dürfte Foucault auch den Soziologen Daniel Defert kennengelernt haben, diese Liebesbeziehung wird bis zum Tod Foucaults Bestand haben.

Ab 1960 lehrt Foucault an der Universität von Clermont-Ferrand und zwei Jahre später wird er Inhaber des dortigen Lehrstuhls für Philosophie, unterrichtet aber vor allem Psychologie. Fächer wie Psychologie und Soziologie sind in dieser Zeit noch dem philosophischen Lehrstuhl unterstellt (vgl. ebd., 204f.). 1963 erscheinen *Die Geburt der Klinik* (Naissance de la clinique) und drei Jahre später *Die Ordnung der Dinge* (Les mots et les choses). Durch *Die Ordnung der Dinge* erlangt Foucault Aufmerksamkeit und Ansehen. Zusätzlich entpuppt sich diese Publikation als ein wirklicher Verkaufserfolg für den Verlag Gallimard.

„Das Buch gilt als Frontalangriff auf die dominanten philosophischen Strömungen im damaligen Frankreich und begründet seinen Ruhm.“ (Keller, 2008, 29).

Foucaults Werk scheint intensive Bewegungen in den öffentlichen bzw. wissenschaftlichen Diskurs zu bringen.

„Dazu zählen die seit Ende der 1950er-Jahre in Frankreich durch den Strukturalismus präsenste Herausforderung der dominierenden Philosophie Sartres, die Auseinandersetzung um die Dogmatik eines erstarrten

Marxismus und die sich ankündigenden Wellen der 1968er-Bewegung.“
(Keller, 2008, 30).

Die Werke von Claude Lévi-Strauss und Jacques Lacan bilden den Beginn einer neuen philosophischen Strömung, dem Strukturalismus, und greifen gleichzeitig das Werk von Jean-Paul Sartre an (vgl. Eribon, 1999, 248f.).

„Seit Anfang der sechziger Jahre sprechen alle Intellektuellenzeitschriften in jeden ihrer Hefte vom Strukturalismus, wenn sie ihm nicht gar Dossiers oder Sondernummern widmen. [...] Selten ist die kulturelle Gärung intensiver gewesen.“ (ebd., 249).

Allerdings lehnt sich Foucault gegen seine Zuordnung zum Strukturalismus auf, und durch seine ablehnende Haltung dem Marxismus gegenüber wird er damals als politisch rechts eingeordnet.

1966 erhält Foucault einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität von Tunis. Im selben Jahr beginnen dort studentische Unruhen. Foucault versucht die Protestierenden zu unterstützen, indem er Flugblätter in seinem Wohnhaus drucken lässt (vgl. ebd., 275). In Frankreich kommt es ebenfalls zu studentischen Protesten und massiven Unruhen. *„Der Mai 1968 hat der französischen Gesellschaft mit einem solchem Sturm von Umsturz zugesetzt, daß alle früheren Orientierungspunkte hinfällig geworden sind.“* (ebd., 340).

Nach dem turbulenten Mai 1968 beginnt die französische Regierung mit der Reform des Universitätsapparates: *„Die Universitäten sollen fortan im Sinne der Prinzipien von Autonomie, Interdisziplinarität und Partizipation aller Angehörigen verwaltet werden.“* (ebd., 285).

Infolge der Unruhen kommt es zur Gründung der Reformuniversität von Vincennes. Foucault wird mit dem Aufbau eines Lehrstuhls für Philosophie betraut. Der universitäre Betrieb ist von zahlreichen Protesten, Debatten, Besetzungen und auch gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen den Studierenden und der Polizei geprägt. Zahlreiche Studierende werden festgenommen, verhört und auch verurteilt. Foucault solidarisiert sich mit den Studierenden und nimmt an Protesten und Besetzungen teil. *„Das ganze nächste Jahrzehnt wird diesen neuen Foucault kennen lernen, der neben seiner wissenschaftlichen Arbeit in unterschiedlichsten politischen Aktionen ‚auf die Straße geht‘.“* (Keller, 2008, 32). Zeitgleich erscheint ein weiteres Werk: *Die Archäologie des Wissens* (L'archéologie du savoir). Da zu dieser Zeit der massive politische Einfluss auf viele gesellschaftliche Felder bestehen bleibt, kann nicht von autonomen Strukturen für die Wissenschaft gesprochen

werden. Deutlich wird dies durch das Handeln des Erziehungsministers Olivier Guichard 1970. Er zeigt sich mit dem Lehrprogramm in Vincennes derart unzufrieden, dass er die Gültigkeit der Diplome in Philosophie für das Jahr 1968-69 rückwirkend für ungültig erklärt (vgl. Eribon, 1999, 293f.).

Vermutlich dürften die studentischen Proteste in Tunis und in Vincennes, sowie das Verhalten der politischen Funktionsträger Foucault nachhaltig politisiert haben.

Nach zwei Jahren verlässt Foucault die Reformuniversität. Jean Hypollite ist verstorben und somit wird ein Platz am bedeutenden *Collège de France* frei. Hypollite hat bereits Jahre vor seinem Tod begonnen eine Aufnahme Foucaults an das Collège vorzubereiten. Auch Georges Dumézil und Jules Vuillemin unterstützen seine Kandidatur. Schließlich wird der Lehrstuhl für die *Geschichte der Denksysteme* geschaffen und Foucault erhält diesen Lehrstuhl. Damit hat er zweifellos den Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Karriere erreicht. Die Professoren müssen keine Seminare oder Prüfungen abhalten. Sie sollen jedes Jahr an einem neuen Themenfeld arbeiten und publizieren, die öffentlichen Vorlesungen dienen als Präsentation ihrer laufenden Forschungen. Foucaults Vorlesungen tragen bezeichnende Titel: Willen zur Wahrheit, dem folgen Straftheorien und -institutionen, Die Strafgesellschaft, Psychiatrische Macht, Die Anormalität, Die Gesellschaft muss verteidigt werden, Sicherheit, Territorium, Bevölkerungen, Geschichte der Sexualität, Subjektivität und Wahrheit, Sorge um sich im antiken Griechenland (vgl. ebd., 365f.). An den Arbeitstiteln lassen sich die daraus resultierenden Werke bereits deutlich erkennen.

Neben seiner Tätigkeit am *Collège* und seinem politischen Engagement unternimmt er zahlreiche Vortragsreisen ins Ausland. Er unterrichtet auch als Gastprofessor an den Universitäten Berkeley und Stanford. „*Seit 1970 ist Foucault zu einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens geworden. Er ist bekannt, anerkannt, und sein Name tritt häufig in den Zeitungen, in den Büchern in Erscheinung.*“ (ebd., 338).

1971 ist er Gründungsmitglied der *Groupe information sur les prisons* (GIP - Gruppe zur Information über die Gefängnisse). „*Das GIP – das ist zu Beginn der siebziger Jahre Michel Foucaults Hauptanliegen. Es ist wirklich seine Bewegung.*“ (ebd., 326).

Die Gruppierung engagiert sich für verbesserte Lebensbedingungen von Häftlingen und verteilt Fragebögen an die Angehörigen der Insassen. Die Gruppe trifft sich regelmäßig in einer Privatwohnung und veröffentlicht insgesamt vier Hefte.

„Der GIP hat bemerkenswerten Erfolg: beinahe überall in Frankreich werden Komitees gegründet. [...]Anwälte, Ärzte, Geistliche schließen sich der Bewegung an, die, wenn auch auf informelle Weise, bis zu zwei- oder dreitausend Personen umfasst.“ (Eribon, 1999, 332).

Dieses Engagement dürfte ausschlaggebend für das Entstehen der Analyse *Überwachen und Strafen* (Surveiller et punir) gewesen sein. Die politischen Aktionen werden eine Parallele zu seinen wissenschaftlichen Werken werden.

„Foucault hat seiner wissenschaftlichen wie seiner politischen Tätigkeit zwei Prinzipien zugrunde gelegt. Wenn jede Gesellschaft von Machtrelationen durchdrungen ist, heißt das nicht, daß die bestehenden Machtformen notwendig und legitim oder unüberwindbare Fatalität sind. Der politische Auftrag besteht darin, sie zu analysieren und in Frage zu stellen.“

(Marti, 1999, 152).

Bei einer Demonstration gegen Rassismus 1971 in Paris dürfte es zur ersten persönlichen Begegnung zwischen Michel Foucault und Jean-Paul Sartre gekommen sein. Ein Jahr später erscheint in der Zeitschrift *L'Arc* ein gemeinsamer Artikel von Foucault und Gilles Deleuze. Darin unterscheiden sie zwischen dem *totalen Intellektuellen* und dem *spezifischen Intellektuellen* (vgl. Eribon, 1999, 370). Im Gegensatz zu Sartres Konzept des totalen Intellektuellen ordnet sich Foucault dem spezifischen Intellektuellen zu:

„Während Ersterer vorgeblich über ein überlegenes theoretisches Wissen verfüge, die Richtung der Geschichte kenne und seine öffentliche Deutungsmacht nutze, mischt sich Letzterer als Individuum in ‚lokale‘ und begrenzte Kämpfe ein, spricht allerdings nicht für andere, schon gar nicht für oder im Namen eines geschichtlichen Kollektivsubjektes (etwa der Arbeiterklasse), sondern stellt seine Mittel anderen zur Verfügung, damit jene das Wort ergreifen können.“

(Keller, 2008, 33).

1975 fliegt Foucault mit Yves Montand und einigen weiteren Personen nach Madrid. Die Franco-Diktatur hat elf Frauen und Männer zum Tode verurteilt. Die französischen Aktivisten versuchen mittels einer Pressekonferenz öffentlichen Druck zu machen.

Im Jahr darauf erscheint *Der Wille zum Wissen* (La volonté de savoir) und festigt Foucaults Ansehen.

1977 kommt es zum Bruch zwischen Foucault und Deleuze. Sie setzen sich gegen die Auslieferung von Klaus Croissant nach Deutschland ein. Der Anwalt der Baader-Meinhof-Gruppe ist nach Frankreich geflüchtet, um politisches Asyl zu beantragen. Foucault interessiert sich für die Vorfälle, weil er das Recht des Angeklagten auf Verteidigung

gefährdet sah und der Terrorismus als Motiv für mutwillige Vorverurteilungen benutzt wurde (vgl. Raffnsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 287f.). Foucaults Engagement bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Verteidigung und er sympathisiert in keiner Weise mit den Terroristen. Deleuze dürfte andere Ansichten vertreten haben. Jedenfalls erlebt die Freundschaft ein abruptes Ende (vgl. Eribon, 1999, 371f.).

„Seit dieser Zeit, das heißt seit Ende 1977/Anfang 1978, sehen Foucault und Deleuze einander nicht mehr. Ihre Wege trennen sich.“ (ebd., 373).

1977 reist Foucault im Auftrag der italienischen Tageszeitung *Corriere della sera* in den Iran. Er hält die Ereignisse in Reportagen fest und erlebt das Ende des Schah-Regimes vor Ort. Durch sein Engagement für die iranische Revolution setzt sich Foucault verstärkter Kritik aus (vgl. Marti, 1999, 150).

Beim Engagement für die vietnamesischen *Boat-People* 1979 kommt es wieder zu einer gemeinsamen Aktion von Sartre und Foucault. Mit Pierre Bourdieu gemeinsam unterstützt Foucault die *Solidarnosc*. 1982 begleiten die beiden einen Transport mit Medikamenten, Schriften und Druckmaterial von *Medecins du Monde* nach Warschau. Das Engagement für die polnische Gewerkschaftsbewegung wird Foucaults letzte politische Aktion sein. 1984 erscheinen die Folgebände von *Der Wille zum Wissen: Der Gebrauch der Lüste* (L'usage des plaisirs) und *Die Sorge um sich* (Le souci de soi).

Im Juni des gleichen Jahres wird Foucault in geschwächtem Zustand in eine Klinik gebracht. Michel Foucault stirbt am 25. Juni 1984 an den Folgen von Aids. Viele Freunde und Bekannte nehmen bei einer Zusammenkunft im Krankenhaus Pitié-Salpêtrière Abschied. Michel Foucault wird im Kreise seiner Familie in Vendevre nahe Poitiers bestattet. Georges Dumézil verfasst einen bemerkenswerten Nachruf für den *Le Nouvel Observateur*.

2.2 Werkanalyse

Foucaults Schaffen findet bis heute internationale Beachtung und ist, wie bereits oben erwähnt, ein fixer Bestandteil der Wissenschaftsgeschichte. Trotzdem beharren viele Autoren der Sekundärliteratur auf einige Kritikpunkte. Die immer gleichen kritischen Anmerkungen stehen im Vordergrund und die Rezeption des Werkes rückt dabei in den Hintergrund. Sie bieten dem Leser keine Hilfestellung für das Werkverständnis Foucaults an.

Es existieren jedoch einige Publikationen mit anderen Interpretationen. Sie reagieren auf die kritischen und ablehnenden Stimmen und versuchen Antworten oder auch Gegenargumente aufzuzeigen. Diese Untersuchungen sind in der Lage sich auf das Werk Foucaults

einzulassen, es aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und dem Leser den Zugang zum komplexen Werk zu erleichtern. Zu diesen Ausnahmen der Sekundärliteratur zählen unbedingt das *Foucault. Studienhandbuch* der skandinavischen Autoren Sverre Raffnsoe/Marius Gudmand-Hoyer/Morten Sorensen Thaning (2011), sowie die Analysen von Ulrich Johannes Schneider (2004) und Reiner Keller (2008).

Um die unterschiedlichen Diskussionspunkte besser verstehen zu können, werden hier einige exemplarisch aufgezeigt:

- **Ausbildung:** Eventuell fällt die exakte Zuordnung seiner Analysen so schwer, weil er nicht aus einem dieser sozialwissenschaftlichen Studien hervorkommt. Foucault war kein Soziologe oder Politikwissenschaftler. Er war seiner Ausbildung nach Philosoph und Psychologe. Alleine dadurch muss es zu Ungereimtheiten in der Rezeption seines Schaffens kommen. Vielleicht war seine damalige Arbeitsweise auch wegweisend und zeigt heute noch die Möglichkeiten des Querdenkers auf.

„Foucaults Arbeitsweise lässt sich am besten in Anlehnung an feldexplorative Strategien der heutigen qualitativen Sozialforschung verstehen. [...] Foucaults allgemeine Arbeitsweise lässt sich gut an seinen beiden Studien über Wahnsinn und Gesellschaft sowie Überwachen und Strafen illustrieren.“
(Keller, 2008, 58).

- **Interdisziplin:** Sein Werk kann keiner einzelnen Disziplin zugeordnet werden – Foucault als *„Grenzgänger zwischen den Disziplinen.“* (Keller, 2008, 10). Das birgt Risiken und Chancen. Einerseits wird ihm diese wissenschaftliche Heimatlosigkeit immer vorgeworfen, andererseits bietet es die Chance als Werkzeug interdisziplinär eingesetzt zu werden. Aktuell wird Foucault vor allem in der Sozialwissenschaft, insbesondere in den *Cultural Studies* rezipiert (vgl. ebd., 8).

Außerdem entwickelten sich aus seinen Studien zur Gouvernamentalität mehrere weiterführende Untersuchungen.

„Das Werk steht wie ein monolithischer Block in der Wissenschaftslandschaft und bietet trotzdem zahlreiche Verfahrensweisen zur Entdeckung verdeckter Forschungsfelder an, die niemand mehr vernachlässigen kann.“ (Ruoff, 2007,13).

- **Forschungsmethode:** Ein Teil der Sekundärliteratur fokussiert auf die Mängel seiner Arbeitsweise – es fehle an Struktur, Argumenten, Theorien und Begriffsdefinitionen. Außerdem seien Foucaults Forschungen inkonsequent. Foucault entgegnet: *„Ich bin*

ein Experimentator und kein Theoretiker.“ (Keller, 2008, 11). Da sein Werk sich von vielen anderen philosophischen Denkrichtungen abzugrenzen versucht, bietet es sich auch als Angriffsziel an. Foucaults Werk richtet sich erstens gegen die Geschichtsphilosophie von Hegel und Marx und zweitens gegen die Subjekt- und Bewusstseinsphilosophie von Kant und Husserl. Drittens wendet er sich auch von den existentialistischen Philosophen Sartre und Heidegger ab (vgl. ebd., 43f.). Foucaults Werk steht stark unter dem Einfluss von Nietzsche.

Tatsächlich irreführend sind vor allem Foucaults eigene Anmerkungen zu früheren Analysen. Seine Rückblenden sind für den Leser verwirrend. Foucault stand seinem Werk sehr kritisch gegenüber und war beispielsweise mit der *Der Wille zum Wissen* lange unzufrieden.

Der andere Block (wie bereits erwähnt, Analysen von Ulrich Johannes Schneider, 2004 und Reiner Keller, 2008) der Sekundärliteratur konzentriert sich auf charakteristische Merkmale. Charakteristisch sind Foucaults ungewöhnlicher Schreibstil, seine lückenhafte Argumentation, die Aufzählung unterschiedlichster Daten und Ereignisse. Zudem enthält sein Werk zahlreiche Anspielungen und Zitate aus Literatur und Philosophie. Weiters folgen seine Studien keinem einheitlichen methodischen Vorgehen, stehen aber in direktem Zusammenhang mit seiner Biografie (vgl. ebd., 38f.).

Daher sollen mögliche Forschungsfragen lauten, ob der ein oder andere vermeintliche Mangel die Bedeutung des Werkes überhaupt in Frage stellen kann, und ob die Wechsel und Veränderungen seines Denkens nicht einfach Entwicklungsschritte seiner Forschungen darstellen.

„Die transformierende Bewegung des Denkens ist an der Oberfläche des Werks als Wechsel der Methoden und Kategorien erkennbar, im Inneren der Bücher zeigt sie sich als Vertiefung und Radikalisierung von Fragestellungen, die in das philosophische Denken umso tiefer hineinführen, je stärker sie aus der Philosophie herauszuführen scheinen.“
(Schneider, 2004, 11).

Trotz dieser Transformationen lässt sich ein roter Faden ziehen. Zum einen ergeben Foucaults Studien vielleicht auf den ersten Blick keine zusammenhängende Konzeption, jedoch untersucht er immer wieder die zentralen Begriffe Macht, Wissen und Subjekt. Zweitens verarbeitet Foucault politische Problemfelder. *„Dafür wählte er geschichtliche Gegenstandsbereiche, die meist einen unmittelbaren*

Lebensgeschichtlichen Bezug aufweisen.“ (Keller, 2008, 10). In einigen Studien nähert Foucault sich dem Problemfeld über historische Ereignisse, um daraus gesellschaftspolitischen Entwicklungen nachzuspüren und zu analysieren. Sichtbar wird diese Methode beispielsweise bei der Studie *Überwachen und Strafen* (1994). Somit könnte das Argument vorgebracht werden, Foucault arbeitet doch mit Methode.

„Foucaults Ansatz ist somit kontextualisierend und reflexiv in dem Sinne, dass seine vermeintlichen Thesen keine zu beweisenden und zu verallgemeinernden Behauptungen sind, sondern vielmehr reflexive Arbeitsinstrumente, die es in der Untersuchung eines bestimmten konkreten Zusammenhangs umzusetzen gilt.“ (Raffnsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 12f.).

- Engagement: Foucaults Forschung weist starke Parallelen zu seinem politischen Engagement und zu eigenen Lebenserfahrungen auf. Er arbeitet in einer Klinik, erhält selbst professionelle Hilfe, unterstützt die Proteste der Studierenden, gründet das GIP und unternimmt zahlreiche Auslandsreisen. *„Das allgemeine Grundmuster der Foucault’schen Vorgehensweise besteht im Ausgang von aktuellen Fragestellungen und Erfahrungen.“* (Keller, 2008, 59). Sein reges Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen spiegelt sich in der Auswahl seiner wissenschaftlichen Untersuchungsfelder. Darin gründen die scheinbaren Differenzen seiner Themenwahl. Er wechselt nicht willkürlich den Forschungsbereich, sondern beginnt sich durch persönliche Ereignisse für ein Thema auch wissenschaftlich zu interessieren.
- Strukturalismus: Eine weitere Diskrepanz bildet seine Zuordnung zum Strukturalismus. Foucault selbst wehrte sich dagegen. Allerdings wird sein Werk meistens in Verbindung mit dem Schaffen von Claude Lévi-Strauss, Jacques Lacan, Gilles Deleuze, Jacques Derrida, Roland Barthes, Pierre Bourdieu und Jean-Francois Lyotard gebracht. Die Studien dieser Autoren sind zu unterschiedlich, um sie in ein enges Netzwerk zu zwingen. Die Verbindungen bestehen vor allem in der ähnlichen Ausbildung (ENS) und den persönlichen Verbindungen zueinander. Es mag zwar einige Linien zwischen einzelnen Personen geben, dennoch ist es schwierig, zwischen dem Werk von Lévi-Strauss und Bourdieu Ähnlichkeiten auszumachen wie beispielsweise bei Adorno und Habermas.
„Es widerstrebt unserer Vorstellung, dass Figuren der gleichen Epoche nicht verwandt denken, nicht einmal ansatzweise, nicht einmal den Wirkungen nach, wenn wir schon die Motive als heterogen konzедieren.“ (Schneider, 2004, 22).

„Foucault beschreibt sein Werk gelegentlich als einen ‚Werkzeugkasten‘, von dem man mehr oder minder nach eigenem Gutdünken Gebrauch machen könne.“ (Raffinsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 12). In diesem Sinne soll die vorliegende Arbeit zuerst Foucaults Studie *Überwachen und Strafen* (1994) darlegen und analysieren, um sie dann in den darauf folgenden Kapiteln als Werkzeug zu nutzen.

3. Die Disziplinargesellschaft

Michel Foucault nähert sich seinem theoretischen Modell der Disziplinargesellschaft anhand historischer Beispiele. Foucaults Arbeitsmethode beginnt meist mit einem historischen Rückblick und skizziert die langfristige Transformation aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Seine Monografie *Überwachen und Strafen* (1994) beginnt mit der peinigenen Marter und führt einerseits weiter zum Modell des Gefängnisses und andererseits zur Disziplinargesellschaft. „*Thema dieses Buches ist eine Korrelationsgeschichte der modernen Seele und einer neuen Richtgewalt.*“ (Foucault, 1994, 33). Die Metamorphose des Strafsystems kann nicht ohne eine weitere korrelierende Entwicklung betrachtet werden - dem Entstehen einer Disziplinargesellschaft. Um dieses Modell zu analysieren, benötigt es eine detaillierte Hinführung.

Zuerst werden in der Studie die zentralen Begriffe Macht und Disziplin definiert, danach die Techniken der Disziplinierung und dann werden die Kontrollmaßnahmen erläutert.

Anschließend wird das Modell des Panopticons erklärt. Die Transformation des Panopticons hin zum Gesellschaftsmodell wird im letzten Teil ausgeführt. In diesem Kapitel werden einzelne Komponenten der Studie dargestellt und der Fokus auf die beiden Konzepte über die Disziplinargesellschaft und die Gouvernamentalität gerichtet.

3.1 Die Macht

Macht ist ein zentraler Begriff in Foucaults Analysen. Es kommt zu unterschiedlichen Begriffsdeutungen, welche mit der Thematik seiner jeweiligen Studien korrespondieren. Der Begriff der Macht lässt sich nicht exakt für das Gesamtwerk von Michel Foucault definieren. Foucault formuliert diesen Begriff weder exakt noch endgültig. Kritiker sehen darin eine Schwäche seiner Studien. Foucault selbst allerdings passt den Begriff seinen fortschreitenden Erkenntnissen an (vgl. Ruoff, 2007, 146).

In seinen ersten Arbeiten verwendet er einen negativen Machtbegriff. Macht steht für Repression und Unterdrückung. In der späteren Schaffensperiode, etwa in *Überwachen und Strafen* (1994), beginnt Foucault Macht unter der genealogischen Vorgehensweise zu analysieren und sieht Macht als Taktik und Technik.

„Unter der genealogischen Vorgehensweise versteht Foucault seine Analyseperspektive ab Anfang der 1970er-Jahre. Sie verfolgt über

historische Zeiträume hinweg ausgewählte Formen der ‚Problematisierung‘ in gesellschaftlichen Handlungsfeldern, arbeitet komplexe Macht-/Wissens-Konfigurationen heraus und untersucht deren Transformation.“
(Keller, 2008, 74).

Bei den Studien zur Gouvernementalität hingegen steht das Lenken der Bevölkerung im Zentrum seiner Machtanalytik (vgl. Raffinsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 55).

In der Sekundärliteratur werden zu Foucaults Machttheorie - beziehungsweise Machtanalyse - zwei unterschiedliche Interpretationen vertreten. *„Das Problematische einer periodischen Einteilung von Foucaults Denken zeigt sich bereits in Bezug auf den angeblichen Bruch zwischen zwei gegensätzlichen Machttheorien.“* (ebd., 53).

Die Autoren Sverre Raffinsoe/Marius Gudmand-Hoyer/Morten Sorensen Thaning (2011) gehen von einer Verschiebung von einer archäologischen zu einer genealogischen Vorgehensweise aus: *„Diese beiden Analysemethoden sind tatsächlich so eng verbunden, dass sich in Foucaults Werk kaum eine einzige konkrete Analyse finden lässt, die sich ganz eindeutig unter dem einen und nicht dem anderen Typ rubrizieren ließe.“* (ebd., 57).

Andere Autoren verstehen Foucaults Herangehensweise eher als Bruch in seinen Arbeiten (vgl. ebd., 50).

Vielleicht ist sein Machtbegriff so flexibel, weil Foucault in erster Linie keine explizite Theorie über die Macht entwickeln wollte. Sein Forschungsinteresse lag anderswo:

„Nicht die Macht, sondern das Subjekt ist deshalb das allgemeine Thema meiner Forschung. Aber die Analyse der Macht ist selbstverständlich unumgänglich. Denn wenn das menschliche Subjekt innerhalb von Produktions- und Sinnverhältnissen steht, dann steht es zugleich auch in sehr komplexen Machtverhältnissen.“
(Foucault, 1999, 162).

Foucaults Fokus zielte nicht auf die Macht ab, sondern auf die Mechanismen: Wie funktioniert sie, wie wird sie ausgeübt und wie kann sie analysiert werden (vgl. Maset, 2002, 80).

Aufgrund dieser Vielfältigkeit beschränkt sich dieses Kapitel auf die Machtanalytik der Disziplinargesellschaft bzw. auf die Machtanalytik in der Konzeption von *Überwachen und Strafen*.

„Was ich in ‚Überwachen und Strafen‘ zeigen wollte, ist, wie es seit dem 17./18. Jahrhundert tatsächlich zu einer neuen Technologie der Macht gekommen ist. [...] es entstand vor allem zu dieser Zeit etwas, was man als

„neue Ökonomie der Macht“ bezeichnen könnte, d.h. Verfahren, die es ermöglichen, die Machtwirkungen ständig, in ununterbrochenem Fluß, angepasst, sozusagen ‚individualisiert‘ im gesamten sozialen Körper zirkulieren zu lassen.“
(Foucault, 1978, 35).

In diesem Sinne kann die These aufgestellt werden: Macht ist ein durchdringendes, dezentrales, lokales, diffuses, produktives Kräfteverhältnis, das überall ist, von oben und unten wirkt, aber niemand besitzt.

Macht wird nicht mehr von einem Souverän ausgeübt, sondern besteht als Verhältnis oder als Netz von Beziehungen und Handlungen zwischen einzelnen Individuen. Die Macht in der Disziplinargesellschaft ist kein Souverän. Während der Souverän mit einer Person identifiziert wurde, löst sich bei Foucault die persönliche Identität der Macht auf (vgl. Ruoff, 2007, 41). Foucault wendet sich auch von einem institutionellen Machtbegriff, der an politische Instanzen gebunden ist, ab. Macht befindet sich im ganzen Gesellschaftskörper. Foucault spricht immer wieder von einer Macht, die die Körper durchdringt. Man kann sich ihr nicht entziehen oder außerhalb der Macht aufhalten (vgl. Foucault, 1978, 210).

„Die Macht muß als etwas analysiert werden, das zirkuliert oder vielmehr als etwas, das nur in Art einer Kette funktioniert. [...] Die Macht funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation. Und die Individuen zirkulieren nicht nur in ihren Maschen, sondern sind auch stets in einer Position, in der sie diese Macht zugleich erfahren und ausüben; [...] die Macht wird nicht auf die Individuen angewandt, sie geht durch sie hindurch.“
(ebd., 82).

Für die Verortung von Macht lässt sich sagen, „[...] Macht ist lokal, insofern sie nie global ist, sie ist jedoch nicht lokal oder lokalisierbar, insofern sie diffus ist.“ (Deleuze, 1992, 41). Dass bedeutet, dass Macht sich aufteilt und sich nicht auf eine Institution oder Person reduzieren lässt. Sie ist zwar vor Ort, aber nicht lokalisierbar, immer in Bewegung. Außerdem wirkt Macht nicht linear von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben. Genauso wie sie von einem Subjekt ausgeübt und empfangen werden kann.

„Machtverhältnisse sind also soziale Beziehungen, die zugleich durch politische, soziale, ökonomische Strukturen und das Handeln der Subjekte geformt werden.“ (Maset, 2002, 85).

Macht ist nicht repressiv sondern produktiv. Sie unterdrückt nicht, sondern fördert ein bestimmtes Verhalten und Handeln. Wenn Macht nur negativ wäre, würde sie nicht Bestand haben. *„Foucault hält es für gefährlich, Machtmechanismen ausschließlich auf Repression, Ausgrenzung und Negation zu reduzieren, denn wenn Macht nur als neinsagende Gewalt auf Menschen lasten würde, wäre sie nicht akzeptiert.“* (Maset, 2002, 83).

Um diese Mechanismen der Macht aufrecht zu erhalten, werden Wissensapparate benötigt: *„Es sind konkrete Instrumente der Herausbildung und Akkumulation von Wissen, es sind Beobachtungsmethoden, Registriertechniken, Untersuchungs- und Forschungsverfahren, Kontrollapparate.“* (Foucault, 1978, 87).

Freiheit gilt als weiteres Element zur Instandhaltung der Machtmechanismen. Die Freiheit des Subjekts unterschiedliche Handlungen und Reaktionen setzen zu können, *„[...] vor denen ein Feld von Möglichkeiten liegt, in dem mehrere ‚Benehmen‘, mehrere Reaktionen und verschiedene Verhaltensweisen statthaben können.“* (Foucault, 1999, 194).

Die Freiheit steht für den Autor nicht im Widerspruch zu den Machtverhältnissen, sondern ist Teil, sogar Voraussetzung der Macht.

„Vielmehr ist Widerstand zu begreifen als eine Tätigkeit, die in einem wechselseitig antagonistischen Verhältnis zur Machtausübung steht, und zwar derart, dass sie sich gegenseitig anregen und stimulieren.“ (Raffinsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 37).

Foucault geht von einer wechselseitigen Beziehung zwischen Macht, Freiheit und Aufbegehren der Freiheit aus – *„[...] einer fortwährenden Provokation“* (Foucault, 1999, 194). Macht ohne Freiheit wäre für Foucault Sklaverei.

Für eine Analyse von Machtverhältnissen empfiehlt Foucault folgendes Raster (vgl. ebd., 196f.):

- Das System der Differenzierungen, das dem Handeln anderer zugrunde liegt: jedes Machtverhältnis bringt Ausdifferenzierungen mit sich, ob als Bedingung oder Wirkung, dazu zählen Unterschiede im Status, ökonomische Unterschiede, sprachliche oder kulturelle Unterschiede, Unterschiede bei der Stellung im Produktionsprozess; etc.
- Die Ziele, die von jenen verfolgt werden, die auf das Handeln anderer Subjekte einwirken: Vorrechte, Akkumulation von Profiten, Einrichtung einer Autorität,

Aufbau einer Funktion oder eines Faches.

- Die instrumentellen Modalitäten: Wie wird Macht ausgeübt - mit oder ohne Waffen, durch ökonomische Ungleichheiten, Kontrollmechanismen, Überwachungssysteme, Regelwerk, materielle Einrichtungen.
- Die Formen der Institutionalisierung können unterschiedliche Formen annehmen. Entweder als in sich selbst geschlossenes Dispositiv mit spezifischen Orten, eigenen Regeln, hierarchischen Strukturen (wie Schulen), aber sie können auch komplexe Systeme sein, wie Staaten.
- Die Grade der Rationalisierung: Machtmechanismen können sich verwandeln und neu organisieren. Sie passen sich bestimmten Prozeduren an. Die Machtmechanismen hängen von der Wirksamkeit, den Kosten, den Ergebnissen ab.

Foucault weist auf die Gefahren bei der Machtanalyse von Institutionen hin: Erstens haben Institutionen unter anderem die Aufgabe sich selbst zu erhalten und das birgt die Gefahr, nur eine reproduktive Machtanalyse zu erstellen. Zweitens besteht die Möglichkeit, Macht durch Macht erklären zu wollen, in dem man in der Institution selbst die Erklärung und den Ursprung für die Machtverhältnisse sucht (vgl. Foucault, 1999, 195).

3.2 Die Disziplin

Zu Beginn von *Überwachen und Strafen* steht die Hinrichtung des Königsmörders Damien. Foucault schildert in allen Einzelheiten das qualvolle Sterben des Täters. Die Marter und die Inbesitznahme des Körpers werden als Methode der Strafe verwendet. Er schildert den öffentlichen Vollzug der Strafe und das damit verbundene Martyrium, welches im Zentrum der Rechtssprechung stand. Das Urteil wurde *coram publico* vollzogen und diente der Auslöschung der Tat. Das Motiv der Rechtssprechung war Rache. Das Verbrechen sollte mit dem gleichen grausamen Maß an Strafe ausgelöscht werden: einem Dieb wurde der Arm abgetrennt, einem Mörder sein Leben genommen.

Anhand der Strafrechtsreformen des 18. Jahrhunderts skizziert Foucault weiterführende Veränderungen. Der Wandel im Strafvollzug entfernt sich von dem Verständnis eines

Verbrechers als Rechtssubjekt hin zum Gehorsamssubjekt. Der Täter oder Verurteilte wurde nun auch als Mensch anerkannt (vgl. Foucault, 1994, 165). Der Körper wurde sozusagen als Gegenstand der Macht entdeckt.

„Die Disziplinarmacht besitzt ein völlig verändertes Ziel, das sie von der feudal-absolutistischen Macht und der Macht der Hemmzeichen des reformjuristischen Typs deutlich unterscheidet. Ihr Ziel definiert sich bereits vor der industriellen Revolution in der Dressur der Körper. Man entdeckt den ökonomischen und nützlichen Körper, der in zahlreichen Institutionen [...] den Mitteln der milden Abrichtung unterliegt.“
(Ruoff, 2007, 149).

Verkürzt könnte man die Disziplin als Machttypus, als eine Methode oder vielleicht eine Technik nennen, welche die Kontrolle über den Körper zu erlangen versucht.

„Diese Methoden, welche die peinliche Kontrolle der Körpertätigkeiten und die dauerhafte Unterwerfung ihrer Kräfte ermöglichen und sie gelehrig/nützlich machen, kann man die ‚Disziplinen‘ nennen.“ (Foucault, 1994, 175).

Foucault spricht nicht nur von den Normen und Zwängen, sondern fügt auch die detaillierte Kontrolle aller körperlichen Bewegungen, Haltungen und Gesten an: *„Die Disziplin ist eine politische Anatomie des Details.“* (ebd., 178).

Die Disziplin spaltet die Macht des Körpers und teilt sie in Kategorien von Fähigkeit und Tauglichkeit ein. *„Disziplin ist eine Praxis, die sich beobachten lässt und die uns etwas verrät über den neuen Typ von Macht, der sich in Reglementierungen, Regularien, Strategien und Taktiken als normsetzend und normalisierend erweist.“* (Schneider, 2004, 129).

Dieser langsame aber stetige Prozess der Disziplinierung wird in den Disziplinierungsinstitutionen, wie Spitälern, Schulen oder Kasernen, vollzogen. *„Der menschliche Körper geht in eine Machtmaschinerie ein, die ihn durchdringt, zergliedert und wieder zusammensetzt.“* (Foucault, 1994, 176). Foucault betitelt diesen Mechanismus als *politische Anatomie* oder auch als *Mechanik der Macht* (vgl. ebd., 176).

„Sie definiert, wie man die Körper der anderen in seine Gewalt bringen kann, nicht nur, um sie machen zu lassen, was man verlangt, sondern um sie so arbeiten zu lassen, wie man will: mit den Techniken, mit der Schnelligkeit, mit der Wirksamkeit, die man bestimmt. Die Disziplin fabriziert auf diese Weise unterworfenen und geübten Körper, fügsamen und gelehrigen Körper.“
(ebd., 176).

3.3 Die Disziplinierung der Körper

Die Disziplinarmaßnahmen erfolgen in mehreren Schritten, sie verorten den Körper in Raum und Zeit, verwandeln ihn sukzessive in ein Subjekt und regulieren den Alltag.

„Im Gegensatz zu älteren Herrschaftsformen konzentrieren sich die Disziplinen ganz auf die Kleinigkeiten des Alltags. Die Produktion der gelehrigen Körper stützt sich auf eine Anzahl von Maßnahmen, dank welcher die Menschen räumlich verteilt, ihre Tätigkeiten kontrolliert, ihre Fähigkeiten trainiert und ihre Kräfte als Ganzes organisiert werden.“
(Marti, 1999, 90).

In den nächsten Punkten werden die Disziplinarmechanismen genauer erklärt.

3.3.1 Parzellierung des Raumes

Die Parzellierung folgt einer architektonischen Ordnung und verteilt die Körper, sie ordnet die Subjekte. Neben der Ordnung ergibt sich ein weiterer Vorteil: *„Diese Festlegung auf einen Ort macht die Individuen nicht nur auffindbar, indem eine Taktik ständiger Lokalisierbarkeit greift, sondern sie macht sie auch ansprechbar.“* (Ruoff, 2007, 103).

Für die Parzellierung und Ordnung nennt Foucault mehrere Techniken. Erstens die Einschließung, beziehungsweise die Klausur. Damit ist die Exkludierung einer Gruppe aus der Gesellschaft gemeint. Schüler oder Soldaten werden in Institutionen, wie Internate oder Kasernen, gezwungen. Foucault ordnet die Fabriken und Manufakturen ebenso solchen Disziplinarapparaten zu.

Als zweiten Punkt führt der Autor die Parzellierung an: Jedes Individuum erhält einen zugewiesenen Platz. Als Vorbild dient die Organisationsstruktur eines Klosters, wo jeder Mönch seine Zelle erhält. *„Jedem Individuum seinen Platz und auf jeden Platz ein Individuum.“* (Foucault, 1994, 183).

Dabei geht es um die Abgrenzung der Personen, damit sich keine Gruppen bilden können. Mehr noch, es geht um die Kontrolle über ihren Aufenthalt und die Kommunikation untereinander (vgl. ebd., 183f.).

Als dritten Punkt nennt Foucault die Zuweisung von Funktionsstellen und verweist auf die Aufteilung des Raumes. *„Die genaue Festlegung von Plätzen entspricht nicht nur der Notwendigkeit der Überwachung und der Unterbrechung von gefährlichen Verbindungen, sondern auch der Schaffung eines nutzbaren Raumes.“* (Foucault, 1994, 184).

Als Beispiele führt Foucault die Spitäler und Fabriken an. Jeder Patient wird registriert, der Name steht am Bett, Leben und Krankheit werden exakt protokolliert. Menschen und Medikamente werden fein säuberlich geordnet, überwacht und weggesperrt.

In den Fabriken werden die Menschen nicht nur aufgeteilt sondern folgen auch der Hierarchie der Produktionsweisen. „*Jede Variable der Arbeitskraft – Stärke, Schnelligkeit, Geschicklichkeit, Ausdauer – kann beobachtet, charakterisiert, eingeschätzt, verrechnet und dem dafür Zuständigen berichtet werden.*“ (Foucault, 1994, 186). Die Fabrik schafft eine Verbindung zwischen der Parzellierung von Individuen und dem Produktionsapparat.

Der Rang beschreibt das vierte Merkmal. Mit Rang sind nicht privilegierte und weniger privilegierte Plätze gemeint, sondern die Ordnung zwischen den Individuen. Die Positionen werden nicht nach Geburt oder Vermögen zugeteilt, sondern sollen Strukturen schaffen – etwa die Aufteilung von Schülern in Klassen und Schulstufen.

Zusammenfassend bilden die erwähnten Disziplinartaktiken die Basis für eine *Mikrophysik der Macht* (vgl. ebd., 191).

3.3.2 Die Kontrolle der Tätigkeiten

Die Arbeit des Menschen unterliegt einem Zeitplan, dafür wurden drei wichtige Regeln aus dem klösterlichen Alltag in andere Lebens- bzw. Arbeitsbereiche übertragen: die Festsetzung von Rhythmen, der Zwang zu bestimmten Tätigkeiten und die Regelung der Wiederholungszyklen (vgl. Foucault, 1994, 192).

Die Klöster geben anderen Disziplinierungsinstitutionen ein strenges Zeitmodell vor. Die lange Tradition der Disziplinierung ließ dieses Schemata auch für andere Institutionen als erstrebenswert erscheinen. In Schulen wie Fabriken werden ebenso genaue Zeitpläne erstellt: die tägliche Arbeitsaufnahme, die Pausen. Alle Einheiten unterliegen einem strengen Reglement, und ein Ausbrechen scheint unmöglich. Die erschöpfende Nutzung der Zeit ermöglicht die genaue Kontrolle über den Körper und über die Arbeitskraft. Kein Zeitfenster darf offen bleiben. Jede Minute wird genutzt bzw. strukturiert. Keine Zeit darf verloren gehen, dadurch scheint sich die Zeit zu vervielfältigen.

Weiters unterliegt die zeitliche Dauer der Tätigkeiten ebenfalls einer Kontrolle. Foucault illustriert dieses Prinzip durch die Messungen der Schrittlänge und Dauer eines Soldaten. Jede Körperbewegung wird optimiert. „*Die Zeit durchdringt den Körper und mit der Zeit durchsetzen ihn alle minutiösen Kontrollen der Macht.*“ (Foucault, 1994, 195).

Drittens beschreibt Foucault die Disziplinierung der Gesten - oder anders der Körperhaltung. Der Schüler muss etwa beim Schreiben eine gewisse Haltung einnehmen, nur dadurch kann er die erforderliche Tätigkeit ausführen. Da es nur in einer gewissen Position möglich ist, die Leistung zu erbringen. Die Haltung der Arme und des Kopfes, alles muss einer Ordnung gehorchen.

„Es handelt sich mehr um einen Körper der Übung als um einen Körper der spekulativen Physik; eher um einen von der Autorität manipulierten Körper als um einen von Lebensgeistern bevölkerten Körper; um einen Körper der nützlichen Dressur und nicht der rationellen Mechanik.“
(Foucault, 1994, 199).

Dem folgt die Zusammenschaltung von Körper und Objekt. Sie beschreibt die Verzahnung des Körpers mit einem spezifischen Objekt der Disziplinierungsinstitutionen. Als Beispiel könnte man den Soldaten nennen, der mit seiner Waffe eine Einheit bildet, oder der Textilarbeiter, der eins wird mit seiner Webmaschine.

„Die Macht bindet den Körper und das manipulierte Objekt fest aneinander und bildet den Komplex Körper/Waffe, Körper/Instrument, Körper/Maschine.“ (ebd., 197).

3.3.3 Die Organisation von Entwicklungen

Der Körper und seine Kräfte lassen sich Zeit bringend nutzen und kontrollieren. Die Zeit wird parzelliert und am Anfang stehen einfache Tätigkeiten. So lernen Schüler in Abschnitten und nacheinander. Sie lernen zuerst die Zahlen und dann das Rechnen. Sie lernen erst simple Aufgaben zu lösen und später komplexe. Alle Aufgaben folgen einem geplanten Ziel. Um beim Beispiel Schüler zu bleiben, er soll eine Prüfung bestehen bzw. die nächste Schulstufe erreichen. Als letzten Punkt folgen die *Serien von Serien*: es kommt zu einer Wiederholung. Klasse folgt auf Klasse (vgl. Foucault, 1994, 204). Der Vorteil ist eindeutig: Der Mensch kann in jeder einzelnen Stufe dieses Systems überwacht werden, seine Zeit wird aufgeteilt und seine Leistungen werden kontrolliert, um ihn endgültig einem Ziel näherzubringen.

„Die Organisation von Entwicklungen stellt eine weitere Disziplinarmaßnahme dar, die die Ausbildung beherrscht; das stete Einüben erlernter Fähigkeiten bewirkt eine fortschreitende Unterwerfung.“ (Marti, 1999, 91).

Diese Entwicklung führt zum Entstehen der Übung, welche den Vergleich der Individuen ermöglicht. Sie geraten dadurch in einen stetigen Wettbewerb.

„Die Übung ist nämlich jene Technik, mit der man den Körpern Aufgaben stellt, die sich durch Wiederholungen, Unterschiedlichkeit und Abstufung auszeichnen.“ (Foucault, 1994, 207f.)

3.3.4 Die Zusammensetzung der Kräfte

Nachdem Körper und Zeit geteilt und optimiert wurden, folgt nun die logische Weiterführung. Die Disziplinarmacht bündelt diese neuen Kräfteverhältnisse.

„Der Körper wird auf seine Funktion reduziert und gleichzeitig wird dieser segmentierte Körper seinerseits als ein Segment in eine Gesamtheit eingefügt.“ (Foucault, 1994, 212).

Erstens nimmt der Körper nicht nur seinen eigenen Platz ein, sondern er wird Teil eines ganzen Systems, einer Maschinerie der Macht. Zweitens wird die Zeit innerhalb dieser Maschinerie auf alle aufgeteilt. In der Schule werden die Schüler nicht nacheinander sondern gleichzeitig unterrichtet. Ihre Körper werden separiert und einem Zeitschemata unterworfen, dennoch sind sie Teil eines Lernapparats. Damit auch die Ordnung eingehalten wird, ist ein Befehlssystem notwendig. *„Es geht nicht um das Verstehen des Befehls, sondern um die Wahrnehmung des Signals und die alsbaldige Reaktion darauf entsprechend einem vorgegebenen Code.“ (ebd., 214).*

3.4 Die Kontrolle der Disziplinierung

Um die Körperkontrolle oder die Disziplinierung gewährleisten zu können, müssen die Körper beziehungsweise die Individuen auch kontrolliert werden.

3.4.1 Die Überwachung

„Die Durchsetzung der Disziplin erfordert die Einrichtung des zwingenden Blicks: eine Anlage, in der die Techniken des Sehens Machteffekte herbeiführen und in der umgekehrt die Zwangsmittel die Gezwungenen deutlich sichtbar machen.“ (Foucault, 1994, 221).

Foucault schreibt der Architektur eine tragende Rolle bei der Überwachung zu. Gebäude beeinflussen das Verhalten der Menschen. Sie kontrollieren ihr Verhalten im Inneren. Wieder einmal führt Foucault Schulen, Kasernen und Spitäler als Bezugspunkte heran. Die Räume

dieser Institutionen haben nur ein Ziel: die Disziplinierung über die Körper (vgl. Foucault, 1994, 222ff.). Er spricht von einem Netz, das alle Individuen erfasst und von oben nach unten, von unten nach oben und auf die Seite sich spannt. Es ist ein Gebilde, das sich selbst überwacht, eine Maschinerie der Macht mit einem pyramidenartigen Aufbau und einem *Chef* (vgl. ebd., 229).

3.4.2 Die normierende Sanktion

Abwesenheit oder Verspätung werden protokolliert und bestraft. Dieses Strafsystem wirkt nach - normend, normierend und normalisierend. *„Auch die ‚Normierung‘ ist mehr als die Herstellung sozialer Gleichförmigkeit. Ihr liegt ein auf Dauer gestelltes, im Alltag installiertes Strafsystem zugrunde.“* (Kammler/Parr/Schneider, 2008, 74).

Die Norm als ein Machtinstrument der Disziplinarmacht ermöglicht das Handeln der Individuen mit einem Modell zu modifizieren.

„Von einer ‚Disziplinarmacht‘ spricht Foucault, wenn die Überwachung und Normierung der Tätigkeiten zu dauerhaftem, persönlichkeitsprägendem Verhalten führt.“ (ebd., 74).

3.4.3 Die Prüfung

Die Prüfung gilt als ein weiteres Instrument der Disziplinaranstalten. Die Leistungen der Individuen werden überprüft und bei drohendem Versagen bestraft.

Wobei der Begriff Prüfung sich eben nicht auf die schulischen Tests reduziert, sondern als Kombination von Machtausübung und Wissensnachweis auch andere gesellschaftliche Bereiche durchdringt. *„Die Prüfung kombiniert die Techniken der überwachenden Hierarchie mit denjenigen der normierenden Sanktion.“* (Foucault, 1994, 238).

Foucault nennt für diese prüfende Überwachung zwei Beispiele: die Visite in den Spitälern und die Leistungsnachweise in den Schulen. Außerdem werden durch Prüfungen unheimliche Mengen an Daten gesammelt und gespeichert. Jedes Individuum wird einzeln registriert und die Daten werden analysiert. Daraus lassen sich Normen und Kategorien bilden.

3.5. Der Panoptismus

Im Panoptismus verbindet Foucault die Disziplinierung mit einem Gesellschaftsmodell.

„Das moderne Individuum ist für Foucault das Produkt einer Machttechnik, für die es sowohl Objekt wie auch Instrument ist. Diese Technik, dieses ‚Mittel der guten Abrichtung‘, ermöglicht die totale und hierarchisch gegliederte Überwachung und ist dabei vor allem auf eine Architektur angewiesen, welche keine Schlupfwinkel kennt und die Untertanen für immer ans Licht bringt.“
(Marti, 1999, 92).

Die Architektur von Bentham führt Foucault schließlich zum Modell des gesellschaftlichen Panopticons. Er beschreibt nicht nur das Modell eines Gefängnisses, sondern transformiert das architektonische Modell in ein Gesellschaftsmodell. *„Das Panoptikum ist für Foucault das Sinnbild für die moderne Gesellschaft, die es auf Überwachung, Disziplinierung und Normalisierung abgesehen habe.“* (Ruffing, 2008, 63).

Er übernimmt wesentliche Merkmale für seine Theorie der Disziplinar- und Kontrollgesellschaft.

„Das Panopticon hingegen ist als ein verallgemeinerungsfähiges Funktionsmodell zu verstehen, das die Beziehungen der Macht zum Alltagsleben der Menschen definiert.“
(Foucault, 1994, 263).

Das Panopticon ist ein ringartiges Gebäude, in der Mitte befindet sich ein Turm mit Fenstern. Dieser Überwachungspunkt ermöglicht Einblick in jede Zelle, die um ihn herum kreisförmig angeordnet sind. Jedoch bleibt die Sicht aus den Zellen in den Turm verwehrt. Dadurch wird die permanente, lückenlose Überwachung jedes Individuums ermöglicht.

„Wo zuvor der höchste Souverän als Individuum sichtbar war, ist nun das Zentrum der Macht verschwunden und durch eine Apparatur ersetzt worden, die autonom, anonym und automatisch funktioniert.“ (Schneider, 2004, 127).

Die Gefangenen fühlen sich auch beobachtet, wenn der Turm leer ist. Sie können nicht wissen, ob und wann sie tatsächlich unter Kontrolle stehen und fühlen sich daher immer unter Beobachtung. Zusätzlich sind die Gefangenen von ihren Mitinsassen getrennt, jeder wird separiert in einem parzellierten Raum festgehalten.

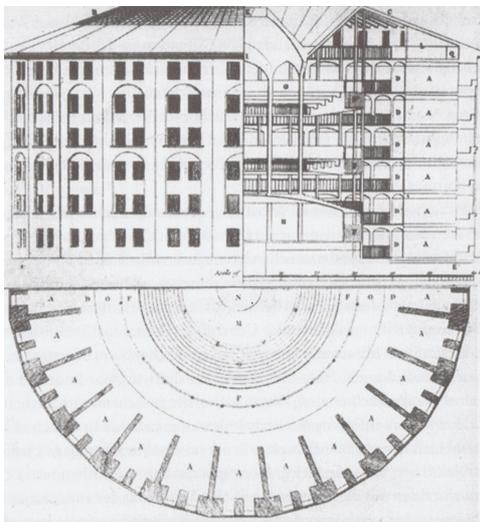
„Ihr Verhalten ist damit für die Beobachtung vollkommen transparent, aber die fehlende Möglichkeit der Gegenbeobachtung führt dazu, dass sie die Kontrolle internalisieren, sich also so verhalten, als ob sie unter Dauerbeobachtung stünden. Die Macht wird automatisiert,

entindividualisiert, sie verschiebt sich auf das Gesamt der Anordnung von Körpern, Blicken, Dingen.“
(Keller, 2008, 114f.).

Für Foucault konzentriert das Modell die Macht, ist vielseitig einsetzbar und er bezeichnet das Panopticon als *Laboratorium der Macht* (vgl. Foucault, 1994, 263).

„Der Panoptismus ist das allgemeine Prinzip einer neuen ‚politischen Anatomie‘, die es nicht mit dem Verhältnis der Souveränität, sondern mit den Beziehungen der Disziplin zu tun hat.“
(ebd., 268).

Abbildung I: Benthams Modell (Quelle: Raffnsøe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 217)



„Die perfekteste Vorstellung der Disziplinarmacht gibt Benthams Modell vom Panopticon.“
(Marti, 1999, 93).

3.5.1 Die Transformation

Mit dem Begriff Transformation umfasst Foucault die Bildung der Disziplinarsysteme, ihre Vervielfältigung und die Formierung einer Disziplinargesellschaft. Die nächsten Unterpunkte beschreiben diese notwendigen Schritte des Prozesses.

3.5.1. Die Funktionsumkehr bei den Disziplinen:

Die Disziplinen sind Techniken, die das Ordnen menschlicher Vielfältigkeiten sicherstellen. Zunächst sollen die Disziplinen Gefahren bannen, unruhige Bevölkerungsgruppen und große Menschenansammlungen unterdrücken. Dann kommt es zu einer positiven Nutzung der

Disziplinen. Zu den Reglements, um die Autorität zu sichern, kommen weitere Funktionen hinzu. Die Disziplinen sollen die Körper in eine Maschinerie, die Kräfte in eine Ökonomie integrieren. Sie entwickeln sich zu Techniken, welche nutzbringende Individuen fabrizieren sollen. Die Macht soll gesteigert werden, und gleichzeitig die Fügsamkeit und Nützlichkeit der Individuen. Um das maximale Ergebnis zu erlangen, werden die Körper der kollektiven Dressur und der detaillierten Überwachung ausgesetzt. Für Foucault hängt die Akkumulation von Macht mit der Akkumulation von Kapital zusammen. Durch diese Entwicklung kommt es zur Vermehrung von Disziplinarinstitutionen.

3.5.2. Die Ausweitung der Disziplinarmechanismen

Einerseits vervielfältigen sich die Disziplinarinstitutionen und gleichzeitig öffnen sie sich nach außen: Kinder werden in der Schule diszipliniert und gleichzeitig erreicht die Institution die Kontrolle über die Eltern. Ebenso entwickeln sich Spitäler und Krankenhäuser zu Stützpunkten der medizinischen Überwachung der Bevölkerung.

Aber die Disziplinarprozeduren funktionieren nicht nur über geschlossene Institutionen sondern auch über Kontrollpunkte in der Gesellschaft, wie über Vereine.

3.5.3 Die Verstaatlichung der Disziplinarmechanismen

Eine wichtige Rolle schreibt Foucault der Polizei zu. Sie ist ein Apparat, der mit dem gesamten Gesellschaftskörper koexistent ist und alles erfassen muss. Die Polizei spannt ein Netz zwischen den Disziplinarinstitutionen, und füllt die Lücken der nicht disziplinierten Räume. Jedoch meint Foucault mit Polizei nicht den exekutiven Apparat demokratischer Staaten, sondern orientiert sich viel mehr an dem Verwaltungsapparat des 18. Jahrhunderts.

3.6 Das Gefängnis

Im letzten Kapitel von *Überwachen und Strafen* widmet sich Foucault dem Gefängnis, welches er nicht als Element des Strafsystems betrachtet, sondern als einen separaten Teil des Machtmechanismus der Disziplinargewalt (vgl. Foucault, 1994, 328).

„Das Gefängnis setzt an den ihm Anvertrauten eine Arbeit fort, die anderswo begonnen worden ist und von der gesamten Gesellschaft mit unzähligen Disziplinarmechanismen an jedem einzelnen fortgeführt wird.“ (Foucault, 1994, 390f.).

Damit verweist der Autor auf andere Disziplinarinstitutionen, die ein Häftling bereits vor seiner Straftat durchlaufen hat: *„[...] das Gefängnis als Relaisstation in einem allgemeinen Netz der Disziplinen und Überwachungen, das Gefängnis als Maschine in einem panoptischen System.“ (ebd., 394).*

Die zwei wesentlichen Funktionen des Gefängnisses sind der Freiheitsentzug der Insassen und die Umerziehung während der Haft. Diese beiden Maßnahmen tragen laut Foucault zum Festhalten an der Strafmethode bei: *„[...] diese zweifache Begründung hat ihm von Anfang an seine Dauerhaftigkeit verliehen.“ (ebd., 297).*

Für die Transformation der Gefangenen können drei unterschiedliche Haftmodelle eingesetzt werden (vgl. ebd., 318):

- das politisch-moralische Modell verwendet die Isolationshaft als Methode.
- das ökonomische Modell setzt in der Umerziehung der Häftlinge auf die Zwangsarbeit als wirkendes Element.
- das technisch-medizinische Modell hingegen geht von einer Normalisierung durch eine Heilung aus.

Der Autor analysiert das Gefängnis jedoch nicht nur als Disziplinarapparat, sondern auch als *Reformatorium*, deren Hauptaufgabe das Umcodieren der Existenzen ist (vgl. ebd., 302).

Diese Transformation der Straftäter erfolgt im Wesentlichen durch folgende drei Maßnahmen:

- Die Isolierung der Gefangenen erfolgt nach außen und nach innen. Sie werden von der Außenwelt abgeschirmt und auch im Gefängnis von einander getrennt untergebracht. *„Die Strafe muß nicht nur individuell sein, sondern auch individualisierend.“ (ebd., 302).* Foucault verweist in diesem Punkt auf unterschiedliche Arten der Trennung, ob die Gefangenen nur in der Nacht oder auch bei Tag separiert werden und welches Verhalten dadurch bezweckt wird.
- Die Arbeit im Gefängnis ist wichtiger Bestandteil im Alltag der Häftlinge. Die Insassen sollen aus dem Müßiggang gerissen werden und in einen Rhythmus gedrängt

werden. *„Sie ist ein Prinzip der Ordnung und Regelmäßigkeit; durch ihre Anforderungen setzt sie kaum spürbar eine rigorose Gewalt durch;“* (Foucault, 1994, 310).

- Die Strafdauer richtet sich nicht nur nach dem Urteil, sondern kann auch durch das Verhalten der Verurteilten während der Haft verändert werden. Foucault spricht von einer Individualisierung der Strafe und von der Transformation des Verbrecher-Individuums zum Sträflings-Individuum (vgl. ebd., 314).

„Als Ort des Vollzugs der Strafe ist das Gefängnis zugleich Ort der Beobachtung der bestraften Individuen. Und dies in zweierlei Sinne. Gewiß geht es um die Überwachung. Es geht aber auch um die Erkennung jedes Häftlings [...]. Das Gefängnis ist der Ort, an dem sich ein klinisches Wissen über die Sträflinge formiert.“ (ebd., 319).

Die Administration einer Haftanstalt speichert alle Informationen über ihre Insassen und wertet sie aus. Die Daten werden über die Dauer der Haftstrafe hinaus dokumentiert (vgl. ebd., 321).

Foucaults Analyse beschränkt sich nicht nur auf das Gefängnis, sondern er verweist auf die Etablierung eines ganzen Kerkersystems. *„Zu diesem Zeitpunkt scheint sich die Disziplin also so weit ausgebreitet zu haben, dass sie nun eine kohärente und übergreifende disziplinäre Einrichtung bildet, oder, mit Foucaults Bezeichnung, ein Disziplindispositiv.“* (Raffnsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 222).

Dieses Kerkersystem weist vier zentrale Merkmale auf: das Gefängnis als Übermacht; das dokumentierte Wissen; die Stagnation der Kriminalität; die erfolglosen Reformversuche (vgl. Foucault, 1994, 349).

Michel Foucault resümiert die Geschichte der Haftanstalt und verweist auf sieben Universalmaximen der Gefängnisse (vgl. ebd., 346ff):

- Prinzip der Besserung: Die Haft soll dazu genutzt werden, das Verhalten der Straftäter zu beeinflussen und zu bessern.
- Prinzip der Klassifikation: Die Insassen werden isoliert, und nach der Schwere ihrer Tat und ihrer Charakteristika inhaftiert.
- Prinzip der Flexibilität der Strafen: Die Strafe kann durch die erzielten Resultate beeinflusst werden.

- Prinzip der Arbeit als Pflicht und Recht: Der Arbeitsdienst ist ein wesentlicher Bestandteil der Haft und soll die Insassen für den Alltag nach der Haft vorbereiten.
- Prinzip der Besserungsstrafe als Erziehung: Die Strafe als Erziehung und Besserungsmittel.
- Prinzip der technischen Kontrolle der Haft: Die Häftlinge werden sowohl von ausgebildetem Personal als auch von medizinischem Personal betreut.
- Prinzip der Anschlussinstitutionen: Die Straftäter werden nach Verbüßen ihrer Haft weiterhin betreut sowie kontrolliert.

3.7 Der Delinquent

Der Delinquent entsteht quasi aus einer rechtlichen Notsituation heraus und agiert in einer Grauzone. *„Der Kreislauf der Delinquenz ist nicht das Nebenprodukt eines Gefängnisses, das beim Bessern versagt; er ist vielmehr das unmittelbare Ergebnis eines Strafsystems [...]“* (Foucault, 1994, 358).

Ehemalige Straftäter können nach ihrer Entlassung abermals in Konflikte geraten. Die Resozialisierung scheitert und die Verurteilten geraten an den Rand der Gesellschaft. Diese Situation, ohne Arbeit oder soziale Netzwerke zu sein, drängt die ehemaligen Häftlinge zur Zusammenarbeit. Sie werden als Delinquenten angeworben.

„Die soziale Seite der Macht nutzt die Gegenwart des Anderen in der Gestalt einer potentiell gegenwärtigen Kontrollfunktion aus, die einen umfassend totalen Charakter besitzt. Im Vergleich mit dem feudalen Machttyp, der sich in der Hierarchie nur vertikal entfaltet, besitzt die Disziplinarmacht einen dezentralen und depersonalisierten Charakter. Er wirkt nicht nur von oben, sondern auch ‚von unten‘.“
(Ruoff, 2007, 149).

Foucault spricht sogar von einer Unterpolizei oder Reservearmee der Macht, welche als Parallelarmee mit der legalen Polizei zusammenarbeitet: *„[...] die Unterwanderung von politischen Parteien und Arbeitervereinigungen, die Anwerbung von Helfershelfern gegen Streikende und Aufständische [...]“* (Foucault, 1994, 361).

Das Gefängnis, die Polizei und der Delinquent bilden nach Foucault einen Zirkel der Überwachung, welcher eine gegenseitige Existenz voraussetzt.

4. Exkurs zur Gouvernementalität

Foucault wollte seine Untersuchungen zur Macht fortführen. Während er sich in *Überwachen und Strafen* (1994) vor allem den Disziplinarinstitutionen widmete, führt die Analyse zur Gouvernementalität darüber hinaus. Der Staat und die Regierung werden zu seinen Untersuchungsgegenständen (vgl. Kammler/Parr/Schneider, 2008, 261).

Foucault hält Ende der 1970er Jahre am *Collège de France* Vorlesungen mit dem Titel: Geschichte der Gouvernementalität Teil 1 und 2. Die Theorie oder die grundlegenden Begriffsdefinitionen der Gouvernementalität erschienen gesammelt posthum als *Dits et Écrits. Schriften in vier Bänden* im Suhrkamp Verlag.

„Der Begriff der Gouvernementalität liefert den Bezugspunkt der Genealogie von Macht-Wissen-Komplexen in Foucaults gegenwartsbezogenen inhaltlichen Forschungsinteressen der 1970er-Jahre [...]. Es geht immer gleichzeitig um ein diskursives Feld der Repräsentation (und Rationalisierung) von Macht und um die durch unterschiedlichste praktische Weisen der (Selbst-)Führung ausgeübte Intervention in das Selbstverständnis der Individuen.“
(Keller, 2008, 91).

Die Texte beinhalten nicht nur seine Theorien, sondern zeugen auch von seiner rhetorischen Qualität. Die deutsche Übersetzung erschien erst über zwanzig Jahre später im Suhrkamp Verlag und ermöglicht nun einen gänzlich neuen Zugang zu seinem Werk. Sie füllen eine Lücke zwischen den ersten Monografien und dem Spätwerk Foucaults, hinterlassen aber dennoch kein einheitliches Werk. *„Während man in der ersten Hinsicht die Vorlesungen in ihrer Funktion als Scharnier betrachtet, erscheinen sie in dieser zweiten Hinsicht als ein attraktives, aber unvollendetes Projekt oder Fragment, [...].“* (Saar, 2007, 24f.). Jedoch haben diese Vorlesungen zur Etablierung eines neuen Forschungszweiges, den *Governmentality Studies*, vor allem im angelsächsischen Raum beigetragen (vgl. Lemke, 2007, 59).

4.1 Der Begriff

Der Begriff der Gouvernementalität stammt vom französischen Wort „gouverner“:

„Mit diesem Kunstwort bezeichnet er die Merkmale und Eigenschaften des individuellen oder kollektiven, staatlichen, institutionellen ‚Regierens‘, ‚Regierungshandelns‘, oder besser: ‚Führens‘ der Handlungsweisen

anderer und, in selbstreflexiver Wendung, des eigenen Handelns.“
(Keller, 2008, 90).

Die Bevölkerung ist das zentrale Element in der Theorie der Gouvernementalität: *„[...] die Bevölkerung wird das Objekt sein, das die Regierung in ihren Beobachtungen und in ihrem Wissen im Auge behalten muss, um tatsächlich rational und reflektiert regieren zu können.“*
(Foucault, 2005, 168).

Der foucaultsche Begriff Gouvernementalität beinhaltet drei wesentliche Elemente:

„Unter Gouvernementalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“
(ebd., 171).

Außerdem zählen zur Gouvernementalität die Herausbildung der Regierung, sowie die Bildung der Regierungsapparate. Drittens impliziert dieser Begriff die Wandlung vom mittelalterlichen Gerechtigkeitsstaat zum Verwaltungsstaat.

4.2 Die Disziplin in der Gouvernementalität

„Doch auch die Disziplin war niemals wichtiger und wurde niemals höher bewertet als von dem Zeitpunkt an, da man versuchte, die Bevölkerung zu führen.“ (Foucault, 2005, 170).

Die Gouvernementalität funktioniert ohne die Disziplinierungstechniken nicht. Die Disziplin bildet sich in einem früheren Zeitrahmen heraus und ermöglicht ab dem 19. Jahrhundert ein Zusammenspiel von Gouvernementalität und dem Disziplinierungsapparat.

„Die Machtformen in Überwachen und Strafen konzentrierten sich ganz auf das isolierte Subjekt. In der Genealogie des Staates geht es um die Künste des Regierens und um die Bevölkerung.“ (Ruoff, 2007, 130).

Die Entwicklung der Gouvernementalität kann somit als eine Weiterführung oder Ergänzung verstanden werden. Foucault spricht sogar von einem Dreieck als fortführende Entwicklung.

„In Wirklichkeit hat man ein Dreieck: Souveränität – Disziplin - gouvernementale Führung, dessen Hauptzielscheibe die Bevölkerung ist und dessen wesentliche Mechanismen die Sicherheitsdispositive sind.“ (Foucault, 2005, 171).

Die Gouvernamentalität ist laut Foucault der Abschluss einer Entwicklung über mehrere Jahrhunderte hinweg. Er beschreibt den Wandel des Staates in drei Schritten: zunächst der feudale Gerechtigkeitsstaat, der territoriale Verwaltungsstaat und letztlich der Regierungsstaat, der durch die Masse der Bevölkerung bestimmt wird (vgl. Foucault, 2005, 173). Die Bevölkerung wird zum Objekt der Regierung. Regieren bedeutet für Foucault nämlich nicht, ein Territorium zu verwalten. Er spricht über die Beziehungen und Bindungen zwischen den Menschen, ihre Handlungs- und Denkmuster. Regieren bedeutet somit, diese Verflechtungen zu systematisieren, zu ordnen. Überspitzt formuliert könnte man meinen, dass Regieren die Ordnung der Dinge ist.

4.3 Die Entwicklung der Gouvernamentalität

Die Gouvernamentalität entwickelt sich bereits ab dem 18. Jahrhundert und garantierte so das Überleben des Staates. Drei große Elemente ermöglichten diese Entwicklung: das christliche Pastorat, die neue diplomatisch-militärische Technik und die Polizei.

4.3.1 Das Pastorat

Foucault stützt sich bei dem Begriff des Pastorats vor allem auf das religiöse und christliche Vorbild eines Hirten. Charakteristisch ist erstens die Macht des Hirten, die sich nicht auf ein Territorium beschränkt, sondern auf die Herde wirkt. Zweitens ist die pastorale Macht positiv, sie ist durch ihre Wohltätigkeit definiert. Der Hirte pflegt, versorgt, ernährt und beschützt seine Herde. Die dritte Eigenschaft ist die individualisierende Macht. Der Hirte achtet auf jedes Mitglied seiner Herde.

„Die Lenkung der Herde trägt die individualisierten Züge der Menschenführung (Seelenleitung) und bildet einen Machttypus aus, der sich in modifizierter Form allen persönlichen Verhältnissen einprägt (Familie, Medizin, Psychiatrie, Bildungswesen, Arbeitsbeziehungen).“
(Ruoff, 2007, 131).

Folgende Aspekte spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Pastorats: die Komplexität der Bindung zwischen Hirte und Herde; die Herde ordnet sich dem Willen des Hirten unter und der Hirte muss sich um jedes Mitglied seiner Herde kümmern. Somit könnte

man festhalten, dass die pastorale Macht sich auf das Führen einer Gruppe von einzelnen Individuen ausrichtet und nicht über ein Territorium herrscht.

4.3.2 Die diplomatisch-militärische Technik

Im 16./17. Jahrhundert vollzieht sich ein Wandel in den Beziehungen zwischen den Staaten, die Rivalität untereinander schlägt um zur Konkurrenz. Die zentralen Prämissen sind nicht der Machterhalt und das Sichern der Besitztümer, sondern das Gleichgewicht zwischen den europäischen Staaten zu gewinnen. In Folge dessen geht es nicht mehr um die Ausweitung des Territoriums sondern um das Wachstum der Staaten. Zukünftig werden die Staaten die Stabilisierung nach außen und das Wachsen der inneren Kräfte anstreben. Die äußere Konkurrenz zwingt die Staaten zur inneren Kontrolle. Um dieses Kräfteverhältnis zu erweitern, benötigt der Staat zwei Elemente. Foucault nennt sie das diplomatisch-militärische Dispositiv und die Polizei und betrachtet die Verknüpfungen der beiden als einen Sicherheitsmechanismus (vgl. Foucault, 2004, 429f.).

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges war es notwendig, die Balance zwischen den europäischen Staaten wieder herzustellen und Frieden zu gewährleisten. Um diese Ziele zu erreichen, nennt Foucault die diplomatisch-militärische Technik. Sie beinhaltet drei Elemente: Erstens den Krieg, die konfliktreiche Auseinandersetzung soll das Gleichgewicht in Europa wieder herstellen.

„Man hat jetzt durchaus das Recht, einen rein diplomatischen Grund anzugeben, um einen Krieg zu beginnen – das Gleichgewicht ist gestört, man muß es wiederherstellen, es gibt einen Machtüberschuß auf der einen Seite, und man kann diesen nicht dulden.“ (ebd., 436).

Die Diplomatie ist das zweite Mittel. Um Verhandlungen und den Informationsaustausch zu erleichtern, bildet sich ein permanentes Netzwerk.

„Das heißt, daß man die Vorstellung eines ständigen Dispositivs von Beziehungen zwischen den Staaten hat, ein Dispositiv von Beziehungen, das weder die Einheit des Reiches noch die kirchliche Universalität ist.“ (ebd., 438). Foucault weist auf die Bedeutung dieser

Entwicklung hin und nennt sie als Ursprungspunkt für das Entstehen des Völkerrechts.

Das dritte Element des diplomatischen-militärischen Systems ist ein ständiges militärisches Dispositiv mit folgenden Notwendigkeiten: eine professionelle Ausbildung, ein permanentes Heer, Waffenarsenale, logistische Ausstattung und Einsatzpläne.

4.3.3 Die Polizei

Als weitere Technik definiert Foucault die Polizei. Der Begriff hat mehrere Bedeutungen, im 16. Jahrhundert spricht man von einem Verbund oder Verein mit öffentlicher Autorität, aber vom Ergebnis guten Regierens. Im 17. Jahrhundert hingegen meint Polizei eine Technik, welche die innere Ordnung garantiert und so das Wachstum des Staates ermöglicht. Nach Foucault bedeutet der Begriff Polizei eine Regierungstechnik und nicht eine Institution oder einen Mechanismus. Damit das Gleichgewicht zwischen den konkurrierenden Staaten hergestellt ist, braucht jeder Staat diese Technik.

„Die Polizei ist also in der Tat die Kunst des Staatsglanzes als sichtbarer Ordnung und prangender Kraft.“ (Foucault, 2004, 452).

Als weiteren wichtigen Faktor nennt Foucault die Statistik. Sie erhebt beispielsweise die Größe der Bevölkerung, der Armeen, der Ressourcen, des Kapitals und ermöglicht einen Vergleich zwischen den Staaten.

„Die Statistik wird durch die Polizei zu einer Notwendigkeit, aber sie wird durch die Polizei auch möglich.“ (ebd., 454f.).

Die Polizei wird als riesiger Verwaltungsapparat dargestellt, welcher Kontrollen durchführt und Daten, zu Krankheiten, Bildungsstatus oder Liegenschaften registriert.

„Das Ziel der Polizei ist also die Kontrolle und die Übernahme der Verantwortung für die Tätigkeit der Menschen, insofern diese Tätigkeit ein ausschlaggebendes Element in der Entwicklung der Kräfte des Staates darstellt.“ (ebd., 464).

Die Polizei soll die Kräfte der Bevölkerung zu Gunsten des Staates lenken und der Staat kann durch die Polizei diese Kräfte anregen und in eine nützliche Richtung lenken.

Die Aufgaben der Polizei fallen in unterschiedlichste Bereiche:

„[...] hierbei handelt es sich um eine Einrichtung, die sehr viel weitergehendere Aufgaben als die moderne Polizei wahrzunehmen hat. In ihren Zuständigkeitsbereich fallen zahlreiche sozialtechnologische Kontrollaufgaben, die über die Einhaltung von hygienischen Vorschriften bis zur Überwachung der Handelswege reichen.“ (Ruoff, 2007, 47).

Foucault gliedert die Aufgaben in fünf Tätigkeitsfelder: Die Polizei muss eine Analyse der Bevölkerung vornehmen und das vorhandene Territorium und die Ressourcen vergleichen. Die zweite Aufgabe ist die Versorgung der Bevölkerung, also eine Art Agrarpolitik. Drittens muss eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und -vorsorge garantiert werden. Die

Kontrolle der Berufe und die Versorgung der arbeitsfähigen Armen fallen in das vierte Tätigkeitsfeld. Der Verkehr und der Handel der Waren sind der fünfte Bereich.

„Die Polizei soll also im Grunde alle Formen der Koexistenz der Menschen untereinander steuern, und das soll ihr hauptsächlichlicher Gegenstand sein.“ (Foucault, 2004, 469).

Die Polizei schließt einen Kreislauf zwischen der Bevölkerung und dem Staat. Sie wirkt als Interventionsmacht hin zur Bevölkerung und die Individuen geben ihre gesteigerten Kräfte dem Staat zurück.

In seiner letzten Vorlesung trennt Foucault den Begriff der Gouvernamentalität in zwei Bereiche, jenen der Politiker und jenen der Ökonomen. Foucault entwickelt eine neue Interpretation des Begriffs der Gouvernamentalität. *„Gesellschaft, Ökonomie, Bevölkerung, Sicherheit, Freiheit: Das sind die Bestandteile der neuen Gouvernamentalität, deren Formen in ihren zeitgenössischen Modifikationen wir noch heute kennen.“* (ebd., 508).

Diese neue Definition beinhaltet Veränderungen: Erstens lenkt der Staat eine bürgerliche Gesellschaft. Zweitens steht der Regierung die Wissenschaft gegenüber. Sie benötigt die wissenschaftlichen Erkenntnisse, um eine gute Regierung zu sein. Drittens unterliegt die Bevölkerung einem ständigen Wandel: Sie schrumpft, wächst oder siedelt. Foucault nennt dies, die Naturalität der Bevölkerung. Viertens werden Sicherheitsmechanismen eingesetzt, um die Bevölkerung besser zu verwalten. Außerdem wird die Polizei, wie sie im 17. Jahrhundert existiert hat, auseinander brechen. Es wird Institutionen geben, welche für die Verwaltung der Bevölkerung und für die Wirtschaft zuständig sein werden. Andere Institutionen werden für die Ordnung sorgen, beziehungsweise die Unordnung verhindern.

„Machttheoretisch bildet die Gouvernamentalität den definitiven Schlussstein im Gesamtwerk Foucaults. Ihre Analyse stellt den Versuch einer Anwendung dar, die die genealogische Vorgehensweise in der Größenordnung der Wirtschaftspolitik und des ganzen Gesellschaftskörpers erprobt.“
(Ruoff, 2007, 135f.).

5. Die Deutsche Demokratische Republik

„Die DDR - ein Zufallsstaat ohne Geschichte und Identität [...].“

(Judt, 2009, 658).

Das Zitat des Historikers Tony Judt beschreibt die ursprüngliche Gründungssituation der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Der Staat wurde aus der Nachkriegssituation, als Nachfolge einer Besatzungszone, heraus gebildet und entspricht nicht den Traditionen eines Nationalstaates. Die Bevölkerung der DDR fühlte sich stets mit dem demokratischen Nachbarstaat BRD verbunden, teilte mit der Bevölkerung der Bundesrepublik Geschichte, Kultur und Identität.

Beinahe 41 Jahre existierte der sowjetische Satellitenstaat. Ein Land, das ein leeres Bekenntnis zum demokratischen System im Namen trägt. Die DDR war eine Diktatur, die grundlegende Menschenrechte missachtete, ihre Bevölkerung festhielt und wegspernte – über Jahrzehnte hinweg.

Die nächsten Kapitel widmen sich überblicksartig der Geschichte und dem Herrschaftssystem. Zunächst wird der Entstehungsprozess der Diktatur erläutert.

Anschließend kommt es zu einer Darstellung des Herrschaftssystems, einer Einführung in die chronologischen Ereignisse und welche Faktoren letztlich zum Zusammenbruch des Systems geführt haben. Im zweiten großen Block wird das wesentliche Herrschafts- und Disziplinierungsinstrument der Diktatur, das Ministerium für Staatssicherheit untersucht, und analysiert. Zusätzlich wird in Anbetracht der abschließenden Filmanalyse im empirischen Teil dieser Arbeit auch die Lebenssituation der Schriftsteller in der DDR rekapituliert.

5.1 Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ)

Am 8. Mai 1945 wurde durch die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg beendet. Die Alliierten haben das nationalsozialistische Deutschland besiegt und befreit. Bereits Monate zuvor, am 12. September 1944, haben die zukünftigen Siegermächte einen Vertrag über die Aufteilung der Besatzungszonen unterschrieben (vgl. Weber, 1999, 22). Die Kampfeinheiten der UdSSR beanspruchten das Gebiet zwischen Elbe und Oder, dazu zählten Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Ost-Berlin. Berlin wurde in vier

Sektoren aufgeteilt. Am 9. Juni 1945 gründete sich die *Sowjetische Militäradministration in Deutschland* (SMAD). Allerdings interessierte sich die sowjetische Besatzungsmacht auch für die Industrie im westlicher gelegenen Ruhrgebiet.

Die UdSSR erlitt durch die langen Kämpfe gegen die Wehrmacht erhebliche Verluste. Neben den Millionen gefallenen Soldaten und zivilen Opfer waren große Teile der Sowjetunion verwüstet. In der Ukraine, Weißrussland und Polen waren Infrastruktur und Ackerland zerstört. Die Reparationen sollten der Sowjetmacht und ihren Satellitenstaaten wirtschaftlichen Aufschwung bringen und die finanziellen Verluste aufheben (vgl. Judt, 2009, 197). Daher verfolgte die Sowjetunion vorerst nicht die Teilung Deutschlands. Die UdSSR wollte außerdem einen raschen Wiederaufstieg Deutschlands sowie eine kapitalistische Ordnung durch die Westmächte verhindern. Das eigene politische System sollte sich etablieren (vgl. Weber, 1999, 21). *„Zugleich wurden jedoch mit der ‚antifaschistischen-demokratischen Umwälzung‘ in der eigenen Besatzungszone Strukturreformen durchgeführt, die Grundlage für ein kommunistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem sein konnten [...]“* (ebd., 21).

Die Sowjetische Besatzungsmacht sendete bei Kriegsende ehemalige KPD-Exilanten wieder nach Deutschland zurück. Sie waren nach Moskau geflüchtet und sollten nun die SMAD beim Aufbau unterstützen.

„Bereits vor der deutschen Kapitulation hatte die Sowjetarmee zu ihrer Unterstützung drei Gruppen deutscher Kommunisten nach Berlin, nach Sachsen und nach Mecklenburg-Pommern gebracht, deren Leiter Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka waren.“
(ebd., 26).

Die SMAD organisierte den Aufbau der Wirtschaft, Kultur, Politik und Verwaltung, führte die zentralistische Hierarchie ein und besetzte bedeutende Positionen mit deutschen Kommunisten (vgl. ebd., 34f.).

Bereits der zweite SMAD-Befehl erlaubte die Gründung von Parteien. Es bildeten sich die SPD, KPD, CDU und LDP. Die SMAD und KPD unterstützten die Gründung eines sogenannten *Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien* (Antifa-Block). Die anderen Parteien erklärten sich damit einverstanden. Dadurch wollte die Besatzungsmacht ihrem politischen System zum Vorteil verhelfen. Außerdem sollte es durch einen Zusammenschluss von KPD und SPD zum Verschwinden der Sozialdemokratie kommen (vgl. ebd., 38).

„Versuchte die KPD bereits durch ihre ‚Einheitsfrontpolitik‘ mit der SPD der Gefahr einer Isolierung zu begegnen, so sollte die Mitwirkung der KPD im ‚Block‘ jede Koalitionsbildung ohne oder gar gegen die KPD verhindern.“ (Weber, 1999, 46).

Bereits zu Beginn der SBZ wurden Reformen nach sowjetischem Modell im ökonomischen und agrarischen Sektor vorangetrieben. *„Da die Veränderung der Produktionsverhältnisse als Basis jeder Entwicklung zum ‚Sozialismus‘ betrachtet wurde, legte die SMAD früh das Schwergewicht auf eine Umgestaltung der Wirtschaft.“ (ebd., 109).*

Bereits im Herbst 1945 kam es im Zuge der Bodenreform zur entschädigungslosen Enteignung von Großgrundbesitzern (mehr als 100 Hektar) und schließlich einer Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die Schwerindustrie und das gesamte Eigentum des deutschen Staates wurden durch die Industriereform okkupiert. *„Unter der Losung ‚Enteignung der Kriegsverbrecher‘ erfolgte bis 1948 in der gesamten SBZ die Verstaatlichung von fast 10 000 Unternehmen.“ (Mählert, 1999, 24).* 1948 wurde der erste Zweijahresplan beschlossen.

„Durch die Abschaffung des Privateigentums und die Übernahme der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse sollten im Sozialismus die kapitalistischen Strukturen der Ausbeutung und damit auch die antagonistischen, auf ökonomischer Ungleichheit beruhenden Interessenskonflikte zwischen den Klassen beseitigt werden.“ (Borgwardt, 2002, 77).

Alle NSDAP-Mitglieder wurden aus dem Justizbereich ausgeschlossen, so konnte die SMAD und infolge die SED einen linientreuen Justizapparat etablieren (vgl Weber, 1999, 64).

1946 kam es zur Schulreform, eine einheitliche achtjährige Grundschule wurde eingeführt und alle Lehrer mit früherer NSDAP-Mitgliedschaft entlassen (ebd., 67).

„In die neuen Verwaltungsapparate kamen mehrheitlich junge Menschen, die meist aus den traditionell sozial und kulturell unterprivilegierten Schichten stammten. Sie stellten, ebenso wie die Neulehrer, Volksrichter, Volksstaatsanwälte, neue Betriebsleiter usw., den Kern der neuen Bürokratie.“ (Staritz, 1996, 67).

Die Entlassungen von NS-Lehrpersonal und NS-Justizangehörigen wurde nicht nur zur Entnazifizierung genutzt, sondern vor allem um Positionen mit Kommunisten zu besetzen. Diese Entwicklungen sollten primär den Herrschaftsanspruch der Kommunisten langfristig legitimieren:

„Doch schon diese machen deutlich, daß nicht gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz ‚entnazifiziert‘ und ‚demokratisiert‘, sondern vielmehr umfassend ‚umgewälzt‘, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in kommunistischem Sinne transformiert wurden.“
(Friedrich, 1989, 50).

Die Entnazifizierung diente nicht der Demokratisierung der Gesellschaft sondern als Vorwand für den Austausch der Eliten.

Neben NS-Belasteten wurden auch Jugendliche, die der NS-Aktion Werwolf verdächtigt wurden, in eines der zehn Speziallager gesperrt. Später wurden auch SED-Oppositionelle in diesen Lagern gefangen gehalten. Viele der Häftlinge starben durch Hunger oder Krankheit, manche wurden in Arbeitslager in der UdSSR verschleppt (vgl. Mählert, 1999, 29).

5.2 Die Gründung der SED

Zahlenmäßig war die SPD die stärkere Partei in der SBZ. Sie verfügte über eine höhere Anzahl an Mitgliedern und über einen größeren Zuspruch in der Bevölkerung als die KPD. Die KPD versuchte sich den Sozialdemokraten durch Zugeständnisse anzunähern. Die SPD befürwortete das Ende der historischen Trennung zwischen den Arbeiterparteien.

„Die gemeinsame antifaschistische Grundeinstellung und Erfahrungen unter Hitler sowie das Bekenntnis der KPD zur parlamentarischen Demokratie schienen frühere Differenzen verwischt zu haben.“ (Weber, 1999, 69f.).

Eine einheitliche Arbeiterpartei sollte vor den ersten Wahlen entstehen und einer drohenden Niederlage der Kommunisten entgegen wirken. *„Der KPD-Führung war wohl bereits klar, daß die für 1946 angesetzten Wahlen ihrer Partei keine Erfolge bringen würden.“* (ebd., 70).

Die Begeisterung für die Kommunisten war in der Bevölkerung schwindend. Durch einen Zusammenschluss mit der Sozialdemokratie konnte die KPD sich den Machtanspruch langfristig sichern.

Die KPD versuchte zu Beginn der SBZ, ihr Vorhaben, die SPD zu eliminieren und eine stalinistische Diktatur zu installieren, zu verbergen. Die Kommunisten erhielten massive Unterstützung durch die SMAD. Die scheinbar pluralistische Parteienlandschaft und die Gründung des Antifa-Blocks dienten zur Tarnung ihres tatsächlichen Vorhabens.

Durch den Block konnte keine Entscheidung ohne oder gegen die KPD getroffen werden (vgl. ebd., 71f.).

„Der Block entwickelte sich in den Jahren von 1945 bis 1949 zu einem wichtigen Instrument der Kommunisten zur Beherrschung und Gleichschaltung des Parteiensystems.“

(Malycha/Winters, 2009, 25).

Im April 1946 trat die KPD und SPD bei einem Vereinigungsparteitag zusammen und gründeten die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* (SED).

„Doch bei einer generellen Einschätzung bleibt Zwangsvereinigung der richtige Begriff. Er macht klar, daß es für die Sozialdemokraten in der SBZ damals keine Alternative gab. Sie befanden sich in einer Zwangslage, weil sie keine freie Entscheidung darüber treffen konnten, ob sie dort die SPD fortführen wollten und konnten oder nicht, und sie wurden schließlich mit Zwang in die ‚Einheitspartei‘ gepresst, ob sie wollten oder nicht.“

(Weber, 1999, 71).

Zu Beginn der SED wurden die Positionen noch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufgeteilt. Die Stalinisierung der SED vollzog sich erst allmählich. 1946 fanden zunächst Gemeindewahlen und danach Landtagswahlen statt, die SED konnte zwar stärkste Partei werden, aber die Stimmen der CDU und LDP verhinderten eine absolute Mehrheit der Einheitspartei (vgl. ebd., 89).

1948 wurden zwei weitere Parteien gegründet. Die *National-Demokratische Partei Deutschlands* (NDPD) und die *Demokratische Bauernpartei Deutschlands* (DBD) waren offiziell keine kommunistischen Parteien, aber der SED zur Loyalität verpflichtet. Sie sollten im deutsch-nationalen und im landwirtschaftlichen Milieu Stimmen für die SED rekrutieren. Mit der Aufnahme des *Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes* (FDGB) in den Block baute die SED ihre hegemoniale Stellung im politischen System weiter aus (vgl. Malycha/Winter, 2009, 25).

„Bis zum Ende der vierziger Jahre bildete sich das für die Herrschaftssicherung der SED charakteristische politische System heraus, in dem die nichtkommunistischen Parteien gemeinsam mit den Massenorganisationen vor allem als ‚Transmissionsriemen‘ der SED-Politik wirkten.“
(ebd., 25f.).

5.3. Die SED als Partei neuen Typus

Bereits vor der Gründung der DDR, ab 1948, begann sich die SED nach dem Vorbild der KPdSU umzuwandeln. *„Sie hatte 1948 damit begonnen, sich in eine ‚marxistisch-*

leninistische Partei neuen Typus' umzuwandeln, d.h. sich programmatisch wie organisatorisch der KPdSU anzugleichen.“ (Staritz, 1996, 62).

Die Umwandlung in eine *Partei neuen Typus* bedeutet die Stalinisierung der Partei. Die Partei sollte sich auf die zukünftige Funktion einer Staatspartei vorbereiten.

Der Begriff Stalinisierung meint einen zentral gesteuerten Parteiapparat, das Festhalten an der marxistisch-leninistischen Ideologie und die Säuberung der Partei von ideologischen Abweichlern (vgl. Weber, 1999, 112).

Laut Lenins Vorstellungen braucht eine revolutionäre Partei eine Avantgarde, um die Führungsfunktionen der Bewegung zu übernehmen. Diese Avantgarde steuert zentralistisch den Parteiapparat. Sozialdemokraten und nicht konforme Kommunisten wurden ausgeschlossen.

Die Säuberungen verfolgten fünf Ziele: den Ausschluss von vermeintlichen Feinden aus der Partei, den Aufbau der Kaderstruktur, die Disziplinierung der Mitglieder, die Mobilisierung der Partei und die Präsentation von Schuldigen für Probleme in der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Die Angriffe galten vor allem Sozialdemokraten, auch nicht konforme Kommunisten wurden ausgeschlossen, beziehungsweise verhaftet und verurteilt (vgl. Weber, 1999, 115). Letztlich dienten die Säuberungsaktionen in erster Linie als Vorwand, um sich den Sozialdemokraten und möglichen Querdenkern innerhalb der eigenen Partei entledigen zu können.

Zusätzlich wurde mit der *Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK)* ein Organ zur Kontrolle über die Mitglieder und Funktionäre der Partei eingerichtet (vgl. ebd., 117).

Am ersten Parteitag 1949 wurde die Umwandlung der Partei angenommen und die Gründung des Politbüros folgte unverzüglich.

*„Die Übertragung der Strukturen der KPdSU auf die SED mit den Führungsorganen Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat, dem zentralistischen und hierarchischen Aufbau der Organisationen, den Kompetenzen des hauptamtlichen Apparats und den Mechanismen und Arbeitsmethoden sowie insbesondere der ‚Kaderarbeit‘ mit der ‚Nomenklatur‘ wurde von der Stalinistischen Führung auch über die SMAD gesteuert.“
(ebd., 119).*

Nomenklatur bedeutet, dass alle Positionen von oben nach unten besetzt wurden, jede Position wurde durch die jeweils Übergeordnete bestimmt und ordnete sich den Weisungen bedingungslos unter. Während die SED sich selbst einer Wandlung unterzog, wurde auch das

ganze ökonomische und gesellschaftliche System verändert. Die Vorbereitungen für einen Staat nach dem Modell der UdSSR wurden von den Kommunisten parallel vorangetrieben. *„So ist es kein Zufall, daß die offene Transformation der SED zur Partei neuen Typus, die Umformung der Massenorganisationen und die Gleichschaltung des Parteiensystems mit der Einführung der Planwirtschaft im Verlauf des Jahres 1948 zusammenfielen.“* (Mählert, 1999, 47).

5.4 Die Teilung Deutschlands

Die Teilung Deutschlands entwickelte sich vor allem durch die differente Politik der alliierten Westmächte und der sowjetischen Besatzung und durch den Beginn des Kalten Krieges.

„Der Kalte Krieg – entstanden aus den Interessen-Divergenzen der alten Großmächte und der Sowjetunion – hatte Anfang 1947 ein Stadium erreicht, das eine Verständigung zwischen den Kontrahenten kaum noch möglich erscheinen ließ.“ (Staritz, 1995, 156).

In Westdeutschland wurde als politisches System die parlamentarische Demokratie installiert, die kapitalistische Marktwirtschaft eingeführt und erste freie Wahlen abgehalten.

Im Osten hingegen wurde eine stalinistische Diktatur installiert und eine zentral gesteuerte Planwirtschaft aufgebaut.

„Die grundlegenden Veränderungen des Herrschaftssystems und der Gesellschaftsstrukturen in der SBZ reflektierten also zugleich den vor allem ab 1947 parallel dazu verlaufenden Spaltungsprozeß Deutschlands.“ (Weber, 1999, 91)

Durch die Spaltung Deutschlands konnte Stalin zwar keinen Einfluss mehr auf die Industrie im Ruhrgebiet erreichen. Aber er konnte Reparationsleistungen aus der SBZ erhalten, ein linientreues System installieren und langfristig von einem weiteren Satellitenstaat im Westen der UdSSR profitieren. Allerdings kann keine einheitliche Linie in der Politik Stalins gefunden werden.

„Aus den russischen Archivquellen lassen sich bislang kaum definitive und umfassende Antworten hinsichtlich der tatsächlichen Absichten und Erwartungen des sowjetischen Partei- und Staatsführers, seiner Überlegungen und Konzepte sowie kurz- und langfristige Ziele ableiten.“
(Malycha/Winters, 2009, 18).

Im Juni 1947 kam es in München zu einem Treffen von allen vier deutschen Ministerpräsidenten (vier Zonen). Das Treffen endete erfolglos, da keine einheitliche politische Linie vereinbart werden konnte.

„In der SBZ hatten inzwischen die deutschen Kommunisten so großen Einfluß, daß ihr Machterhalt für sie wichtiger war als die – immer wieder proklamierte – gesamtdeutsche Entwicklung.“ (Weber, 1999, 95).

Der in Westdeutschland umgesetzte *Marshallplan* wurde auch den Staaten angeboten, die nach dem 2. Weltkrieg unter russischer Besatzung standen. Die USA sahen darin eine Möglichkeit, die Staaten Ost-Mitteleuropas aus dem Druck der UdSSR befreien zu können. Die angebotene Hilfe durfte nach Beschluss der UdSSR nicht angenommen werden, stattdessen wurde das *Kominform* (Kommunistisches Informationsbüro) gegründet (vgl. Mählert, 1999, 30).

„Sowohl die USA als auch die Sowjetunion forcierten die schrittweise Umformung ihrer Einflußsphären in Europa zu zwei politischen, ökonomischen und – schließlich – militärischen Blöcken.“ (ebd., 30).

Nach den gescheiterten Gesprächen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in Paris im Juli 1947 und im Feber 1948 in London, wurde die Bildung eines Staates im westlichen Teil Deutschlands fixiert. Dadurch war eine endgültige Teilung Deutschlands formell vollzogen (vgl. Staritz, 1995, 157ff.).

Die getrennten Währungsreformen 1948 setzten einen weiteren Schritt in Richtung Teilung.

„Doch als von grundlegender Bedeutung sollte sich die getrennte Währungsreform erweisen, die am 20. Juni 1948 in den Westzonen und mit einigen Tagen Verzögerung auch in der SBZ vonstatten ging und die Deutschland als Wirtschaftsgebiet teilte.“ (Mählert, 1999, 36).

Durch diese politischen Reformen im Westen reagierte die SMAD mit der Blockade West-Berlins, wodurch es zur endgültigen Teilung der Hauptstadt kam. Der westliche Teil der Stadt wurde mittels einer Luftbrücke der alliierten Westmächte versorgt (vgl. Weber, 1999, 100).

„Die Sowjetunion verhängte daraufhin eine Blockade gegen Westberlin, vordergründig mit dem Ziel, die Alliierten zur Rücknahme der dort ebenfalls vollzogenen Währungsreform zu zwingen, de facto jedoch, um ganz Berlin dem sowjetischen Herrschaftsbereich einzuverleiben.“ (Mählert, 1999, 36).

In Westdeutschland wurde der Parlamentarische Rat gegründet, das Grundgesetz formuliert und erste Bundestagswahlen im August 1949 abgehalten. Am 15. September wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Nach dieser Wahl gab auch Moskau grünes Licht für eine Staatsgründung in der SBZ (vgl. Staritz, 1995, 184f.).

5.5 Die Gründung der DDR

Im August 1949 fanden in Westdeutschland Bundestagswahlen statt und Konrad Adenauer wurde am 15. September zum Kanzler gewählt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die SED alle bedeutenden Positionen in der östlichen Besatzungszone mit Parteikadern besetzt, Strukturen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene verändert und die Partei nach dem Modell der KPdSU umgebildet. Alle Weichen waren in eine Richtung gestellt. *„Die politische, aber ebenso die ökonomische und damit auch die Sozialstruktur der SBZ waren so stark verändert und boten die Voraussetzungen für einen diktatorischen Staat.“* (Weber, 1999, 127).

Der Deutsche Volksrat begann im September 1948 mit der Ausarbeitung einer Verfassung für die DDR (vgl. Mählert, 1999, 36). Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der deutsche Volksrat zur provisorischen Volkskammer und nahm die vom Volkskongress entworfene Verfassung an. Die *Deutsche Demokratische Republik* war gegründet.

Die Hauptstadt der DDR wurde Ost-Berlin. Erster Präsident wurde Wilhelm Pieck und erster Ministerpräsident Otto Grotewohl. Das Kabinett umfasste drei stellvertretende Ministerpräsidenten und vierzehn Fachminister.

Von den achtzehn Regierungsgliedern stellte acht die SED. Die SMAD wurde von der *Sowjetischen Kontrollkommission* (SKK) abgelöst (vgl. Weber, 1999, 123f.).

Die Umwandlung von der SBZ in eine kommunistische Diktatur nach dem Vorbild der Sowjetunion war erreicht. Die DDR wurde somit zum westlichsten Satellitenstaat und war größtenteils von anderen kommunistischen Diktaturen (Polen, CSSR) umgeben, welche ebenfalls dem Hegemonieanspruch der Sowjetunion verpflichtet waren.

„Alle [diese Staaten, Anm.] besaßen ein politisches Einparteiensystem mit stark zentralisierten Autoritätsstrukturen; eine einzige, offiziell von der politischen Autorität verkündete, kulturelle und intellektuelle Wahrheit; zentral gesteuerte Wirtschaften und sogar das offensichtlichste Relikt aus der stalinistischen Erbschaft, nämlich stark profilierte oberste Führungsfiguren.“
(Hobsbawm, 2003, 493).

Alle Parteien und Massenorganisationen in der DDR bildeten gemeinsam die *Nationale Front des demokratischen Deutschlands*. *„Sie umfasste intentional alle DDR-Bürger, ihren organisatorischen Kern bildeten die Parteien und Verbände.“* (Staritz, 1996, 49).

Das Sekretariat wurde von der SED besetzt, durch diese hegemoniale Stellung konnte die Einheitspartei direkt Einfluss auf alle anderen Parteien und Organisationen ausüben (vgl. Weber, 1999, 128).

Gesetze und Verordnungen wurden vom Politbüro bzw. dem Sekretariat des Politbüros genehmigt und dann erst zur Verabschiedung durch die Volkskammer oder Regierung weitergeleitet. Die Verabschiedung war nur ein formaler Akt. Die Entscheidungsgewalt lag beim Politbüro. „*Die Diktatur der SED, ihre ‚führende Rolle‘ gegenüber dem Staat, bestand also seit Gründung der DDR.*“ (ebd., 130).

Am 8. Februar 1950 wurde aus der politischen Polizei (K5) der Kriminalpolizei, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegründet, es wurde stets als *Schild und Schwert* der SED bezeichnet und unterstand direkt dem Politbüro (vgl. ebd., 130).

Bei den Wahlen im Oktober 1950 beschloss der Block die Einführung einer Einheitsliste der *Nationalen Front*. Dadurch wurde das pluralistische Parteiensystem abgeschafft. Die Mandate wurden nach folgendem Schlüssel aufgeteilt: 25 Prozent SED; 30 Prozent Massenorganisationen, CDU und LPD je 15 Prozent, DBD und NDPD je 7,5 Prozent (vgl. ebd., 132). Wahlen waren in der DDR Loyalitätsbekundungen zum Herrschaftssystem. Das Fernbleiben und sogar der Gang in die Wahlkabine und nicht die öffentliche Stimmabgabe galten bereits als Kritik am Herrschaftssystem (vgl. Friedrich, 1989, 101). Dennoch versucht dieses System, die Illusion einer pluralistischen Parteienlandschaft aufrecht zu erhalten, obwohl der Hegemonieanspruch der SED unangreifbar war.

5.6 Die Begriffsdefinition von Diktatur/Totalitarismus/Autoritär

Die Staatsform der DDR war eine Diktatur, dies gilt als unbestrittenes Faktum.

Der Begriff Diktatur bedeutet laut Lexikon der Politikwissenschaft, die „*Herrschaft einer Person, Gruppe, Partei oder Klasse, die die Macht im Staat monopolisiert hat und sie uneingeschränkt (oder ohne große Einschränkung) ausübt.*“ (Nohlen/Schultze, 2002, 149).

Zweifelloso treffen diese Merkmale auf das Herrschaftssystem der DDR zu.

Ob es sich dabei nun um eine autoritäre oder totalitäre Diktatur gehandelt hat, wird in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedlich verhandelt. Es wird zwar immer wieder der Begriff totalitär verwendet, jedoch ohne Definition oder genauere Argumentation. Daher wäre es sinnvoll sich näher mit diesen Begriffen auseinanderzusetzen. Aus forschungsökonomischen Gründen darf gleich auf die Totalitarismusforschung von Hannah

Arendt verwiesen werden. *„Hannah Arendt legte den Grundstein zu einer geschichtlich fundierten, theoriegeleiteten Totalitarismusforschung;“* (Borgwardt, 2002, 59). Daher scheint es angebracht, Arendts Theorie in diese Arbeit zu inkludieren. Arendt trifft eine Unterscheidung zwischen autoritären Diktaturen und totalitären Diktaturen. In einem totalitären System ist die Freiheit völlig abgeschafft und *„[...] so wird auch totalitärer Terror (im Gegensatz zu den Einschüchterungsmethoden in allen Tyranneien und Diktaturen) nicht dann überflüssig, wenn es keine Opposition mehr gibt, gegen die er sich wenden könnte.“* (Arendt, 1975, 244).

Als Merkmale einer totalitären Diktatur gelten die umfassende Ideologie und der uneingeschränkte und immanente Terror (vgl. Borgwardt, 2002, 59f.).

Diese Charakteristika treffen nur teilweise auf die DDR zu. Zwar war die marxistisch-leninistische Ideologie omnipräsent und die staatliche Überwachung enorm. Aber für die DDR gilt:

„Die Kennzeichnung als autoritäre Diktatur soll den diktatorischen, undemokratischen Charakter des Herrschaftssystems und seine fehlende Rechtsstaatlichkeit erfassen, zugleich werden aber auch die Ansätze der Ausdifferenzierung und Pluralisierung, verbleibende Freiräume und Handlungsmöglichkeiten sowie die kritischen und widerständigen Tendenzen berücksichtigt. Auch wenn die diktatorische Herrschaft tief in die Gesellschaft eindrang, konnte der totalitäre Machtanspruch der Parteiführung in der Realität nicht durchgesetzt werden;“ (ebd., 93).

Es blieben auch freie Zirkel wie die Kirche. Sie war organisatorisch und finanziell vom Staat unabhängig.

In den fünfziger Jahren hatte das Regime noch totalitäre Züge, vollzieht aber in den folgenden Jahrzehnten einen Wandel zum autoritären Herrschaftssystem mit subtilen und präventiven Überwachungsmethoden (vgl. ebd., 92).

„Entgegen den klassischen Totalitarismustheorien hat die DDR mit der Dauer ihrer Existenz den Terror nicht forciert. Sukzessive vollzog sich in der DDR eine Verschiebung vom offenen justiziellen Terror hin zu unauffälligen, verdeckten Verfolgungs- und Unterdrückungsmethoden.“ (Pingel-Schliemann, 2004, 86).

Aufgrund der bereits erwähnten Klassifizierungen, sollte die Diktatur in der DDR als autoritär begriffen werden und nicht als totalitär.

„Autoritär - zum Unterschied von totalitär – ist ein Regime, in dem eine wohlorganisierte politische Führungsgruppe ihre Herrschaft auf das Schweigen der Mehrheit gründet. Die Partei, die sogenannte nomenklatura der Funktionäre, braucht die ständige Mobilisierung aller nicht, solange die Vielen stillhalten und ihren täglichen Obliegenheiten nachgehen. Tun sie das allerdings nicht, dann werden sie verfolgt, zum Schweigen gebracht, eingesperrt, zuweilen des Landes verwiesen – aber in aller Regel nicht mehr von Staats wegen ermordet.“
(Dahrendorf, 2006, 204).

Diese Definition entspricht dem Herrschaftssystem der DDR.

5.7 Das Herrschaftssystem der DDR

Der Marxismus-Leninismus war die dominierende Ideologie des Herrschaftssystems der DDR. Während der Gründungsphase der DDR wurde diese Ideologie um den Personenkult um Stalin erweitert. Nach dem Tod Stalins 1953 stürzte die SED in eine Orientierungslosigkeit. Die Enthüllungen der Verbrechen während des Stalinismus schockierte die Partei. Die SED orientierte sich aber weiterhin an der neuen Parteilinie der KPdSU.

Die Errichtung einer *Diktatur des Proletariats* war das primäre Ziel der Hegemonialpartei. Danach sollten sie im Sinne Lenins, als Avantgarde die arbeitende Masse in Richtung Kommunismus lenken.

„Staatsziel ist der ‚Sozialismus‘. Dieser bildet die Vorstufe zum Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, in welcher der Staat ‚abstirbt‘. Der Weg zum Kommunismus kann nach der herrschenden Ideologie nur unter der Führung der Partei zurückgelegt werden.“
(Friedrich, 1989, 58).

Voraussetzung für den Sozialismus und infolge für den Kommunismus sind eine funktionierende Wirtschafts- und Sozialpolitik. Daher gilt die Planwirtschaft als elementarer Bestandteil der Ideologie. Die politische Elite sah sich immer als legitimierte Vertreter des arbeitenden Volkes, daher war Kritik verboten. Antifaschismus und Antiimperialismus waren wichtige Schlagwörter in der Abgrenzung zu anderen Systemen. Dem System der BRD wurde der Kapitalismus zum Vorwurf gemacht, und die staatliche Propaganda der DDR versuchte, das System als Beleg eines wieder aufkeimenden Faschismus zu denunzieren.

5.8 Der Parteiapparat der DDR

Die SED verfügte über ein Machtmonopol innerhalb der *Nationalen Front* und innerhalb des Staatsapparats. Das Ziel der Partei war den Hegemonieanspruch auf das Herrschaftssystem langfristig zu sichern. Dazu war die Partei nach einer streng zentralistischen Hierarchie aufgebaut. Der Zentralismus war ein bedeutendes Instrument der Disziplinierung.

Zentralismus meint in diesem Fall, dass der übergeordneten Stelle die Entscheidungsmacht obliegt. Die Befehle gehen von oben nach unten und ermöglichen ein einheitliches Handeln aller Funktionäre (vgl. Neugebauer, 1990, 72).

„Als wichtigstes Prinzip galt die ‚monolithische Einheit‘ der Partei, Opposition oder gar Fraktionen wurden nicht geduldet.“ (Weber, 1999, 136).

Um das Herrschaftssystem zu sichern, bediente sich die SED sowohl des eigenen Parteiapparats als auch des Staatsapparats.

Die SED bezeichnete sich nach der Gründung als Partei der Arbeiterklasse und nach dem Parteitag 1963 als Partei des ganzen werktätigen Volkes (vgl. ebd., 255).

Offiziell gilt der Parteitag als leitendes Führungsorgan, de facto aber stellte das Politbüro den Hegemonieanspruch im Herrschaftssystem. Der Generalsekretär nimmt die oberste Position in der Hierarchie ein.

„Die praktischen Resultate dieser Prinzipien im Parteileben waren nicht nur der Personenkult, d.h. die herausgehobene Rolle der führenden Personen in der Partei, vor allen Dingen des Generalsekretärs, sondern auch eine weitgehende Entmündigung der Mitglieder.“
(Neugebauer, 1990, 72).

Das Politbüro war das wichtigste Gremium der Partei, alle Entscheidungen wurden von den Mitgliedern getroffen. *„Die höchste Entscheidungskompetenz lag beim Politbüro des ZK, der Parteispitze der SED als Führungszentrum der Gesellschaft; die dort gefassten Beschlüsse waren sakrosankt und keiner politischen Kontrolle unterworfen.“* (Borgwart, 2002, 79).

Zusätzlich wurde das Politbüro vom Kleinen Sekretariat des Politbüros bei der administrativen Arbeit unterstützt. *„In diesem Gremium war ein Großteil der Parteimacht konzentriert, hier wurden die Beschlüsse des Politbüros vorbereitet und ihre Durchführung kontrolliert.“* (Staritz, 1996, 64).

Das Zentralkomitee (ZK) wählt den Generalsekretär und das Sekretariat des ZK. Die Vorschläge kommen aber aus dem Politbüro. Der Generalsekretär und alle zwölf Sekretäre des ZK gehören wiederum dem Politbüro an (vgl. Friedrich, 1989, 69).

„Das Politbüro war das Entscheidungsgremium, in dem die wichtigsten Funktionäre der Partei sowie alle die vertreten waren, die Parteifunktionen im Staatsapparat, in der Wirtschaft, im Sicherheitsapparat (Militär- und Staatssicherheit) sowie im FDGB ausübten [...].“
(Neugebauer, 1990, 73).

Die mächtigsten Funktionäre waren zugleich Sekretäre des ZK und Mitglieder des Politbüros. Mehrere Funktionen wurden in Personalunion vereint. Dem ZK sind mehrere Sekretariate und Abteilungen unterstellt und es steht auch über den Ministerien.

Hierarchisch absteigend folgen nach dem Zentralkomitee, der Parteitag, die Bezirksparteiorganisationen, Kreisparteiorganisationen, Massenorganisationen und dann die Werktätigen (vgl. Friedrich, 1989, 66).

Anfang der fünfziger Jahre setzten Säuberungen nach sowjetischem Vorbild innerhalb der Partei ein. Tausende Mitglieder wurden ausgeschlossen, und etlichen Funktionären der Prozess gemacht.

„In dieser Periode wollte die Parteiführung die Einheit und Zentralisierung der SED außer durch die ständige ideologische Indoktrination vor allem durch Einschüchterung und Bedrohung sichern und damit eine Disziplinierung der Funktionäre erreichen.“ (Weber, 1999, 137.)

Der Machtapparat der SED schien sich im Laufe der Jahrzehnte aufzublasen. Alle Lebensbereiche wurden durch die SED beherrscht, sie stellte nicht nur die Mitarbeiter der politischen Verwaltung unter ihre Kontrolle, sondern hatte durch die verstaatlichten Wirtschaftsbetriebe, das Bildungswesen, die Medien und die Massenorganisationen Zugriff auf die gesamte Bevölkerung.

Allerdings waren nicht alle SED-Mitglieder Funktionäre. Da wichtige Positionen, wie Richter oder Betriebsleiter, meistens mit SED-Mitgliedern besetzt wurden, war eine Parteimitgliedschaft für das Vorankommen im Beruf von ungemeiner Bedeutung.

„Um beruflich voranzukommen, muß man in die Partei. Offiziere und Betriebsleiter, Diplomaten und Professoren, Richter und Gewerkschafter, Journalisten, Spitzensportler, gefeierte Schriftsteller und berühmte Maler, sie alle sind in der Partei, weil man ohne Mitgliedschaft derartige Positionen in der Regel nicht erreicht.“
(Friedrich, 1989, 75).

Für eine Parteimitgliedschaft musste man einen Antrag mit beigefügtem Lebenslauf stellen und zwei SED-Mitglieder als Bürgen nennen (vgl. Friedrich, 1989, 65).

Kritik oder Mitsprache innerhalb der Partei war unerwünscht und wurde geahndet, „[...] jedes Parteimitglied, das sich irgendwie bei der Parteiobrigkeit missliebige machte, bot immer eine Angriffsfläche für Disziplinarmaßnahmen.“ (Ammer, 1994, 13).

Um als Funktionär erfolgreich voranzukommen, reichte eine SED-Mitgliedschaft als Loyalitätsbezeugung nicht aus. Unter Rückgriff auf ein Nomenklatorsystem wurde die Auswahl und Nachbesetzung der Funktionäre aus dem Parteikader getroffen.

„Die Kaderakte gibt der jeweiligen übergeordneten Stelle Auskunft über die Person, ihren Werdegang, ihre Beurteilungen. Die Einstufung in die Nomenklatur entscheidet über die berufliche Weiterentwicklung und – folglich – über materielle Verbesserungen und Privilegien.“
(Friedrich, 1989, 72).

Im Parteikader wurde zusätzlich zwischen der Eignung für politische Führungspositionen, leitende Kader und einfache Kader unterschieden (vgl. ebd., 184). Viele Funktionäre hatten auch mehrere Positionen. Es gab zwar auch Funktionäre ohne SED-Mitgliedschaft, allerdings nicht in höheren oder leitenden Bereichen.

Funktionäre wurden auf ihre politische und ideologische Zuverlässigkeit vom MfS überprüft. Sie durften keine Westkontakte haben und mussten berufliche Qualifikation vorweisen können. Wobei familiäre Herkunft und persönliche Beziehungen die Stellung eines Funktionärs begünstigen konnten (vgl. Ammer, 1994, 8f.).

Neben den Verpflichtungen genossen Funktionäre aber auch eine Menge Privilegien:

„[...] bevorzugte Zuweisung von Wohnraum und knappen hochwertigen Konsumgütern, Zugang zu für DDR-Verhältnisse luxuriösen Urlaubseinrichtungen, teilweise erheblich über dem DDR-Durchschnitt liegende Gehälter, berufliche Karrierechancen, Vorteile bei der Zulassung der Kinder zur Erweiterten Oberschule (mit Abiturabschluss) und zum Hochschulstudium, und nicht zuletzt bei höheren Funktionären ein gewisser Schutz vor dem Zugriff des MfS [...].“
(ebd., 10).

Die Mitglieder des ZK waren von den Überprüfungen und der Überwachung durch die Staatssicherheit ausgenommen (vgl. Borgwardt, 2002, 80).

5.9 Der Staatsapparat der DDR

Der Staatsapparat war mit der Parteistruktur der SED verwoben und ebenso streng hierarchisch aufgebaut. „*Der straffe hierarchische Zentralismus war daher das dominierende Prinzip der Parteistruktur der SED und der Organisationsstruktur der DDR überhaupt.*“ (Weber, 1999, 259).

Die tatsächliche Führungsposition nahm das Politbüro an oberster Stelle des Staatsapparates ein. Die Ministerien waren dem jeweiligen ZK-Sekretariat bzw. der ZK-Abteilung unterstellt - beispielsweise war das Kulturministerium der ZK-Abteilung Kultur unterstellt.

Der Ministerrat mit dem Ministerpräsidenten und der Staatsrat bildeten die höchsten Staatsorgane. Danach folgte das oberste Gericht, die Ministerien, die Volkskammer, die Bezirkstage und Kreistag, die Massenorganisationen, und am Ende der Hierarchie die Werktätigen. Die Bevölkerung konnte lediglich versuchen in Form von Eingaben oder ab 1961 mittels Ausreiseantrag am politischen Geschehen zu partizipieren.

„*Die Sicherung der Macht durch eine Vielzahl unterschiedlicher Formen, Methoden und Instrumente führte zu einer Usurpation des gesamten politischen Systems und zu zusätzlichen Hemmnissen für die Partizipation der Bürger im politischen System der DDR.*“ (Neugebauer, 1990, 78).

5.10 Massenorganisationen

Die Massenorganisationen waren so genannte *Transmissionsriemen* der Partei. Sie sollten primär die Parteiziele in die Bevölkerung hineintragen. Außerdem sollten sie folgende vier Funktionen erfüllen (vgl. Mählert, 1999, 40):

- Kontrollfunktion: im Sinne der SED arbeiten.
- Transmissionsfunktion: die Mitglieder mobilisieren und aktivieren.
- Informationsfunktion: Informationen für den Staat sammeln.
- Identifikationsfunktion: die Mitglieder zur Linientreue disziplinieren.

Freizeit oder im DDR-Sprachegebrauch Nischen sollten vermieden werden, die Bevölkerung soll die Freizeit zur Entwicklung einer *sozialistischen Persönlichkeit* nutzen. Dafür standen

die Massenorganisationen zur Verfügung, vom Kleinkind bis zum Pensionär waren die Gruppierungen strukturiert.

Der *Freie Deutsche Gewerkschaftsbund* (FDGB) war die größte Massenorganisation und umfasste 16 Einzelgewerkschaften. Die zweitgrößte Massenorganisation war die Gesellschaft für *Deutsch-Sowjetische Freundschaft* (DSF) und sollte die russische Sprache und Kultur vermitteln.

Für die Kinder und Jugendlichen waren die *Pioniere* und die *Freie Deutsche Jugend* (FDJ) zuständig. Bereits im Kleinkindalter konnten die Kinder durch die Pioniere vom Herrschaftssystem indoktriniert werden, durch Spiele und Lieder erfolgte die Militarisierung der Kleinsten - mit 14 Jahren wechselten sie zur FDJ.

Zusätzlich existierte noch die *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST), um Jugendliche in Wehrkunde auszubilden (vgl. Friedrich, 1989, 215f.).

Außerdem gab es den *Demokratischen Frauenbund Deutschlands* (DFD), um Frauen in den Bereichen Ehe, Kindererziehung und Haushaltsführung zu beraten, den *Kulturbund* (KB) für Heimatgeschichte und Denkmalpflege und die *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe* (VdgB).

5.11 Die Ära Ulbricht 1950-1971

Auf der ersten Tagung des Zentralkomitees wird Walter Ulbricht zum Generalsekretär gewählt. Während seiner Amtsperiode werden einige ökonomische Maßnahmen umgesetzt, der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 niedergeschlagen und die Berliner Mauer errichtet. 1952 wurden auf dem zweiten Parteitag weitere planwirtschaftliche Maßnahmen festgelegt: die Agrarbetriebe wurden in *Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften* (LPG) und die Handwerksbetriebe zu *Produktionsgenossenschaften des Handwerks* (PGH) zusammengeschlossen. Außerdem wurde eine Verwaltungsreform verabschiedet, welche die Auflösung der Bundesländer und Umwandlung in 14 Bezirke vorsieht.

Durch die Umstrukturierung von Ländern in Bezirke konnte die Verwaltung gesäubert und mit parteinahen Personen besetzt werden (vgl. Mählert, 1999, 63).

Mit dem Programm zum *Aufbau des Sozialismus* war ein weiterer Schritt Richtung Zentralisierung getan. Im Bildungsbereich wurden Reformen im Hochschulwesen und die Bildung von neuen Hochschulen umgesetzt, der Russischunterricht und ein

gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium der SED-Ideologie eingeführt. Historische Bauten in Dresden und Berlin wurden wiedererrichtet (vgl. Weber, 1999, 157f.). In den fünfziger Jahren gingen viele okkupierte Industriebetriebe an die DDR zurück, dennoch konnten die ökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung nicht erheblich verbessert werden, vor allem der Konsumsektor blieb weit abgeschlagen. Lebensmittel wie Fett, Zucker und Fleisch waren nicht in ausreichenden Mengen vorhanden. Zusätzlich war die Versorgung mit Elektrogeräten nicht gewährleistet. Waschmaschinen, Kühlschränke und TV-Geräte waren nicht ausreichend vorhanden. Nicht jeder Haushalt verfügte über einen Telefonanschluß. Das eigene Auto blieb den meisten DDR-Bürgern versagt. Bis zu zehn Jahre betrug die Wartezeit auf einen Trabant. Zusätzlich war die Nachfrage nach Wohnraum höher als das Angebot. Viele Altbauten waren ohne Heizung und Sanitäreinrichtungen. Der allgemeine Lebensstandard blieb hinter dem der Bundesrepublik zurück (vgl. ebd., 149).

5.11.1 Der Aufstand vom 17. Juni 1953

1953 war die Situation der Bevölkerung wegen unzureichender Lebensmittelversorgung dramatisch, da ein Großteil der staatlichen Investitionen in die Schwerindustrie floss. Die SED versuchte noch entgegen zu steuern, aber die politischen Entscheidungsträger reagierten zu spät. Neben dem niedrigen Lebensstandard fehlte es an der Partizipation im Arbeitsalltag. Die Arbeiter fühlten sich vom so genannten *Arbeiter- und Bauernstaat* alleine gelassen. Die Flüchtlingsströme in den Westen nahmen immer mehr zu. Es kam zu Spannungen in der Bevölkerung und das nährte die Stimmung für Proteste.

Am 17. Juni kam es zu einem Arbeiteraufstand in Berlin und infolgedessen auch in anderen Städten zu Demonstrationen.

„Der Aufstand vom 17. Juni widerlegte die Legende, die DDR sei ein ‚Arbeiterstaat‘. Denn es waren gerade die Arbeiter, die diese SED-Diktatur, die sich mit den Begriffen ‚Sozialismus‘ und ‚Arbeiterstaat‘ tarnte, zerschlagen wollten.“ (Weber, 1999, 165).

Laut SED war der Aufstand ein faschistischer Putschversuch, vom Westen unterstützt. Infolge des Aufstands kam es zu Verhaftungen und Hinrichtungen.

„An die dreihundert Personen fanden den Tod, als sowjetische Panzer eingesetzt wurden, viele Tausende wurden verhaftet, 1 400 Personen erhielten langjährige Haftstrafen. Zweihundert ‚Rädelsführer‘ wurden erschossen.“ (Judt, 2009, 208).

Außerdem kam es neuerlich zu Säuberungen innerhalb der Partei. Um die Lage zu entspannen, senkte die SED die Investitionen in die Schwerindustrie und erhöhte gleichzeitig die Geldmittel für den Konsumgüter- und Lebensmittelbedarf.

Erst 1958 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft. Die Versorgung der Bevölkerung konnte zwar verbessert werden, allerdings konnte die DDR mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nicht mithalten. Außerdem mussten die Ziele der Fünfjahres- bzw. Siebenjahrespläne immer wieder verändert oder revidiert werden.

Nach dem Tod Stalins 1953 distanzierte sich die KPdSU von Stalin und seinen Verbrechen. Die SED folgte dieser neuen Linie, zahlreiche Straßen und Plätze wurden umbenannt, Denkmäler entfernt. Ab 1954 verzichtete die UdSSR auf weitere zu leistende Reparationsleistungen (vgl. Weber, 1999, 169ff.).

Ein Jahr später garantierte die UdSSR per Vertrag der DDR die völlige Souveränität, dadurch konnte die DDR ihre militärischen Streitkräfte ausbauen. Es wurden die *Nationale Volksarmee* (NVA) und das *Ministerium für Verteidigung* gegründet. Es folgte die Aufnahme in den *Warschauer Pakt* (vgl. ebd., 177).

Am Parteitag 1959 wurde die Schulreform beschlossen. Allgemein bildende polytechnische Oberschulen mit einem 10-Stufen-Modell inklusive Betriebspraktika ersetzen das frühere 8-Stufen-Modell. Mit dem Wechsel von der achten in die neunte Schulstufe erfolgte auch der Wechsel von den Pionieren zu der FDJ (vgl. Mählert, 1999, 89).

„Und so wurde für die meisten Jugendlichen der Übergang von den jungen Pionieren zur Freien Deutschen Jugend am Ende der achten Klasse zu einer Selbstverständlichkeit.“ (ebd., 89).

Nach dem Tod Wilhelm Piecks im September 1960 wurde das Amt des Präsidenten abgeschafft und durch den Staatsratsvorsitzenden ersetzt. Walter Ulbricht übernahm diese Funktion und baute damit seine Hegemonialstellung aus.

5.11.2 Mauerbau

In den fünfziger Jahren haben über zwei Millionen Bürger die DDR verlassen, viele von ihnen flohen über Westberlin.

Die SED wollte eine Abgrenzung nach West-Berlin, um die Flucht von Erwerbstätigen ins Ausland zu verhindern. Die Partei sah die Wirtschaft gefährdet und machte die Abwanderung

für den langsamen Fortschritt der Wirtschaft verantwortlich (vgl. Staritz, 1996, 192ff.). Besonders hohe Abwanderungsquoten waren bei Personen zu verzeichnen, welche die Studiengänge Medizin, Chemie, Ingenieurwissenschaften absolviert haben.

„Neben der politischen Unterdrückung verbitterte die wirtschaftliche Misere, vor allem ständige Versorgungsengpässe, die Menschen. Alle ideologischen Versprechungen boten keinen Ersatz für fehlende Meinungsfreiheit und Rechtssicherheit, politische Mitwirkung oder einen erwarteten besseren Lebensstandard.“
(Weber, 1999, 223).

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 wurde eine Stachelzaunbarriere durch Berlin gezogen, der S- und U-Bahnverkehr eingestellt. Panzer rollten Richtung Sektorengrenze. Bis zum Morgen waren sämtliche sechzig Übergänge abgeriegelt. In den folgenden Wochen wurde die Mauer errichtet, Häuser gesprengt, Fenster zugemauert und Menschen zwangsweise umgesiedelt. Berlin war endgültig geteilt (vgl. Mählert, 1999, 98ff.). Für die Koordinierung des Mauerbaus war Erich Honecker zuständig, er war seit 1958 Politbüromitglied und seit 1960 Sekretär des Verteidigungsrates (vgl. Staritz, 1996, 195). Die Diktatur bezeichnete die Mauer offiziell als *antifaschistischen Schutzwall* – damit die Ideologie des Faschismus, vom Westen her, nicht in die DDR vordringen konnte. Am 22. August folgte der Beschluss, der erlaubte zu Zwecken des Grenzschutzes von der Waffe Gebrauch zu machen.

„Um den anhaltenden Fluchtversuchen zu begegnen, ließ die Partei- und Staatsführung der DDR die Grenzanlagen zu einer tödlichen Barriere ausbauen.“ (Mählert, 1999, 100).

Am Parteitag 1963 schlug die SED eine neue Richtung in der Wirtschaftspolitik ein. Das *Neue Ökonomische System der Planung und Leistung* (NÖSPL) implizierte mehr Selbstbestimmung für die *volkseigenen Betriebe* (VVB).

„Selbstständigkeit der Betriebe in der Material- und Kreditbeschaffung, Aktivitäten im Außen- und Binnenhandel sowie größere Vollmachten in den Fragen des Preises und des Absatzes sollten das System flexibler gestalten.“ (Weber, 1999, 239).

Allerdings sah die SED ihren Herrschaftsanspruch durch die veränderten Maßnahmen gefährdet und änderte ihren Reformkurs bereits zwei Jahre später zugunsten des *Neuen Ökonomischen Systems* (NÖS).

„Die neue Sachlichkeit des NÖS, die partielle Einwilligung der Gesellschaft in seine Rationalität, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit prägten in der DDR [...] neue soziale Strukturen und Werthaltungen aus, die sie westlichen Industriegesellschaften ähnlicher werden ließ.“
(Staritz, 1996, 239)

Das NÖS sollte als ökonomischer Hebel dienen, Werktätige motivieren und ihr Arbeitsverhalten anregen. *„Angestrebt war ein ganzes System solcher Hebelfunktionen. Zum zentralen Hebel aber sollte der Gewinn werden.“* (ebd., 216).

In den sechziger Jahren kam es tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebenssituation der DDR-Bürger. Ab 1962 war es ihnen möglich Waren in Exquisit- und Delikatläden zu kaufen.

„In diesen Geschäften wurde angeboten, was bis dahin ausschließlich für den Export produziert worden war: hochwertige und modisch verarbeitete Textilien, Schuhe oder Kosmetika [...]. Geschäfte wie diese schufen einen gewissen Ausgleich für die einkommensstärkeren Bürger, die keinen Kontakt zu Westbesuchern hatten, die ihnen aus den gleichfalls 1962 eingerichteten Devisenläden, den ‚Internshops‘ Waren mitbrachten.“
(ebd., 230).

1965 erklärte Breschnew nach dem Sturz Nikita Chruschtschows die *Entstalinisierung* für beendet und die SED stellte sich wieder ganz auf Linie Moskaus. Reformen wurden zurückgenommen (vgl. Mähler, 1999, 106ff.).

„Die erneute Ideologisierung und der damit verbundene kulturelle Kahlschlag lähmten das intellektuelle Leben in der DDR. Die SED belegte Künstler, darunter bereits im November 1965 Wolf Biermann, mit Auftrittsverboten und ließ die inkriminierten Filme und Bücher aus dem Verkehr ziehen.“
(ebd., 108).

1968 erhielt die DDR ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Verfassung. *„Für zahlreiche politische Tatbestände wurden weiterhin lange Freiheitsstrafen oder sogar die Todesstrafe angedroht.“* (Weber, 1999, 262).

1971 kam es zu einem personellen Wechsel an der Spitze des Herrschaftssystems. Erich Honecker und ein Kreis von Unterstützern erzwangen die Ablösung von Wilhelm Ulbricht. Honecker trat an Ulbrichts Stelle als Generalsekretär.

5.12 Die Ära Honecker 1971-1989

Während der Ära Erich Honeckers als Generalsekretär der SED wurden folgende drei Prinzipien verstärkt eingesetzt, um den Erhalt des Herrschaftssystems zu sichern (vgl. Weber, 1999, 278f.):

- Die absolute Disziplinierung der Mitglieder und Funktionäre.
- Der hauptamtliche Parteiapparat lenkte die Personalpolitik, leitete Beschlüsse und Anweisungen weiter und bereitete Wahlen vor.
- Die Bildung und Organisation von Kadern.

Zusätzlich orientierte sich die SED wieder stärker an der Linie der UdSSR. 1975 unterschrieb Honecker einen Pakt mit Breschnew für enge Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Belangen für die folgenden 25 Jahre. Mit sozialen Maßnahmen versuchte die Partei die Situation der schwächeren Einkommenschichten zu verbessern, allerdings ohne die Stellung der eigenen Elite zu gefährden (vgl. ebd., 275ff.).

„Ein großer Teil der Bevölkerung lehnte die SED-Diktatur weiterhin ab. Die sozialen Verbesserungen am Anfang der Ära Honecker brachten die erwünschte Neutralisierung der Bevölkerung nur ansatzweise.“ (ebd., 285).

In dieser Dekade kam es in ideologischen Belangen zu keiner Abweichung.

„Wichtigstes Bindeglied der Partei blieb die Ideologie, der Marxismus-Leninismus. Das Kerndogma der SED beruhte auch nach 1971 unverändert auf der Behauptung, daß sie den Marxismus-Leninismus in der Praxis anwende, ihre Politik deshalb wissenschaftlich begründet sei und die Partei daher ‚immer recht‘ habe.“
(ebd., 281).

Wirtschaftliches Wachstum sollte durch *„Intensivierung und Rationalisierung“* (ebd., 289) initiiert werden. Daher versuchte die Diktatur zunächst den Bausektor zu fördern und den Wohnungsmangel zu beheben. Ein Wohnbauprogramm wurde aufgelegt. Zusätzlich wurden Renten und Löhne erhöht und Vergünstigungen für berufstätige Mütter eingeführt (vgl. ebd., 289).

„Tatsächlich hatte bereits Anfang der siebziger Jahre ein verhängnisvoller Schuldenkreislauf eingesetzt. Um die sozialpolitischen Leistungen [...] zu finanzieren, mussten Kredite im westlichen Ausland aufgenommen werden.“

Die Zinsen wurden zunehmend mit neuen Krediten bezahlt.“
(Mählert, 1999, 119).

1971 wurde ein Transitabkommen und 1972 ein Verkehrsvertrag zwischen BRD und DDR unterzeichnet. Nach den deutsch-deutschen Verhandlungen nahm der Reiseverkehr stark zu, viele reisten von West nach Ost: „1975 wurden über 3,5 Millionen Reisen nach Ostberlin und in die DDR registriert.“ (ebd., 131).

1972 kam es zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, in dem beide Länder ihre Grenzen und die Souveränität des jeweils anderen Staates anerkannten. Dadurch konnte die DDR aus der internationalen Isolation ausbrechen und diplomatische Beziehungen aufbauen (vgl. Weber, 1999, 291f.).

„Ein wichtiges Kennzeichen der SED-Politik unter Honecker war die Kombination aus dem starken Bemühen um eine positive Außenwirkung der DDR als demokratisches und wirtschaftlich stabiles Land und einer Unterdrückungspolitik im Inneren des Landes, die auf subtileren Methoden der Manipulation und Repression basierte als in den fünfziger und sechziger Jahren.“
(Borgwardt, 2002, 91f.)

Das Verhalten der Bundesrepublik gegenüber der DDR ist auf Ausgleich bedacht. Die Devisen-Kredite stabilisierten das wackelige Wirtschaftssystem der Diktatur und konsolidierten das System. Zusätzlich kaufte die BRD politische Gegner frei und schwächte dadurch die oppositionelle Bewegung in der DDR.

„Seit 1963 ‚verkaufte‘ die DDR politische Gefangene gegen Bargeld an Bonn, wobei die Kaufsumme von dem ‚Wert‘ und den Qualifikationen des Kandidaten abhing. 1977 zahlte Bonn für die Freilassung politischer Häftlinge aus ostdeutschen Gefängnissen pro Kopf 96 000 DM.“
(Judt, 2009, 567)

Viele Oppositionelle wollten die DDR nicht unbedingt verlassen, sondern verändern und reformieren (vgl. ebd., 657). Häufig wurden unbequeme Dissidenten zwangsweise in den Westen abgeschoben.

1974 wurde die DDR Mitglied der *Vereinten Nationen*, nahm an der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) teil und unterzeichnete auch die Schlussakte 1975.

Im *Dritten Korb* der KSZE Schlussakte befanden sich Forderungen nach Grundrechten, wie das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit. Von diesen

Verträgen ausgehend, entwickelte sich eine Menschenrechtsbewegung in der DDR (vgl. Judt, 2009, 570f.). Motiviert durch die Helsinki-Akte stellten immer mehr Bürger einen Ausreiseantrag. *„Waren es 1984 rund 32 000 Bürger, die auf eine Übersiedlung nach Westdeutschland warteten, sollten es 1988 über 110 000 sein.“* (Mählert, 1999, 132). Mit dem Machtaufstieg Honeckers rückte auch der MfS-Minister Erich Mielke ins Politbüro auf. Honecker bevorzugte die präventive und subtile Disziplinierung und Überwachung, im Gegensatz zum Terror während der Ära Ulbrichts. Dadurch war die Staatssicherheit gezwungen ihr Personal aufzustocken.

„In den zwei Jahrzehnten der Ära Honecker wuchs nicht nur der hauptamtliche Apparat der Staatssicherheit auf 91 000 Mitarbeiter an und verdoppelte sich damit nahezu. Auch die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter stieg zwischen 1968 und 1975 von 100 000 auf rund 180 000 an.“ (ebd., 120f.).

Nach den Volkskammerwahlen 1976 wurde Honecker neben seinen Funktionen als Generalsekretär und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates auch noch Vorsitzender des Staatsrates.

Ende der siebziger Jahre brachten zwei Ereignisse die SED in Bedrängnis, zum einen der Eurokommunismus und zum anderen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann. Der Eurokommunismus beschreibt eine neue Denkrichtung innerhalb der Kommunistischen Bewegung Europas. Unabhängigkeit von der UdSSR und demokratischer Kommunismus waren die beiden wesentlichen Forderungen. Dadurch geriet die SED von außen und innen unter Druck.

1976 wurde Wolf Biermann während einer Reise nach Köln ausgebürgert. Es kam zu Protesten innerhalb der Künstlerszene, viele DDR-Künstler wie Christa Wolf, Jurek Becker, Stefan Heym, Erich Arendt, Ulrich Plenzdorf, Nina Hagen, Jürgen Fuchs, Armin Müller-Stahl u.a. unterschrieben einen Protestaufruf (vgl. Weber, 1999, 305).

„Prominente Schriftsteller und Künstler, die offen gegen die Ausbürgerung Biermanns protestiert hatten, wurden unter Druck gesetzt, weniger bekannte Künstler verhaftet und später in die Bundesrepublik abgeschoben.“ (ebd., 305).

1982 stand die DDR kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. *„Tatsächlich stand die DDR-Wirtschaft Anfang der achtziger Jahre am Rande des Zusammenbruchs, was weder westliche*

Beobachter erkannten noch die Menschen in der DDR zu überschauen vermochten.“
(Mählert, 1999, 134).

Ein Milliardenkredit, gewährt von Banken aus der BRD, konnte den Zusammenbruch abwenden. Um die Devisenquellen nicht versickern zu lassen, nutzte das Regime ein ausgeklügeltes Beschaffungssystem: Transit durch die DDR von der BRD, Zwangsumtausch der D-Mark für Besucher, Versandhandel, Verkauf von politischen Häftlingen, Müllimport, Waffenexporte, bis zu dem Verkauf von Blutprodukten (vgl. ebd., 138).

In der DDR mangelte es an hochwertigen Elektrogeräten, gleichzeitig aber exportierte die Diktatur Produkte in den Westen, um Devisen zu erhalten:

„Dort waren neben den ‚Präsident‘-Schreibmaschinen, ‚MZ‘-Motorrädern und ‚Praktika‘-Spiegelreflexkameras seit den sechziger Jahren zahlreiche technische Konsumgüter, Möbel und vieles mehr – zum Teil unter anderem Markennamen – in den Versandhandelskatalogen und Kaufhäusern zu finden.“
(ebd., 134f.).

Auch die Bevölkerung orientierte sich weiterhin am Westen. Reisen in die BRD waren nur für Rentner frei, die restliche DDR-Bevölkerung konnte bei dringenden Familienangelegenheiten eine Ausreisebewilligung erhalten. Trotzdem konnte das Leben in der BRD durch die Medien verfolgt werden. Die empfangbaren westdeutschen Fernsehprogramme veranschaulichten den eklatanten Unterschied der Lebensbedingungen. *„Jeden Abend erfolgte via ARD und ZDF die kollektive Ausreise der DDR-Bevölkerung in die bunte Bilderwelt des Westens.“* (ebd., 134). Von der UdSSR war keine wirtschaftliche Hilfe zu erwarten. Im Gegenteil, die Sowjetunion war mit den Folgen der Afghanistan-Intervention beschäftigt und reduzierte den Erdölimport in die DDR (vgl. Staritz, 1996, 311).

„Auch die lukrativen, seit dem Ende der DDR legendären Geschäfte von SED-Firmen, die der Staatssekretär im Außenhandelsministerium Alexander Schalck-Golodkowski mit seinem ‚Bereich Kommerzielle Koordinierung‘ (KoKo) außerhalb der Planung betrieb, konnten die Finanzlücken nicht schließen.“
(ebd., 311).

Um den Staatsapparat liquid zu halten, handelte Schalck-Golodkowski mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß 1983 und im Jahr darauf einen Milliardenkredit aus. Als Gegenleistung wurde der Abbau der Selbstschussanlagen im Grenzbereich verlangt (vgl. ebd., 315).

Anfang der achtziger Jahre begannen sich vor allem junge Bürger im Umfeld der Kirche in Friedensbewegungen zu organisieren. *„Allen Abschottungsbemühungen der SED zum Trotz hatten die neuen sozialen Bewegungen Anfang der achtziger Jahre auch in der DDR Einzug gehalten.“* (Mählert, 1999, 153). Die Friedensbewegungen vernetzten sich untereinander. Die Staatssicherheit versuchte die Bildung dieser Opposition zu verhindern oder zu mindest zu beeinträchtigen (vgl. Weber, 1999. 330f.).

„Doch inzwischen waren die kritischen Gruppen und Personen, die das Regime ablehnten, so breit gestreut und auch immer zahlreicher geworden, daß weder die Kontrolle oder Infiltrierung noch Zersetzung oder Verfolgung durch die Staatssicherheit sie völlig unterdrücken konnte.“
(ebd., 331).

1985 wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU. Er verfolgte den Weg der Glasnost (Öffnung) und Perestrojka (Wandel). Die SED-Führung folgte zur Überraschung vieler Funktionäre nicht dem sowjetischen Vorbild, und steuerte dem eigenen Zusammenbruch entgegen. *„Mit der Abgrenzung – wie zum Westen – nun gegenüber ihrer Schutzmacht Sowjetunion, die ja die staatliche Existenz der DDR garantierte, isolierte sich die SED-Führung und beschleunigte damit den eigenen Untergang.“* (ebd., 337).

Anfang 1989 genehmigte die SED mehr Ausreiseanträge als üblich und hoffte durch dieses Ventil negative Stimmung abzubauen. Das Gegenteil war der Fall, die Anträge wurden immer mehr. Nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 kam es vermehrt zu Protesten: *„Protestresolutionen, sogar kleinere Demonstrationen und Hunderte von Strafanzeigen wegen Wahlfälschung demonstrierten das wachsende Selbstvertrauen der Bürgerrechtler.“* (Mählert, 1999, 156). Die Stimmung im Volk entsprach nicht dem üblichen Wahlerfolg der SED. 98,85 Prozent der Stimmen für die Nationale Front galt als unrealistisch und Betrug am Wähler wurde vermutet (vgl. Weber, 1999, 347). Proteste wegen Wahlfälschung waren die Folge und bereiteten den Boden für die politische Wende.

5.13 Schriftsteller in der Diktatur

Der politische Anspruch an die Literatur war hoch. Sie sollte eine Verbindung zwischen Bevölkerung und Diktatur herstellen, die Ideologie und ihre Helden volkstümlich vermitteln (vgl. Borgwardt, 2002, 97). *„Die Schriftsteller hatten in didaktisch-pädagogischer Funktion*

die Bürger zu ‚sozialistischen Persönlichkeiten‘ zu erziehen und die Herrschaft der SED und ihre Politik zu legitimieren.“ (Borgwardt, 2002, 96).

Die SED forderte die Schriftsteller auf gesellschaftsrelevante Themen in ihren Werken zu thematisieren.

*„In allen literarischen Genres begünstigte die Veröffentlichungspolitik Autoren, die dem Sozialistischen Realismus verpflichtet waren, sich (mit Stalin) als ‚Ingenieure der menschlichen Seele‘ begriffen und ihre Aufgabe darin sahen, die Politik der Partei zu unterstützen.“
(Staritz, 1996, 71).*

Durch das Abbilden der realen Lebensumstände in der DDR konnte es auch zu kritischen und oppositionellen Ansichten in den Werken kommen. Denn der Alltag der Bevölkerung entsprach nicht dem Idealbild des real existierenden Sozialismus. Dann griff die Diktatur mittels Zensur und Repressionen ein.

„Durch die Verbannung von Subjektivität, Spontaneität, Kreativität, und Phantasie kollidierte dieses dogmatische Literaturkonzept jedoch mit den Grundbedingungen literarischen Schaffens und führte deshalb in der Praxis zu erheblichen Widersprüchen.“ (Borgwardt, 2002, 97).

Der Literaturbetrieb konnte durch dieses Handeln nur ins Visier der Diktatur geraten. Viele Schriftsteller und Künstler flüchteten während der 40-jährigen Diktatur ins Ausland, wurden abgeschoben oder ausgebürgert.

5.13.1 Kultur- und Literaturpolitik in der Ära Walter Ulbricht

1950 wurde der Deutsche Schriftstellerverband als Kontroll- und Disziplinierungsinstrument gegründet (vgl. Borgwardt, 2002, 105). Eine Mitgliedschaft bedeutete neben der Kontrolle und Lenkung durch den Apparat, auch Vorteile: Subventionen, Förderungen, Organisation von Lesungen, Westreisen, Printmedien aus dem Westen (vgl. ebd., 100). Um nicht ausgeschlossen zu werden, verpassten sich manche Schriftsteller eine Selbstzensur. *„Aber auch Angst vor dem Verlust von Privilegien, vor negativen Sanktionen oder einem Veröffentlichungsverbot konnte zum Verzicht auf politisch gefährliche Äußerungen führen.“ (ebd., 102).*

Im Zuge der *Entstalinisierung* versuchte die SED-Führung einen gemäßigeren Weg einzuschlagen. *„Die dadurch entstehenden Handlungsspielräume nutzen zahlreiche*

„Kulturschaffende‘ zur Kritik an den Methoden und Ergebnissen der bisherigen staatlichen Kultur- und Medienpolitik [...]“ (Borgwardt, 2002, 105).

Statt einer bleibenden Liberalisierung im Kulturbereich kam es wieder zur Verstärkung der Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen, in dem 1955 das Ministerium für Kultur und das Institut für Literatur gegründet wurden (vgl. ebd., 106).

Das Ministerium für Kultur war in mehrere Abteilungen (Film, Theater, Literatur, etc.) unterteilt.

„Literarische Produktion, Distribution und Rezeption waren in einen kulturpolitischen Apparat eingebettet, der nach sowjetischem Vorbild entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert war und einen engmaschigen Lenkungs- und Kontrollapparat bildete.“ (ebd., 98).

Im Politbüro und im ZK-Sekretariat für Kultur, Volksbildung und Wissenschaft waren mehrere Funktionäre mit kulturpolitischen Fragen beschäftigt. Dem ZK-Sekretariat für Kultur war die ZK-Abteilung für Kultur untergeordnet. Der Minister für Kultur war dem ZK-Sekretär für Kultur untergeordnet (vgl. ebd., 98f.).

Ebenfalls die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel war der ZK-Abteilung für Kultur unterstellt. Sie erteilte die Druckgenehmigungen, legte die Auflagenhöhe der Werke fest und übernahm die Lenkung und Kontrolle der Verlage.

„Der Veröffentlichungsprozess eines Buches konnte zu einer langwierigen, nervenaufreibenden Genehmigungsprozedur werden [...]“ (ebd., 101).

Zusätzlich arbeitete ein Büro für Urheberrechte, aus welchem auch für Drucke im Ausland eine Genehmigung einzuholen war.

„In der Auseinandersetzung zwischen Autoren, Lektoren, Verlagsleitern, den im Verdeckten agierenden MfS-Mitarbeitern, der HV Verlage und Buchhandel, den Außengutachtern sowie dem Büro für Urheberrechte spielten Beziehungen und Patronage-Verhältnisse eine große Rolle.“ (ebd., 101).

Wichtige Positionen waren ausschließlich mit SED-Funktionären oder MfS-Mitarbeiter besetzt (vgl. ebd., 99).

„Ein zentrales Instrument der SED zur Durchsetzung ihrer Kulturpolitik war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).“ (ebd., 100).

1959 wurde auf der *I. Bitterfelder Konferenz* beschlossen, die Schriftsteller in die Welt des arbeitenden Volkes zu führen. *Die Helden der Arbeit* sollten einerseits die Protagonisten aber auch die Autoren dieser zukünftigen Werke sein.

„Das Ungewöhnliche der literaturpolitischen Maßnahme bestand vor allem in der umfassenden Mobilisierung der ‚Werkstätigen‘ als Schreibende, nachdem die Berufsschriftsteller nicht die erwartete Menge sozialistisch-realistischer Literatur in gewünschter Qualität abgeliefert hatten.“
(Borgwardt, 2002, 107).

Bis zum Ende der Ära Ulbricht blieb das Verhältnis zwischen Schriftstellern und SED angespannt und die Kulturpolitik aggressiv (vgl. ebd., 108).

1969 kam es zur Bildung eines weiteren Disziplinierungsinstruments. Innerhalb der Linie XX des MfS wurde die Abteilung 7 für die Disziplinierung und Überwachung des Kulturbereichs gegründet. Künstler wurden auf mögliche feindliche Aktivitäten überprüft und Material gesammelt (vgl. ebd., 109).

„Ein häufig eingesetztes Mittel zur geistigen Beeinflussung war die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit von mächtigen politischen Funktionären, die in Gesprächen kritische Autoren von der Notwendigkeit eines parteikonformen Verhaltens – notfalls auch unter dem Einsatz massiver Drohungen – zu ‚überzeugen‘ versuchten.“
(ebd., 109).

5.13.2 Kultur- und Literaturpolitik in der Ära Erich Honecker

Die Kulturpolitik in der Ära Ulbricht hinterließ eine Kluft zwischen Literaturbetrieb und SED. Die Werke der konformen Literaten waren nur mäßig erfolgreich. Daher kam es unter Honecker zu liberalen Tendenzen in der Kulturpolitik (vgl. Borgwardt, 2002, 111).

„Der versöhnlichere kulturpolitische Kurs in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zielte als vertrauensbildende Maßnahme primär auf einen Beruhigungseffekt im kulturellen Bereich [...]“ (ebd., 111).

Gleichzeitig verwendete das Regime subtilere Maßnahmen und baute dafür den Aufgabenbereich des MfS aus. Für die Künstler Wolf Biermann, Robert Havemann und Stefan Heym wurde eine eigene Einheit gegründet (vgl. ebd., 112).

„Trotz des weit verzweigten Überwachungsapparates des MfS sah sich die Parteiführung nicht genug gerüstet, um die wachsenden kritischen Tendenzen in Kunst und Literatur kontrollieren zu können.“ (Borgwardt, 2002, 113).

Die Themen der Schriftsteller wurden verstärkt die privaten Probleme der Menschen im sozialistischen Alltag.

„Literarische Autonomiebestrebungen äußerten sich in den siebziger Jahren vor allem in einer neuen kritischen Literaturströmung, die ihren Status als kritische Teilöffentlichkeit immer weiter ausbaute und eine neue literarische Topik entwickelte.“ (ebd., 113).

Ende der siebziger Jahre wurde der Liedermacher Wolf Biermann ausgebürgert. Bereits 1973 hatte die Staatssicherheit schon Pläne für eine mögliche Ausbürgerung Biermanns entwickelt (vgl. Staritz, 1996, 300).

Biermann war 1953 von Hamburg aus in die DDR übersiedelt, und bereits 1965 mit einem Auftrittsverbot belegt. Biermann war kein Gegner des Kommunismus sondern Kritiker des Systems. Seine Musik konnte nur in der BRD veröffentlicht werden.

1976 reiste Biermann zu einem genehmigten Konzertauftritt nach Köln. Die SED-Führung ergriff diese Chance und entzog ihm das Recht auf weiteren Aufenthalt in der DDR.

„Die Biermann-Ausbürgerung war weit mehr als nur ein neuerlicher kulturpolitischer Klimawechsel[...]. Sie markierte einen Einschnitt, in dessen Folge große Teile der kritischen DDR-Intelligenz resignierten.“ (Mählert, 1999, 130).

Namhafte Kulturschaffende protestierten mittels Unterschriftenliste gegen diese Sanktion.

„Es hagelte Parteistrafen, Ausschlüsse aus der SED oder dem Schriftstellerverband, Publikationsverbote und Schikanen aller Art.“ (ebd., 129).

Zusätzlich führte die Biermann Ausbürgerung zu einer Spaltung der Künstlerszene. *„Als Folge des Biermann-Konflikts kann von einem regelrechten Exodus der Kulturszene in der DDR gesprochen werden.“* (Borgwardt, 2002, 114).

Innerhalb der Literaturszene gab es linientreue Schriftsteller wie Hermann Kant und Bruno Apitz. Sie waren im Westen unbekannt und wurden selbst in der DDR wenig gelesen.

Konträr dazu positionierten sich Dissidenten, wie Wolf Biermann und Jürgen Fuchs.

„Alle Autoren, die ihre Kritik grundsätzlicher formulierten und auf Loyalitätsbekenntnisse zum DDR-Staat verzichteten, waren massiven Repressionen ausgesetzt, wurden isoliert und marginalisiert und zum Verlassen der DDR gedrängt oder gezwungen.“ (ebd., 134).

Aber es gibt auch Schattierungen zwischen diesen beiden extremen Positionen, das wären die Schriftsteller, die in der DDR leben wollten, die sozialistische Ideologie befürworteten, aber von der Notwendigkeit politischer Reformen überzeugt waren (vgl. Borgwardt, 2002, 134f.). In den letzten beiden Jahrzehnten der DDR wurde Literatur zu einem wichtigen Element oppositionellen Denkens (vgl. ebd., 134).

5.14 Die Wende im Herbst 1989

Im Mai 1989 wurden in der DDR Kommunalwahlen abgehalten. Im Zuge dieser Wahl kam es vermehrt zu Protesten und Eingaben der Bevölkerung. Die *Nationale Front* sollte konträr zu den Stimmungen in der Wählerschaft wieder einen Wahlsieg errungen haben. Teile der Bevölkerung erachteten das Ergebnis für unrealistisch und gefälscht.

Diese Wahlfälschung nährte die Protestbereitschaft unter den DDR-Bürgern.

Im Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzsperrern, und öffnete den *Eisernen Vorhang*. In den Sommermonaten flüchteten viele DDR-Bürger nach Ungarn oder besetzten BRD-Botschaften in Budapest, Warschau und Prag. Sie warteten auf weitere Veränderungen (vgl. Weber, 1999, 347f.).

Ab September 1989 wurde die Flucht über Ungarn möglich.

„Ohne mit der DDR-Regierung Rücksprache zu nehmen, öffnete Ungarn am 10./11. September seine Grenzen nach Westen. Daraufhin setzte in der DDR ein Massenexodus ein. Innerhalb weniger Wochen verließen auf diese Weise über 25 000 Menschen das Land.“ (Mählert, 1999, 159).

Durch die enormen Flüchtlingswellen kamen es zu personellen Ausfällen in Betrieben und Kliniken. „Die DDR-Regierung protestierte empört – die ungarische Maßnahme bedeutete eine Verletzung des langjährigen Abkommens zwischen kommunistischen Regierungen, ihre Länder nicht als Fluchtrouten aus Bruderstaaten benutzen zu lassen.“ (Judt, 2009, 705).

Daraufhin wurde am 3. Oktober 1989 der pass- und visafreie Grenzübertritt in die CSSR aufgehoben und der Weg über Ungarn in den Westen erschwert (vgl. Staritz, 1996, 360). Die DDR-Bevölkerung geriet immer mehr in Bewegung. In den Monaten September und Oktober bildeten sich Bürgerbewegungen, wie das *Neue Forum*, *Demokratischer Aufbruch*, *Demokratie Jetzt*. In mehreren Städten versammelten sich Bürger zu Nachtwachen und in Leipzig wurden seit September Montagsdemonstrationen organisiert. Durch die Proteste geriet die Hegemonialpartei unter Druck. Am 18. Oktober kam es zur Absetzung Erich

Honeckers nach 18 Jahren an der Spitze der Diktatur. Egon Krenz, Berliner SED-Chef Günter Schabowski, FDGB-Vorsitzender Harry Tisch, Ministerpräsident Willi Stoph und andere setzten Honecker ab (vgl. Mählert, 1999, 163). Krenz wurde neuer Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Krenz wollte die Hegemonie der Partei sichern, und war überzeugt, dass kleine Reformen reichen würden um die Bevölkerung wieder zu beruhigen.

„Doch die halbherzigen personellen Veränderungen und politischen Absichtserklärungen konnten die aufgeheizte Stimmung im Land nicht abkühlen. Die Menschen verlangten grundlegende politische Reformen.“ (ebd., 165).

Die Protestbewegung schwellte weiter an, am 23. Oktober demonstrierten 300 000 Menschen friedlich in Leipzig und forderten Partizipation am politischen System: *Wir sind das Volk* lautete die Parole. In der Hauptstadt forderten eine halbe Million Menschen politische Reformen (vgl. Judt, 2009, 705f.).

„Auf der größten Massendemonstration in der Geschichte der DDR forderten am 4. November rund eine Million Bürgerinnen und Bürger auf dem Ostberliner Alexanderplatz Presse-, Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen.“ (Mählert, 1999, 166).

Die Bevölkerung forderte, anders als von der Hegemonialpartei erwartet, keine Umbildung an der SED-Spitze sondern politische Partizipation und die Umwandlung des Herrschaftssystems hin zur Demokratie.

Am 4. November *„[...] öffnete die Tschechoslowakei ihre Grenzen. Während der nächsten 48 Stunden nutzen 30 000 Menschen diesen Weg in den Westen.“* (Judt, 2009, 706).

Daraufhin beschlossen die Entscheidungsträger ein verändertes Reisegesetz und das Politbüro erklärte seinen Rücktritt. Dieses neue Reisegesetz sollte den Protest der Bürger mäßigen.

„Zwar sollten nun alle Ostdeutschen einen Paß bekommen können, doch reisen nur mit einem Visum, und das war zunächst zu beantragen, dann zu genehmigen, und es wurde nicht allen zugesagt. Überdies war ein Urlaub von der DDR nur für längstens 30 Tage möglich [...].“ (Staritz, 1996, 379).

Am 9. November fand wegen der ZK-Tagung eine Pressekonferenz statt, eine weitere Veränderung des Reisegesetzes wurde vorgelegt. Das ZK stimmte dieser Vorlage zu.

„Schabowski, der weder die Diskussion über den Entwurf noch die Entscheidung anhören konnte, weil er Journalistentermine hatte, fragte

Krenz gegen 18.00 Uhr, ob er das Papier auf einer Pressekonferenz erwähnen solle, auf der über die Parteitagung zu berichten war. Der bejahte [...].“
(Staritz, 1996, 381).

Diese Situation ermöglichte die entscheidenden Entwicklungen während der nächsten Wochen. Günter Schabowski las folgende Änderung den Journalisten vor:

„Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ (Mählert, 1999, 166f.).

Auf die Frage eines Journalisten, ab wann die Neuregelung gilt, antwortete Schabowski mit sofort, unverzüglich. Binnen weniger Stunden strömten tausende Bürger Richtung Mauer. Die Grenzwächter hatten keine Informationen und konnten dem massiven Andrang nicht standhalten. Die Grenzwächter an der Bornholmer Brücke in Ostberlin öffneten als erster den Kontrollposten in den Westen. Die anderen Grenzübergänge folgten ihrem Beispiel (vgl. ebd., 167f.).

„Die abrupte Grenzöffnung in der Nacht zum 10. November 1989 war weder mit der Sowjetunion abgestimmt, noch erfolgte sie etwa aus der plötzlichen Einsicht der SED-Führung, die Bevölkerung keinen Tag mehr länger einsperren zu dürfen.“ (ebd., 168).

Die Mauer war offen und die Menschen strömten in den Westen.

„In den darauffolgenden Wochen konnten Millionen von DDR-Bürgern die Bundesrepublik und West-Berlin besuchen. Die unmittelbare Anschauung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse überwältigte, ja schockierte die Menschen.“ (Weber, 1999, 356).

Zunächst forderte die Bevölkerung eine Demokratisierung der DDR, aber nach dem Mauerfall wurde die Forderung nach einem geeinten Deutschland immer stärker.

Vor allem die Besuche im Westen veranlassten die meisten zu dieser Forderung:

„Angesichts der dabei gewonnenen Eindrücke verloren die Menschen zwischen Elbe und Oder rasch das Interesse an einer ‚anderen‘, reformierten DDR. Aus der Parole ‚Wir sind das Volk‘ wurde die übermächtige Losung ‚Wir sind ein Volk‘“ (Mählert, 1999, 173).

„Mit dem Sturz des Kommunismus kündigte sich, für viele überraschend, zugleich auch das Ende der Zweistaatlichkeit an.“ (Jesse, 1990, 48).

Die UdSSR engagierte sich nicht und überließ den Satellitenstaat seiner Eigenverantwortung. Dadurch verlor die DDR jegliche Existenzberechtigung.

„Das hatte entschieden nicht in der Absicht der DDR-Regierung gelegen. Wie Schabowski selbst später erklärte, hätten die Machthaber ‚keinen Hinweis‘ darauf gehabt, daß die Maueröffnung den Sturz der DDR bewirken würde – ganz im Gegenteil, sie hatten sich davon den Beginn der ‚Stabilisierung‘ erwartet.“
(Judt, 2009, 706f.).

Drei wesentliche Faktoren begünstigten die Implosion der SED Diktatur: Gorbatschows liberaler Kurs, die Öffnung der ungarischen Grenzen und die oppositionelle Bewegung in der DDR (vgl. Weber, 1999, 367).

„Von entscheidender Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung war die Reformpolitik Moskaus unter Gorbatschow, aber auch die wachsende Unterstützung der oppositionellen Gruppen durch die Bevölkerung, die sich in Massendemonstrationen artikulierte.“
(Borgwardt, 2002, 89).

Das Politbüro trat noch einmal zurück und die SED wurde unter der Verantwortung Gregor Gysis, in *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) umbenannt.

Erste freie Wahlen wurden für den Mai 1990 angesetzt, aber letztlich auf den März vorgezogen. Es bildeten sich neue Parteien nach dem Vorbild der westdeutschen Parteien. Die freien Volkskammerwahlen zeigten ein deutliches Votum für die Vereinigung beider deutscher Staaten: Allianz für Deutschland (CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch) 48%, SPD 22%, PDS 16%, Bund Freier Demokraten (LDP, FDP, Neue Forumspartei) 5%, Bündnis 90 - Neues Forum – Demokratie jetzt 3% (vgl. Weber, 1999, 361).

Am 12. April 1990 bildete sich eine Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière. Zwischen den Außenministern der UdSSR, Frankreich, Großbritannien und der USA, sowie den beiden deutschen Staaten kamen es zu so genannten *Zwei-plus-Vier-Verhandlungen*, um ein Einverständnis der Alliierten bezüglich einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erwirken.

Dass es in Zukunft nur mehr ein Deutschland geben werde, darüber waren sich die Bevölkerung und Politiker auf beiden Seiten rasch einig, jedoch nicht darüber wie der Einigungsprozess ablaufen würde. Es gab zwei verschiedene Möglichkeiten. Eine rasche Vereinigung, bei der die DDR der BRD mit Hilfe des Grundgesetzes quasi beitreten würde oder eine langsame Vereinigung, bei der zuerst die DDR sich eigenständig in ein demokratisches System umwandeln sollte und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung möglich wäre. Schließlich wurde das erste Modell angewendet und die DDR wurde nach Artikel 23 des Grundgesetzes mit der BRD vereint.

Für die rasche Einigung sprachen mehrere Gründe: Die innenpolitische Situation war unübersichtlich, immer noch strömten die Menschen in den Westen und die wirtschaftliche Lage in der DDR war prekär. Die außenpolitische Lage war ebenfalls nicht voraussehbar. Es hätte zu einem Meinungsumschwung der Alliierten bzw. zu einem Kurswechsel in der Sowjetunion kommen und die Einigung gefährden können. Am 1. Juli 1990 trat eine Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Es wurde die D-Mark im Osten eingeführt und der Umtausch 1:1 ermöglicht (vgl. Mählert, 1999, 180).

Am 23. August 1990 stimmte die Volkskammer dem Beitritt für 3. Oktober zu. In nur acht Wochen wurde ein Vertrag mit 45 Artikeln über die Zukunft Deutschlands ausgearbeitet, am 20. September erfolgte die Zustimmung beider deutscher Parlamente.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR offiziell der BRD bei, Deutschland war wieder eine vereinte Nation.

6. Das Ministerium für Staatssicherheit

„Das Leben wird zum Widerstand gegen die Macht,
wenn die Macht das Leben zu ihrem Objekt macht.“
(Deleuze, 1992, 129).

Die Provisorische Volkskammer verabschiedete im Februar 1950 einen Gesetzesentwurf zur Umwandlung der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft des Innenministeriums in das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) (vgl. Gieseke, 2011, 23).

Die Vorlage zum Beschluss kam aus dem SED-Politbüro, die Umwandlung war bereits seit Mai 1949 in Gange und wurde unter Aufsicht von Erich Mielke gestellt (vgl. ebd., 45f.).

Allerdings wurde Wilhelm Zaisser erster Minister des MfS und Erich Mielke erhielt die Funktion des Staatssekretärs (vgl. ebd., 26). Größtenteils rekrutierte sich das MfS aus der politischen Polizei (K 5) der Kriminalpolizei.

Die Staatssicherheit verstand sich der Tradition nach als *Tschekisten*. *Tscheka* wurde als politische Polizei von den Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 gegründet und diente der revolutionären *außerordentlichen Kommission im Kampf für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage* – die russische Abkürzung dafür war *Tscheka* (vgl. ebd., 19f.). Daraus entwickelte sich später auch der KGB.

Das MfS war eine zentrale Säule der Herrschaftsstruktur und bezeichnete sich gerne als *Schild und Schwert* der SED. Das MfS war ein Organ der Landesverteidigung und direkt dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates unterstellt. Diese Funktion wurde immer in Personalunion mit dem Generalsekretär des ZK ausgeübt (vgl. Gill/Schröter, 1993, 17).

„Das MfS bildete allerdings keinen Staat im Staate, sondern unterstand als bürokratisch-militärische Einrichtung der strikten Anleitung und Kontrolle durch die SED.“ (Vollnhals, 1994, 55).

Grundsätzlich durfte das MfS keine operativen Vorgänge gegen den hauptamtlichen Parteiapparat durchführen (vgl. Gieseke, 2011, 103), außer um sich Feinden in den eigenen Reihen zu entledigen. 1950 kam es nach der Auflösung der Internierungslager zu Todesurteilen und langen Haftstrafen. Bei Schauprozessen wurden über 3000 Personen verurteilt (vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 76).

Anfang der fünfziger Jahre baute das MfS seinen Apparat auf, agierte vor allem in der Bekämpfung der politischen Gegner und unterstützte die SED bei den parteiinternen

Säuberungen (vgl. Gieseke, 2011, 50f.) Die Zahl der Verfolgten im Zuge der Parteisäuberungen liegt zwischen 5000 und 6000 (vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 79).

Als Reaktion auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 kam es zu einer Verhaftungswelle von mehreren hundert Personen und zu der Wiedereingliederung des MfS als Staatssekretariat in das Ministerium des Innern (MdI). Wilhelm Zaisser wurde abgesetzt und Ernst Wollweber folgte in das Amt des Staatssekretärs nach. Ab 1955 fungierte die Staatssicherheit wieder als ein eigenständiges Ministerium (vgl. Gieseke, 2011, 63f.)

1957 gab Ernst Wollweber krankheitsbedingt seine Position auf und Erich Mielke wurde zum Minister für Staatssicherheit ernannt (vgl. ebd., 75).

Durch den Mauerbau veränderte sich auch die Arbeit des MfS und widmete sich verstärkt der Feinbekämpfung im Inneren.

„Die konspirative und zugleich offensive Gesinnungskontrolle der Bevölkerung verbunden mit justizrechtlicher Verfolgung arrivierte ab 1961 zu einer zentralen Aufgabe des MfS.“ (Bauer, 2006, 69).

Negativ-feindliche Elemente konnten die DDR nicht mehr verlassen und mussten daher im Inneren bekämpft werden. Außerdem galt es den *Menschenhandel* bzw. die *Republikflucht* (DDR-Jargon für illegale Flucht) zu unterbinden und die dafür notwendigen Schlepper (Fluchthelfer) ausfindig zu machen (vgl. Gieseke, 2011, 77f.)

„Trotz geschlossener Grenze verließen zwischen 1961 und August 1989 mehr als 650.000 Menschen die DDR.“ (ebd., 182).

1971 wurde Erich Honecker Generalsekretär des ZK der SED und es vollzog sich neuerlich ein Wandel in den Aufgaben des MfS.

Honecker verfolgte außenpolitische Interessen und wollte das internationale Ansehen der DDR und die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen nicht gefährden (vgl. ebd., 73).

Die Entspannungspolitik inkludierte Verträge über den Personentransfer zwischen den beiden deutschen Staaten. *„1972 bis 1983 gab es jährlich durchschnittlich fünf Millionen Besuche in der DDR, etwa zu gleichen Teilen aus Westdeutschland und West-Berlin.“* (ebd., 89).

Durch die Reisen in die DDR kam es zu einer Ausweitung des Aufgabengebiets der Staatssicherheit, etwa bei der Passkontrolle und beim Zoll. Außerdem führten die deutsch-deutschen Verträge zur diplomatischen Anerkennung der DDR. Die Spionageabwehr der neuen diplomatischen Vertretungen und der westlichen Journalisten gehörten auch zum Aufgabengebiet des MfS (vgl. Gieseke, 2011, 90).

Die Entspannungspolitik war aber nicht der alleinige Grund für die Expansion des MfS. Die offenen Repressionen der Ulbricht Ära wurden rückläufig und es kam verstärkt zu subtileren Methoden, wie etwa die Zersetzung und dem Einsatz neuer Techniken. Diese präventive Disziplinierungsmethode erforderte zusätzliches Personal. Durch den Anstieg von Personal und die Ausdehnung des Aufgabengebiets wurde die Disziplinarmacht immer größer (vgl. Bauer, 2006, 69).

Der Personalstand des MfS wuchs während der ganzen 40 Jahre der Diktatur in allen Bereichen, außer während der Amtsperiode Wollwebers, am stärksten zwischen 1968 und 1982 (vgl. Gieseke, 2011, 75). „Überschlägig gerechnet verdoppelte die Staatssicherheit bis Anfang der achtziger Jahre ihren Personalbestand etwa alle zehn Jahre[...].“ (ebd., 71f.).

In den achtziger Jahren veränderte sich die innenpolitische Lage:

„Die Krisensymptome in der DDR nahmen zu, die Ausreisebewegung und die innere Opposition begannen sich zu entwickeln, die Staatssicherheit erlebte also nun tatsächlich den vielbeschworenen ‚Aufgabenwuchs‘.“ (ebd., 93).

Die Anzahl der Ausreiseanträge wurde immer größer. Obwohl es vielen tausenden Bürgern ermöglicht wurde die DDR hinter sich zu lassen, ging die Zahl nicht zurück. Im Gegenteil, die Zahl stieg weiter auf über Hunderttausend. Außerdem engagierten sich Teile der Bevölkerung in den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen. Die Hegemonialpartei ließ sich allerdings von den Stimmungsberichten des MfS nicht beeinflussen. Sie ähnelten den Berichten der Westmedien und waren somit für die Hegemonialpartei nicht realistisch. Die Staatssicherheit musste die Implosion des Herrschaftssystems geschehen lassen.

Während der plötzlichen Wende im Herbst 1989 wurde Wolfgang Schwanitz neuer Minister für Staatssicherheit und das Ministerium in das *Amt für Nationale Sicherheit* (AfNS) umgewandelt, zunächst blieb der monolithische Überwachungsapparat noch einige Wochen bestehen.

Zwei Ereignisse bewirkten aber das rasche Ende des AfNS. Zunächst das Verhalten von Erich Mielke (nach seinem Absetzen) und der Beginn der Aktenvernichtung (vgl. Fricke, 1991, 70f.).

Daraufhin reagierten viele Bürger mit der Besetzung von Bezirksverwaltungen sowie Kreisdienststellen, um die Aktenvernichtung zu stoppen. Auch die Zentrale in der Berliner Normannenstraße wurde besetzt.

„Die Bürgerkomitees bemühten sich daher, die nicht mehr voll funktionsfähige, aber immer noch schwer kalkulierbare Maschinerie der Staatssicherheit endgültig lahmzulegen und vor allem ihre Aktenbestände zu sichern. Diese Dokumente durften nicht im Reißwolf oder in der Müllverbrennung entsorgt werden, wollte man die Vergangenheit wirklich aufklären.“

(Vollnhals, 1994, 51).

Ministerpräsident Hans Modrow strebte zwar eine Aufteilung in Verfassungsschutz und Nachrichtendienst an, konnte sich aber nicht mehr durchsetzen. Der Runde Tisch forderte die Auflösung des AfNS (vgl. Fricke, 1991, 72). Durch den Druck der Bürgerrechtsbewegung kam es schließlich zur Auflösung des AfNS und zur Einrichtung des *Komitees zur Auflösung des ehemaligen AfNS*. Es muss erwähnt werden, dass es zu Beginn des Transformationsprozesses zu einigen Pannen kam. *„Allein in der Zentrale des Staatlichen Komitees arbeiteten anfänglich 80 ehemalige MfS-Offiziere an der Auflösung ihrer alten Dienstbehörde.“* (ebd., 75). Um die Aufarbeitung dieses historischen Kapitels der Vergangenheit bewältigen zu können, war und ist daher die Sicherung und Aufarbeitung des Aktenbestandes dringend notwendig.

„Und ebenso wie es der Bürgerbewegung zu verdanken ist, daß die Aktenvernichtung der Stasi 1989/90 ein Ende fand, bleibt es deren Verdienst, daß dieses Erbe heute der Forschung und Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu Verfügung steht.“ (Mählert, 1999, 173).

Am 3. Oktober 1990 nahm die *Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* (BStU) ihre Arbeit auf.

Die hinterlassenen Aktenbestände ergeben eine Länge von 178 km, zusätzlich existieren tausende Säcke voll zerrissener Akten, welche in mühsamer Recherche wieder zusammengefügt werden. Anders wurde bei den elektronischen Datenträgern verfahren, sie wurden mit Zustimmung des Runden Tisches im Frühjahr 1990 vernichtet (vgl. Vollnhals, 1994, 52).

Die gänzliche Öffnung der Akten wurde häufig kritisiert, gewährt aber den ehemaligen DDR-Bürgern die Möglichkeit zur Akteneinsicht und den Opfern einen ersten Schritt um sich von ihren belastenden Erlebnissen befreien zu können.

6.1 Aufgaben

1950 wurde das MfS durch die Verabschiedung eines Beschlusses der Volkskammer gebildet. Dieser Beschluss enthielt keinerlei Inhalt über die Aufgaben der Staatssicherheit.

„Seine Tätigkeit wurde durch interne Richtlinien, Ordnungen, Dienstanweisungen, Befehle, Durchführungsbestimmungen und andere Festlegungen geregelt, die generell der Minister für Staatssicherheit selber erließ oder außer Kraft setzte.“ (Fricke, 1991, 11).

Die Aufgaben der Staatssicherheit gingen über die eines geheimen Nachrichtendienstes hinaus. Das MfS war zugleich auch politische Geheimpolizei und Untersuchungsorgan.

„Charakteristisch für das MfS ist die Zusammenfassung und Zentralisierung unterschiedlichster Aufgabenbereiche, Kompetenzen, und Sonderbefugnisse innerhalb eines Apparates, der außerhalb rechtsstaatlicher Normen operierte und keiner parlamentarischen Kontrolle unterlag.“ (Vollnhals, 1994, 56).

Die hauptamtlichen Mitarbeiter hatten militärische Ränge und Dienstwaffen, waren meistens SED-Mitglieder und größtenteils Männer. Die enge Verbindung zwischen SED und MfS wurde durch die Strukturierung des Herrschaftssystems ermöglicht. Der Minister und drei Generäle waren Mitglieder des ZK. Erich Mielke war auch seit 1976 Mitglied des Politbüros. Im Sekretariat des ZK gab es auch die Position eines Sekretärs für Militär- und Sicherheitspolitik (vgl. ebd., 55).

„Diese personelle wie strukturelle Verzahnung zwischen Partei und Staatssicherheit war die entscheidende Voraussetzung für eine Instrumentalisierung des MfS zu politischen Zwecken. Personell verflochten waren Staatspartei und Staatssicherheit infolge der Einbindung führender MfS-Kader auf allen Ebenen der SED.“ (Bauer, 2006, 71).

Leitungspositionen wurden mit SED-Kadern besetzt. In jeder MfS-Dienststelle war auch eine Parteigrundorganisation. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen waren Mitglieder der SED Bezirks- und Kreisverwaltungen (vgl. Fricke, 1991, 15).

Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter war gering. Frauen hatten nur sehr geringe Aufstiegschancen und waren meist im medizinischen Bereich, in Sekretariaten, Telefonzentralen oder Kantinen tätig (vgl. Bauer, 2006, 194).

Die wesentliche Aufgabe der Staatssicherheit war die eines Disziplinierungs- und Überwachungsinstruments

„[...] alle Bereiche des Lebens in der DDR, Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Jugend, Kirche, Sport usw., lückenlos zu überwachen, über alles, was die Menschen denken, worüber und wie sie sich äußern, Bescheid zu wissen, kritische Meinungen sofort zu erfahren, oppositionelle

Bestrebungen frühzeitig zu erkennen und im Keim zu ersticken.“
(Gill/Schröter, 1993, 95).

Wesentliche Aufgabenbereiche im Detail waren (vgl. ebd., 33):

- Die Aufklärung von Aktivitäten anderer Staaten oder auch Organisationen in anderen Staaten, welche sich gegen die DDR richten oder politisch oder militärisch agieren oder Befreiungsbewegungen unterstützen.
- Alle Entwicklungen oder Maßnahmen, die sich gegen die Partei- und den Staatsapparat richten, waren zu verhindern oder aufzulösen; Profile über politische Personen zu erstellen.
- Alle illegalen Personengruppen müssen verhindert bzw. aufgelöst werden. Die Unterstützung von oppositionellen Gruppierungen im In- und Ausland und öffentlichkeitswirksame Aktionen von *negativ-feindlichen* Personen im Inland verhindern.
- Die Spionageabwehr ausländischer Geheimdienste und den Schutz aller sicherheitspolitischer Bereiche des Staates garantieren.
- Die Volkswirtschaft, das Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen gegen Sabotage schützen, bzw. Straftaten und Missstände aufdecken.
- Die Sicherung der Staatsgrenze, verhindern von Personenausschleusungen und Menschenhandel.
- Das Aufdecken faschistischer Kriegsverbrechen im Inland und auch unterstützend für das Ausland.

Zu den Pflichten der Staatssicherheit zählten (vgl. ebd., 31):

- Wahrnehmung der im Volkspolizei-Gesetz geregelten Befugnisse (Personen- und Fahrzeugkontrollen, Festnahmen).
- Polizeiliche und staatsanwaltliche Untersuchungstätigkeit.
- Passkontrollen und Fahndung bei grenzüberschreitendem Personenverkehr.
- Der Schutz der Staatsgeheimnisse.
- Chiffrierwesen (verdeckte Regierungsnachrichtenverbindungen).
- Der Schutz der Repräsentanten der DDR sowie ihrer Gäste.
- Errichtung von Schutzbauten für den Verteidigungsfall.

6.2 Struktur

Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit umfasste einen riesigen Gebäudekomplex in Berlin-Lichtenberg, das Areal reichte von der Frankfurter Allee bis zur Gotlindestraße und von der Magdalenenstraße bis zur Ruschestraße (vgl. Fricke, 1991, 22).

An der Spitze der Staatssicherheit standen der Minister und seine vier Stellvertreter. Die Arbeitsbereiche waren in Hauptverwaltung, Verwaltung, Hauptabteilungen, Selbstständige Abteilungen und Arbeitsgruppen gegliedert. Die meisten Abteilungen waren dem Minister unterstellt, die restlichen Bereiche fielen in die Zuständigkeit der Stellvertreter. Die Staatssicherheit arbeitete nach zwei wesentlichen Prinzipien: die territoriale Aufteilung und das Linienprinzip.

Mit territorialer Aufteilung ist die Strukturierung der Dienststellen gemeint. In der Hierarchie ganz oben steht das MfS, danach folgen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.

Mit dem Linienprinzip ist die Strukturierung der Sicherungsbereiche gemeint. Allen gesellschaftlichen Bereichen entsprechend hatte das MfS dafür eine Linie. Für die Überwachung der Volkswirtschaft war im Ministerium die Hauptabteilung der Linie XVIII zuständig und in den Bezirken war es die Abteilung XVIII (vgl. Gieseke, 2011, 137).

„Die Arbeitsteilung im Ministerium und in den nachgeordneten Dienststellen war so organisiert, daß alle politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereiche erfasst und flächendeckend kontrolliert werden konnten.“ (Gill/Schröter, 1993, 35). Somit konnte die Staatssicherheit eine Durchdringung des gesamten Staates und der gesamten Gesellschaft erreichen.

6.2.1 Der Aufbau des MfS

Die Dimensionen der Staatssicherheit lassen sich deutlich an der inneren Struktur des Ministeriums erkennen (vgl. Gill/Schröter, 1993, 37ff.):

- *Hauptverwaltung Aufklärung* (HVA bzw. in den Bezirken XV): Auslandsspionage, und Abwehr im Ausland.
- *Hauptabteilung I* (Militärabwehr): Eindringen gegnerischer Nachrichtendienste verhindern.

- *Hauptabteilung II* (Spionageabwehr): Schwerpunkt waren ausländische Vertretungen in der DDR, Abwerbungsversuche von ausländischen Diensten verhindern.
- *Hauptabteilung III* (Funkmessaufklärung): Funkaufklärung gegenüber den NATO-Staaten, Telefonauswertung zwischen West-Berlin und der BRD und grenzüberschreitende Fernmeldeverbindungen.
- *Hauptabteilung VI* (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel): Passkontrolle, Fahndungen, Daten speichern und auswerten, Reise- und Touristenverkehr kontrollieren.
- *Hauptabteilung VII* (Abwehrarbeit): geheimdienstliche Kontrolle des Ministeriums des Inneren.
- *Hauptabteilung VIII* (Beobachtung/Ermittlung): verdächtige Personen observieren, ermitteln, verhaften, Durchsuchungen; westliche Militärmissionen und Transitwege überwachen.
- *Hauptabteilung IX* (Untersuchungsorgan): staatliches Untersuchungsorgan für die Strafprozessordnung.
- *Abteilung X* (Internationale Verbindungen): Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen anderer Staaten (UdSSR).
- *Abteilung XI* (Chiffrierwesen): Zentrales Chiffrierwesen der DDR.
- *Abteilung XII* (Zentrale Auskunft/Speicher): Sammlung aller Personen- und Registraturdaten des MfS; Verwaltung des MfS Archivs.
- *Abteilung XIII* (Zentrale Rechenstation): Rechenzentrum.
- *Abteilung XIV* (Untersuchungshaft, Strafvollzug): Untersuchungshaft für Personen gegen die die Hauptabteilung IX ermittelt.
- *Arbeitsgruppe XVII* (Besucherbüro West-Berlin): für das Besucherbüro zuständig, dort konnten West-Berliner Einreiseerlaubnisse beantragen.
- *Hauptabteilung XVIII* (Volkswirtschaft): geheimdienstliche Sicherung der Volkswirtschaft, Aufklärung und Verhindern von Wirtschaftskriminalität und Sabotage.
- *Hauptabteilung XIX* (Verkehr, Post, Nachrichtwesen): wie Hauptabteilung XVIII, geheimdienstliche Aufgaben bzgl. Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen.
- *Hauptabteilung XX* (Staatsapparat, Kirche, Kunst, Kultur, Opposition): staatliche Organe und Einrichtungen im Justizbereich, Gesundheitswesen, Kultur, Bildung, Medien, Jugend, Kirche zu bearbeiten, bekämpfen von Kritik und politischer Opposition. Alle Methoden des MfS wurden angewendet: Telefonüberwachung, Postkontrolle, Eindringen in oppositionelle Gruppen, Zersetzung.

- *Hauptabteilung XXII* (Terrorabwehr): Bearbeitung von terroristischer oder gewalttätiger Gruppen im Ausland, von den Gefahr für die DDR ausgehen könnte und Aufklärung von terroristischer Gewalt im Inland, Kontaktpflege und Unterstützung der RAF.
- *Abteilung 26* (Telefonüberwachung): Telefonüberwachung, Telexkontrolle, Mikrofonkontrolle, Anbringung von Wanzen.
- *Arbeitsgruppe des Ministers* (AGM): Aufgaben für eine Mobilmachung.
- *Abteilung Bewaffnung und Chemischer Dienst* (BCD): Ausstattung der Diensteinheiten mit Waffen, Munition und chemischer Ausrüstung, sowie Schutzkleidung.
- *Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung* (BKK): Abschirmung der Einheit Kommerzielle Koordinierung von Alexander Schalck-Golodkowski.
- *Abteilung M* (Postkontrolle): Auswertung und Kontrolle von nationalen und internationalen Postsendungen.
- *Abteilung N* (Geheime Regierungsverbindungen): Schutz der geheimen Regierungsnachrichtenverbindungen und der Nachrichtenverbindungen des MfS selbst.
- *Hauptabteilung PS* (Personenschutz): Personenschutz und Objektsicherung der Repräsentanten der DDR und der Staatsgäste.
- *Operativ-Technischer Sektor* (OTS): Herstellung von Überwachungs- und Spionagetechnik.
- *Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz* (ZAGG): Datensicherung des Staatsapparates.
- *Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe* (ZAIG): Sammlung und Auswertung von Datenmaterial für die Partei.
- *Zentraler Operativstab* (ZOS): Archiv von Strafdaten und Ereignissen von sicherheitspolitischer Bedeutung.
- *Zentrale Koordinierungsgruppe* (ZKG): Kontrolle der Ausreisebestrebungen und Verhindern von Ausschleusungen.
- Zusätzlich existierten administrative Abteilungen: wie das Sekretariat des Ministers, die Abteilung Finanzen, Zentraler Medizinischer Dienst (ZMD), Hauptabteilung Kader und Schulung, Juristische Hochschule des MfS, Sportvereinigung Dynamo.

Besondere Aufmerksamkeit fällt der *Hauptabteilung XX* zu. Erstens war diese Linie maßgeblich für die Überwachung und Disziplinierung der Bevölkerung verantwortlich, was im MfS-Jargon Bereich *Innere Sicherung* genannt wurde. Zweitens spielt sie eine wesentliche Rolle in dieser Arbeit, speziell in Hinblick auf die Filmanalyse. Die Linie XX war in mehrere Abteilungen unterteilt (vgl. Gill/Schröter, 1993, 49ff.):

- Abteilung 1: staatliche Einrichtungen und Objekte, Staatsbesuche, Blockparteien, Massenorganisationen, Sicherheitsüberprüfungen für Geheimnisträger.
- Abteilung 2: Nazi- und Kriegsverbrechen, FDJ und Jugendpolitik, auffällige Jugendliche.
- Abteilung 3: Leistungssport der DDR.
- Abteilung 4: Kirchen und Religionsgemeinschaften.
- Abteilung 5: Aktionen aus der BRD oder West-Berlin in der DDR (politische Emigranten aus der DDR und aus anderen sozialistischen Ländern/ links- und rechtsextremistische Gruppen).
- Abteilung 7: Massenmedien der DDR, Kulturpolitik des Partei- und Staatsapparates, kulturelle Einrichtungen.
- Abteilung 8: Bildungswesen- und Einrichtungen, ausländische Studierende.
- Abteilung 9: politische Opposition und deren Kontakte ins Ausland.
- Abteilung 10: Parteihochschule, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Marxismus/Leninismus, Verlage/Redaktionen.

6.2.2 Bezirksverwaltungen

In der Regel waren die 15 Bezirksverwaltungen wie das Ministerium gegliedert. Die Hauptabteilung II war in den Bezirken als Abteilung II vertreten (vgl. Gill/Schröter, 1993, 53f.)

„Da die Leiter der Bezirksverwaltungen des MfS relativ selbstständig waren, trugen sie für diese Entwicklung eine hohe persönliche Verantwortung, zumal sie auch die Kreisdienststellen des MfS anzuleiten hatten, die für die komplette Überwachung des jeweiligen Territoriums zuständig waren.“
(ebd., 55).

6.2.3 Kreisdienststellen

Die Anzahl der Kreisdienststellen (KD) entsprach der Anzahl der Kreise (211). Die Höhe der Mitarbeiterzahl richtete sich nach der politischen Bedeutung und der Einwohneranzahl des Kreises (vgl. Gill/Schröter, 1993, 56).

„Die Kreisdienststellen des MfS hatten das Kreisgebiet total zu kontrollieren. [...] Hier wurde die flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung in krasser Weise offensichtlich.“ (ebd., 58).

Einige der Aufgaben der Kreisdienststellen waren (vgl. ebd., 59): Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit, schützende und stabilisierende Maßnahmen für die Volkswirtschaft, Kontrolle der einreisenden Personen aus nicht sozialistischen Ländern, Sicherung von Großveranstaltungen des Staates, Sicherheitsüberprüfungen (Wer ist wer?), Sicherung der Staatsgrenzen, Kontrolle der Bildungseinrichtungen, Überwachung von religiösen Gruppen, Stimmungsberichte der Bevölkerung verfassen.

Die Durchdringung der Bevölkerung wurde durch die enge Zusammenarbeit zwischen den MfS-Dienststellen und den unterschiedlichen Behörden, Organen und Betrieben im Kreis erreicht. Ziele dieser Zusammenarbeit waren

„[...] einerseits nutzten die Kreisdienststellen des MfS die Möglichkeit der anderen Institutionen für die Lösung ihrer eigenen Aufgaben [...], andererseits ging es ihnen darum, die Sicherheitspolitik der SED-Führung auf diese Weise in den anderen Organen und Einrichtungen durchzusetzen.“
(ebd., 62).

Die Betriebe und andere Behörden leisteten in der Regel keinen Widerstand und akzeptierten die Autorität der Staatssicherheit, obwohl sie nicht weisungsgebunden waren (vgl. ebd., 62f.). Ein Großteil aller *Inoffiziellen Mitarbeiter* (IM) arbeitete für die Kreisdienststellen, und über die Hälfte aller *operativen Vorgänge* zu einzelnen Personen wurden ebenfalls durch die KD ermittelt (vgl. ebd., 63).

Die SED-Funktionäre der Kreise wurden nicht über die Anzahl der IM oder über die Personen, über die ermittelt wurde unterrichtet. Sie erhielten allerdings wöchentliche Situationsanalysen über die Volkswirtschaft und Stimmungsberichte über die Bevölkerung (vgl. ebd., 64).

Zusätzlich existierten sieben objektbezogene Dienststellen, wie etwa beim Kernkraftwerk Greifswald.

6.3 Materielle und finanzielle Ausstattung des MfS

1989 erhielt das MfS 3,6 Milliarden Mark vom Staatsbudget, diese Summe entsprach 1,3 Prozent des Staatshaushaltes. Die Besitzverhältnisse des MfS waren undurchsichtig, da Objekte öfters unter Namen von Privatpersonen, durch staatliche Betriebe oder kulturelle Einrichtungen erworben wurden.

1990 ermittelte das staatliche Komitee zur Auflösung des Nachfolgeamtes AfNS folgende Immobilien: 1 262 Dienstobjekte, 1 181 konspirative Objekte, 18 000 Wohnungen, 14 Gästehäuser, 305 Erholungsobjekte, 99 Sportobjekte, 67 Führungs- und Sendestellen, 51 unbebaute Flächen und Grundstücke, 35 sonstige Objekte (Krankenhäuser, Hochschule) (vgl. Gill/Schröter, 1993, 91ff.).

Um den materiellen Besitz des Überwachungsapparates zu veranschaulichen, hier ein Auszug: 12 903 Personenkraftwagen, 5 456 Nutzkraftwagen, 1 212 Zweiradfahrzeuge. 124 503 Pistolen, 76 592 Maschinenpistolen 3 611 Scharfschützengewehre. Zusätzlich wurden Gemälde, Porzellan und andere Antiquitäten in den Gästehäusern und Büros im höheren Dienst registriert (vgl. ebd., 94).

6.4 Juristische Hochschule Potsdam-Eiche

Seit 1961 bildete das MfS seine Mitarbeiter in der juristischen Hochschule in Potsdam-Eiche aus. Diese Einrichtung war der Öffentlichkeit unbekannt und der Hauptabteilung Kader und Schulung unterstellt. Die Zulassung zum Studium erfolgte erst nach einer dreijährigen Zugehörigkeit zum MfS. Ab Mitte der achtziger Jahre wurde die Einrichtung vor allem für die Weiterbildung von Offizieren genutzt. Die Studierenden konnten einen Abschluss als Diplomjurist oder auch eine Promotion anstreben (vgl. Gill/Schröter, 1993, 66).

Eines der Unterrichtsfächer war die *Operative Psychologie*. Die Studierenden lernten in diesem Fach, wie eine Person zu beeinflussen bzw. manipulieren war.

6.5 Untersuchungshaftanstalt I Berlin-Hohenschönhausen

In Berlin gab es zwei direkt dem Ministerium unterstellte Untersuchungshaftanstalten: die Untersuchungshaftanstalt I in Berlin-Hohenschönhausen und die Untersuchungshaftanstalt II

in Berlin-Lichtenberg (Magdalenenstraße). Zusätzlich gab es in jedem Bezirk ein Untersuchungsgefängnis.

1945 wurde in Berlin-Hohenschönhausen ein Sperrgebiet der sowjetischen Armee errichtet. Im Sperrgebiet wurden zw. 25 000 und 26 000 Häftlinge im Zuge der Entnazifizierung interniert. Auf dem Gelände befand sich ein Speziallager (Nr. 3), ein Untersuchungsgefängnis und ein Haft- bzw. Zwangsarbeitslager (vgl. Erler/Knabe, 2008, 4). Inhaftierte waren NS-Zugehörige aber auch Staatsbedienstete, Jugendliche die der Aktion Werwolf verdächtigt wurden, sowie Schauspieler, Ärzte und Journalisten die mit dem NS-Regime kooperierten. Als U-Boot wurde das Kellergefängnis bezeichnet. Die fensterlosen Zellen befanden sich im Untergeschoß einer ehemaligen Großküche (vgl. ebd., 55). Sie beinhalteten nur einen Kübel und eine Holzpritsche. Die Häftlinge mussten unter extremsten Bedingungen dahin vegetieren. „*So standen den Gefangenen bis 1951 keine Mittel für die tägliche Körperpflege – wie z.B. Kamm, Toilettenpapier oder Zahnbürste – zur Verfügung.*“ (ebd., 57).

Außerdem wurden auch politische Gegner aus der SPD, CDU und Kommunisten eingesperrt. Zur Folter der Gefangenen wurden auch Wasserzellen oder Stehzellen benutzt (vgl. ebd., 56ff.).

1951 übernahm das MfS das Sperrgebiet. Auf dem Gelände befand sich neben der Untersuchungshaftanstalt, der Sitz der Hauptabteilung IX, die Abteilung XII, die Abteilung XIV, das Wachregiment Feliks E. Dzierzynski, die Abteilungen für Bewaffnung/Chemischer Dienst, der Operativ-Technischen Sektor (OTS), eine Druckerei, ein Haftkrankenhaus, der Werkstatthof, sowie eine Großkantine (vgl. ebd., 7). Nach dem Gebäudekomplex in der Normannenstraße war es das größte Areal des MfS, auf dem rund 2500 Mitarbeiter tätig waren (vgl. ebd., 45).

Das MfS übernahm das U-Boot und verwendete es als Untersuchungshaftanstalt bis 1960/61. Nach Errichtung des Neubaus wurde das alte Gefängnis nicht mehr für die Inhaftierung verwendet und in ein Verwaltungsgebäude umgebaut.

Neben dem U-Boot wurde ein dreistöckiger, u-förmiger Neubau errichtet, der in einen Zellentrakt und einen Vernehmertrakt geteilt wurde. Das Untersuchungsgefängnis war mit dem Gebäude der Ermittler (Hauptabteilung IX) verbunden (vgl. ebd., 61).

Häftlinge gelangten über eine Garage in das Gebäude, sie wurden erst im Gefängnis aus dem Wagen gelassen. Somit konnten sie ihre Umgebung nicht erkennen. Im nächsten Raum mussten sie sich entkleiden und alle persönlichen Gegenstände abgeben. Sie wurden

genauestens untersucht, auch jede Körperöffnung. Danach erfolgte die erkennungsdienstliche Behandlung.

Die Zelleneinrichtung bestand aus einem befestigten Tisch und Hocker, einer Holzpritsche und einer Toilette. Es gab kein Fenster, nur Glasbausteine und eine Luke für Frischluftzufuhr. Im Keller befanden sich zwei Gummizellen. Außerdem gab es eine Bibliothek, einen Laden und Duschen in jedem Stockwerk (vgl. Erler/Knabe, 2008, 61).

Anfang der achtziger Jahre wurden die Zellen (Verwahrungsräume) saniert und mit Waschbecken, warmen Wasser und einem Spiegel ausgestattet.

Am Tag durfte die Pritsche nicht benutzt werden. Die Häftlinge wurden durch den Türspion immer beobachtet. Die Temperaturen in den Zellen waren oft zu hoch oder zu niedrig. In der Nacht durften die Häftlinge die Hände nicht unter der Decke haben. Sie konnten keinerlei Kontakt zu anderen Personen aufbauen. Die Häftlinge sahen nur die Wachen, die sie zu den Duschen begleiteten, und den Vernehmer. Es gab allerdings auch Mehrpersonenzellen, diese wurden abgehört. Den Häftlingen war es möglich einzeln in kleinen Hofgangszellen an die frische Luft zu kommen. Dabei konnten sie aber kein Grün sehen – nur den Himmel (vgl. ebd., 62f.).

Im anderen Trakt befanden sich 120 Verhörzimmer. Sie bestanden jeweils aus einem Aktenpanzerschrank, einen zweiten Schrank mit Abhöranlage, einem Schreibtisch mit Telefon und Schreibmaschine und einem weiteren Besprechungstisch mit Stühlen direkt vor dem Schreibtisch. Der Häftling allerdings musste auf einem Hocker im Eck sitzen und konnte so auch nicht erkennen, wenn jemand zur Tür hereinschaute.

„Wie das gesamte Haftregime waren die Aktivitäten der Vernehmer darauf ausgerichtet, den Häftling in seiner Persönlichkeit zu destabilisieren und ihm ein Gefühl völliger Ohnmacht zu vermitteln, um so seine Widerstandskraft zu zerbrechen.“ (ebd., 65).

Der Vernehmer entschied über Besuchs-, Lese- und Schreiberlaubnis sowie über den Hofgang oder die medizinische Versorgung (vgl. ebd., 64f.).

Die Häftlinge sollten mittels subtiler Methoden psychisch und physisch geschwächt und zu einer Aussage gebracht werden. Ob die Aussage der Wahrheit entspricht, war bedeutungslos. Mögliche Methoden dieser Zermürbungsstrategie waren: Isolierung (Einzelhaft), keine Post, kein Besuch, nichts zu lesen, Schlafentzug, keine Zigaretten, verweigerter Arztbesuch oder falsche Behandlung von Wunden, ein rauchender Zellengenosse bei Nichtrauchern, unterkühlte oder überheizte Zellen, Nahrungs- oder Flüssigkeitsmangel, Einsatz von Psychopharmaka, Drohungen (vgl. Fuchs, 1995, 71ff.).

Manchen Häftlingen machten die Haftbedingungen so zu schaffen, dass es immer wieder zu Suiziden und Suizidversuchen kam (Pingel-Schliemann, 2004, 270).

Der Schriftsteller Jürgen Fuchs über seine Zeit in der Untersuchungshaft: „*In der U-Haftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen erlebte ich im Dezember 1976 Situationen, die mich an die ‚Grenze‘ des Erlebens brachten.*“ (Fuchs, 1995, 54).

Politische Häftlinge konnten auf einen Freikauf durch die BRD hoffen. Die DDR-Diktatur benötigte Devisen und verschaffte sich auf diesem Weg „[...] etwa 1,75 Milliarden Euro für knapp 34 000 Gefangene.“ (Erler/Knabe, 2008, 12).

Viele ehemalige Häftlinge blieben durch die psychischen Methoden in einer Haftanstalt des MfS langfristig beeinträchtigt und stießen nach der Entlassung oft auf Unverständnis im eigenen Umfeld. „*Viele Gefangene litten nach der Haftentlassung an posttraumatischen Belastungsstörungen.*“ (Pingel-Schliemann, 2004, 270).

Nach der Wende wurden Teile des Areals in die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen umgewandelt. Durch die Gedenkstätte führen heute ehemalige Häftlinge.

6.6 Hauptamtliche Mitarbeiter

Der personelle Bedarf war hoch, die Auswahl aber streng. Im Oktober 1989 lag die Zahl der Mitarbeiter bei 91 015 (vgl. Gieseke, 2011, 72). Im Verhältnis zu den Einwohnern (ca. 16 Millionen) ist die Zahl ungewöhnlich hoch. „*Damit kamen auf einen MfS-Mitarbeiter etwa 180 DDR-Bürger. Ein exorbitanter Wert: in der Sowjetunion lag das Verhältnis bei 1 zu 595, in der CSSR bei 1 zu 867, in Polen bei 1 zu 1.574.*“ (ebd., 72).

Der Anwerbung ging ein langer Überprüfungsprozess voraus, um sicher zu sein, dass die neuen Mitarbeiter erfolgreich arbeiten würden und eine mögliche Zusammenarbeit mit gegnerischen Geheimdiensten ablehnten. Eine Anwerbung ging prinzipiell vom MfS aus und wurde nach einem Anforderungskatalog organisiert. Der Kandidat sollte aus der Arbeiterklasse kommen und wenn möglich eine SED-Mitgliedschaft haben. Die Überprüfung des Kandidaten fand heimlich statt, ohne das er selbst oder sein Umfeld etwas bemerkte.

Alles wurde überprüft - das Privatleben, die politischen und moralischen Einstellungen, das Arbeitsumfeld, die Freunde und Familie und ob Westkontakte bestanden (vgl. Gill/Schröter, 1993, 68f.).

„Vielfach war zu beobachten, daß junge Mitarbeiter bevorzugt aus Familien kamen, deren Eltern (oder zumindest eines der Elternteile) bereits beim MfS Funktionen ausübte.“

(Gill/Schröter, 1993, 70f.)

Durch den Vorschlag eines Führungsoffiziers konnte es auch zu einer Anwerbung eines Inoffiziellen Mitarbeiters kommen, allerdings erst nach zwei bis drei Jahren Zusammenarbeit (vgl. ebd., 71).

6.7 Weitere Mitarbeiter des MfS

Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) waren eine wichtige Quelle. Sie nahmen Positionen in der Wirtschaft, an Hochschulen, oder im Staatsapparat ein, gelangten an Informationen und konnten ihre Position nutzen, um Entscheidungen im Sinne des MfS zu beeinflussen.

„Die Offiziere im besonderen Einsatz bildeten eine besondere Elite des MfS, die sich äußerst anspruchsvollen Auswahlkriterien zu stellen hatten.“ (Fricke, 1991, 53).

Ihr Aufgabenbereich war die Bewertung von Personen und Gruppen im sicherheitspolitischen Bereich, die Überwachung von Personen, der Schutz von wirtschaftlichen Bereichen, die Überprüfung von Handelsvertretungen und Botschaften.

OibE sollten körperlich und geistig belastbar sowie absolut zuverlässig sein und über eine enge Bindung zum MfS verfügen. Für die Einsätze wurde eine Legende aufgebaut, dass bedeutet das der OibE alle notwendigen Dokumente für eine neue Identität erhält und einen Scheinarbeitsplatz (vgl. Gill/Schröter, 1993, 118ff.).

„Die Schaffung einer neuen Identität und die Bereitstellung einer entsprechenden Planstelle sollen garantieren, daß es auf jeden Fall zum vorhergesehenen Einsatz vom MfS ausgewählten Personen kam.“ (ebd., 120).

Das bedeutete auch, dass Offiziere im besonderen Einsatz eine Arbeit zusätzlich zu ihrer MfS Tätigkeit hatten und im Verborgenen tätig waren. Voraussetzungen für diesen Einsatz waren eine enge Bindung an das MfS, absolute Linientreue zur SED, selbstständiges Handeln und die notwendigen beruflichen Fähigkeiten (vgl. Fricke, 1991, 53).

Unbekannte Mitarbeiter (U-Mitarbeiter) standen in einem Dienstverhältnis zum MfS. Sie konnten aber nicht als MfS-Mitarbeiter erkannt werden, und durften kein MfS-Gebäude oder -Objekt betreten. Sie arbeiteten konspirativ, auch gegenüber anderen MfS-Mitarbeitern. Ihre Aufgabe war es verdächtige MfS-Mitarbeiter zu observieren und zu überprüfen, ob Kontakt

zu gegnerischen Geheimdiensten bestand und strafverdächtige Personen zu beobachten. Dazu zählten Mitarbeiter von ausländischen Diensten, Mitarbeiter des Staatsapparates oder anderer Sicherheitsorgane. Die U-Mitarbeiter waren der Hauptverwaltung Aufklärung, Hauptabteilung VIII oder der Hauptabteilung Kader und Schulung unterstellt (vgl. Gill/Schröter, 1993, 121f.).

6.8 Inoffizielle Mitarbeiter

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) waren Personen die konspirativ Informationen beschafften, welche zur Feindbekämpfung und der Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen verwendet werden sollten (vgl. Gieseke, 2011, 112). IM denunzierten beispielsweise ihre Arbeitskollegen, Nachbarn oder Vereinskollegen, einige wenige sogar ihre Freunde und Familienangehörigen. Die Aufträge wurden meist mündlich erteilt und die Treffen mit den Führungsoffizieren oder Führungs-IM erfolgten meistens alle vier bis sechs Wochen an einem konspirativen Ort.

„1988/89 waren rund 173.000 Personen als IM verpflichtet, rund 85 bis 90 Prozent waren Männer.“ (ebd., 115). Die Inoffiziellen Mitarbeiter waren das wichtigste Element des Überwachungsapparates. In jedem Bereich der Gesellschaft waren sie aufgestellt, beobachteten, denunzierten und lieferten stetig die Informationen ab.

„Die operative Basis innerhalb der Staatssicherheit aber bildeten die inoffiziellen Mitarbeiter. Sie waren eingesetzt, um dem MfS das intendierte Netz der flächendeckenden Überwachung über die gesamte DDR-Bevölkerung zu spinnen.“ (Bauer, 2006, 81).

Die Anwerbung von Inoffiziellen Mitarbeitern erfolgte nie zufällig. Die Person wurde konkret ausgewählt und einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Objektive Merkmale wie die soziale und berufliche Stellung, das Alter und die persönliche Verbindungen wurden überprüft. Subjektive Merkmale waren generelle Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die Persönlichkeit. Das MfS konnte beispielsweise auf Datenbanken von Volkspolizei, Gesundheitswesen, Eingabestellen, Banken und Versicherungen, Massenorganisationen, Bibliotheken, Meldestellen oder vom Ministerium des Inneren zugreifen und so Informationen beschaffen. Diese Behörden nannte die Staatssicherheit *Partner des operativen Zusammenwirkens* (POZW) (vgl. Gieseke, 2011, 163). Vor allem kompromittierendes Material erregte die Aufmerksamkeit des MfS. Das Material muss ausreichend sein, um den

Kandidaten zu verunsichern und auf seine Fehler hinzuweisen, es muss Schuldgefühle wecken und das Verlangen nach Besserung, es muss auf die Persönlichkeit und die Einstellungen des Kandidaten ausgerichtet sein, um die maximale Wirkung zu garantieren. Damit konnte der Kandidat unter Druck gesetzt bzw. erpresst werden und somit zu einer IM-Tätigkeit gezwungen werden. Die Verpflichtung wurde schriftlich festgehalten und der IM erhielt einen Decknamen (vgl. Gill/Schröter, 1993, 108ff.). Kompromittierendes Material konnte zum Beispiel eine außereheliche Beziehung oder eine Rechtsverletzung sein. Es kam aber auch zu Anwerbungen unter anderen Voraussetzungen. „*Die Motive der IM und die Auswirkungen ihrer Tätigkeit waren vielschichtig.*“ (Pingel-Schliemann, 2004, 156). Es gab auch IM-Tätigkeiten aus politischer Überzeugung oder um einen Studienplatz für das eigene Kind, die Amnestie für ein Familienmitglied in Haft zu bewirken oder nach einer Haftstrafe (vgl. ebd., 156).

Allerdings bestand auch die Möglichkeit Anwerbungsversuche abzuwenden.

„*Bei allem objektiv und subjektiv vorhandenen Druck zur Verpflichtung war es möglich, sich zu verweigern.*“ (Gieseke, 2011, 132).

Mögliche Methoden, um sich von der Staatssicherheit zu lösen, waren, die Information der Anwerbungsversuche an Dritte weiterzugeben (Dekonspiration), Informationen mit geringem Wert weiterzugeben oder zu verabredeten Treffen nicht zu erscheinen (vgl. ebd., 132f.).

IM Gruppen:

Es gab sechs verschiedene Gruppen von IM. Die Einteilung erfolgte nach Ausbildung und Kompetenz. In der Realität waren die Grenzen zwischen den Kategorien nicht immer so klar (vgl. Gill/Schröter, 1993, 101):

- IMS waren inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung des Verantwortungsbereiches. Ihre Einsatzbereiche lagen in der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport. „*Sie waren ein wesentlicher Faktor bei der flächendeckenden Überwachung der DDR-Bürger.*“ (Gill/Schröter, 1993, 101). Die Hälfte aller Inoffiziellen Mitarbeiter waren als IMS aktiv und sollten die wichtige Frage *Wer ist wer?* beantworten. Diese Tätigkeit erforderte eine langjährige Bindung an das MfS.
- IMB waren IM mit Feindberührung und vorher meistens als IMS tätig. Sie erhielten über Freundschaften den Zugang zu oppositionellen Gruppen. Somit konnten sie direkte Einflussnahme auf die Gruppen ausüben und Aktionen verhindern. Dieser

Einsatz war sehr anspruchsvoll, da sich der IMB neben der beruflichen Tätigkeit in der Gruppe positionieren und selbstständig Handeln musste.

- IME waren Experten und wurden in drei weitere Unterteilungen eingeordnet. Sie konnten als IM in Schlüsselposition tätig sein (um Scheinarbeitsverhältnisse zu schaffen), zweitens als Experten-IM (Gutachten erstellen) und drittens als IM-Beobachter oder IM-Ermittler (um Personen zu beobachten).
- FIM waren so genannte Führungs-IM. Ein FIM führt andere IM, musste aber vorher selbst als IM tätig gewesen sein. Ein Führungs-IM darf keine Verbindungen in die BRD haben. Die Aufgaben liegen in der Führung und Kontrolle von drei bis vier IM.
- IMK waren für die logistische Unterstützung, zur Absicherung der Konspiration zuständig. Sie stellten konspirative Objekte, Adressen oder Telefonanschlüsse zur Verfügung.
- Hauptamtliche IM (HIM) wurden langfristig vom MfS eingesetzt und finanziell vergütet. Sie wurden unter einem Vorwand aus dem Arbeitsverhältnis heraus gelöst und in ein Scheinarbeitsverhältnis eingefügt, um konspirativ zu arbeiten. Später konnten sie wieder IM werden oder zum hauptamtlichen Mitarbeiter befördert werden.

6.9 Disziplinierung- und Überwachungsmethoden

Die Methoden und Maßnahmen der Staatssicherheit, um eine flächendeckende Überwachung und Überprüfung der Bevölkerung zu garantieren, waren zahlreich und aufsteigend geordnet.

6.9.1 Die Sicherheitsüberprüfung

Die Sicherheitsüberprüfung bildet die erste Maßnahme des vierstufigen Modells.

Personen wurden auf ihre Einstellung hin untersucht, vor allem bei Entscheidungen ihre Karriere betreffend. Sicherheitsüberprüfungen trafen vor allem vier Gruppen: Personen in leitender Funktion in volkseigenen Betrieben oder staatlicher Einrichtungen; Personen die sich für eine entsprechende Tätigkeit bewerben; Personen mit einem Antrag auf West-Reise oder einem Antrag für eine Jagdwaffe oder Personen die dem MfS negativ aufgefallen waren. Es wurden die Einstellung und die Verhaltenweise gegenüber der DDR und der Hegemonialpartei überprüft und ob Kontakte zu negativ-feindlichen Personen bestehen. Bei Reiseanträgen wurden die sozialen und finanziellen Verhältnisse untersucht, um

herauszufinden ob die materielle und ideelle Bindung an die DDR ausreichend war, um eine Rückkehr in die DDR zu garantieren. Für eine solche Überprüfung wurden Daten aus dem Reisedatenspeicher, dem Postwesen, dem Zoll, der Volkspolizei und der Ämter für Arbeit sowie Informationen von IM zusammen geführt (vgl. Gill/Schröter, 1993, 124f.).

6.9.2 Operative Personenkontrollen (OPK)

OPK wurden durchgeführt gegen verdächtige Personen, die möglicherweise Aktionen gegen den Staat begehen könnten (Staatsverbrechen); gegen Personen, die von der Staatsideologie abwichen oder Verbindungen zu solchen Personen hatten; und gegen Personen, die in wichtigen staatlichen Position tätig sind oder tätig werden, und nicht konform mit dem politischen System waren.

Das Ziel einer OPK waren die Vorbeugung und Aufdeckung von feindlich-negativen Handlungen.

Gründe für das Einleiten einer OPK waren Hinweise von einem IM oder aus der Bevölkerung. Es wurde aber auch gezielt nach verdächtigen Personen im Umfeld der Kirche oder der Kulturszene gesucht.

Für eine OPK war notwendig festzustellen, wer überprüft werden sollte, und warum. Meistens wurden nur Einzelpersonen untersucht - in Ausnahmefällen kam auch zur Überprüfung von Personen aus dem Umfeld, sprich von Partnern, Freunden und Arbeitskollegen (vgl.

Gill/Schröter, 1993, 127f.)

Ein Plan legte das Vorhaben und die Maßnahmen fest. Zunächst kam es zum Einsatz von einem IM oder mehrerer IM, wenn möglich den selben, welche eine OPK gefordert haben.

„Darüber hinaus war der Einsatz aller dem MfS und seinen Dienstseinheiten zur Verfügung stehenden Mittel und Methoden vorgesehen.“ (ebd., 129)

Die Maßnahme wurde begleitet von Post- und Telefonüberwachung und einer konspirativen Wohnungsdurchsuchung. Die Postkontrolle erfolgte durch die Abteilung M. Briefe wurden konspirativ geöffnet, kopiert oder abgeschrieben und wieder verschlossen, beispielsweise über Wasserdampf. Pakete wurden geröntgt. Neben der Überprüfung der Adresse und dem Absender erfolgte eine Analyse der Handschrift bzw. Maschinenschrift. Die Handschrift und der Schreibmaschinentyp von Oppositionellen waren bekannt (vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 146). Dadurch konnte auch die Herkunft von anonymen Briefen ermittelt werden. Neben der Missachtung der Persönlichkeitsrechte kam es auch zu Diebstählen. Geld, Devisen und

Schmuck wurden beschlagnahmt und an den Staatshaushalt weitergeleitet (vgl. Gill/Schröter, 1993, 141ff.)

Die Abteilung 26 führte Telefonüberwachungen (Maßnahme A), den Einbau von Abhörenanlagen (Maßnahme B) und die Installation von Videokameras (Maßnahme D) durch. Zusätzlich war die Abteilung 26 zuständig für das Fotografieren von Personen und für die Suche nach Abhörenanlagen von ausländischen Diensten.

„Allein in Ost-Berlin konnte sie 1989 gleichzeitig 20.000 Telefone abhören.“ (Gieske, 2011, 163).

Die Aufträge wurden meistens von folgenden Abteilungen erteilt: Hauptabteilung II (Spionage), Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kirche, Kunst/Kultur, Opposition), Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) (vgl. Gill/Schröter, 1993, 146).

Eine OPK kann mehrere Jahre dauern, falls keine strafbaren Handlungen aufgedeckt wurden, wurde die Maßnahme beendet und die Person eventuell als IM angeworben. Falls sich die Person verdächtig machte, wurde ein operativer Vorgang begonnen. Falls bereits ausreichende Hinweise auf eine staatsfeindliche Handlung bestanden, wurde das Ermittlungsverfahren eingeleitet (vgl. ebd., 130).

6.9.3 Operative Vorgänge

Die Operativen Vorgänge (OV) stehen auf der obersten Stufe im Überwachungssystem der Staatssicherheit. Falls sich eine Person verdächtig gemacht hatte bzw. der dringende Verdacht einer feindlich-negativen Handlung gegen die DDR vorlag, wurde ein OV eingeleitet. Der Begriff feindlich-negative Handlungen konnte folgendes bedeuten:

„Landesverrat, Geheimnisverrat, ungesetzliches Verlassen der DDR, staatsfeindlicher Menschenhandel, Sabotage, Vertrauensmissbrauch, Untreue zum Nachteil sozialistischen Eigentums, Bestechung, Terror, Waffendelikte, staatsfeindliche Hetze, staatsfeindliche Gruppenbildung, Rowdytum, Zusammenrottung, kriminelle Personenzusammenschlüsse, schwerwiegende Straftaten gegen die öffentliche Ordnung [...].“
(Gill/Schröter, 1993, 132).

Anhand dieser Aufzählung lässt sich erkennen, dass es nicht besonders schwer war in das Visier der Staatssicherheit zu gelangen, und jedes Verhalten eines normalen Bürgers nach DDR-Recht schon rechtswidrig sein konnte.

„Das politische Strafrecht der DDR war so angelegt, daß man ohne Übertreibung nahezu jeden Bürger hätte verurteilen können, obwohl es in der Praxis, zumal in den achtziger Jahren, selten zur Anwendung kam – seine Wirkung lag in der Drohung.“ (Gill/Schröter, 1993, 132).

Einige Paragraphen sollen diese Verfolgung durch die DDR-Justiz veranschaulichen: Ein politischer Witz oder ein politischer Kommentar reichte aus, um nach Paragraph 220 wegen öffentlicher Herabwürdigung verurteilt zu werden. Eine Zusammenkunft von Aktivisten einer Friedens- oder Umweltbewegung konnte als Zusammenrottung geahndet werden, und die Teilnehmer wurden nach Paragraph 217 verurteilt. Der Paragraph 219 kam wegen ungesetzlicher Verbindungsaufnahme zum Tragen: Das Vergehen konnte eine Verbindungsaufnahme mit Organisationen, Einrichtungen oder Personen in der BRD sein, aber auch die Verbreitung von Aufzeichnungen im Ausland welche dem Ansehen der DDR schaden. Ebenso wurden Personen geahndet die Schriften, Manuskripte oder anderes Material an Organisationen, Einrichtungen oder Personen in der BRD übergaben oder übergeben ließen. Das Strafmaß konnte eine Inhaftierung von bis zu fünf Jahren sein. Mit diesem Paragraphen wurde versucht Schriftsteller von einer Veröffentlichung in der BRD abzubringen (vgl. ebd., 132f.).

Vor einem OV müssen Ausgangsmaterialien vorhanden sein, die über die gesellschaftliche Stellung, den Einfluss und die Verbindungen der Person Auskunft geben. Außerdem muss die Frage geklärt werden, welches Ziel verfolgt die Person, und welche feindlich-negativen Handlungen können erwartet werden (vgl. ebd., 133).

Wenn das Ausgangsmaterial den Verdacht von möglichen Staatsverbrechen begründet, wird ein OV eingeleitet. Berichte von IM, Zeugenaussagen, Informationen durch die Post- und Telefonüberwachung (aus der OPK) gelten als ausschlaggebende Ausgangsmaterialien (vgl. ebd., 134).

Der Operativplan beinhaltet die Maßnahmen der Post- und Telefonkontrolle, sowie der Raumüberwachung und Observierung durch Truppen. Die Abteilung 26 installierte nach Maßnahme B Wanzen in der Wohnung des Opfers. Die notwendigen Anlagen wurden im gleichen oder einem umliegenden Gebäude versteckt und von Mitarbeitern bedient. Die Wohnung wurde konspirativ durchsucht. Um ungestört vorgehen zu können, wurde die Person von einer anderen Behörde (POZW) vorgeladen. Neben dem Einsatz von technischen Mitteln ist die Arbeit der IM am wichtigsten, sie müssen sich dem Opfer annähern (vgl. ebd., 135).

Das Ziel eines OV's konnte die Isolierung und Zersetzung einer Person, die Auflösung oder Lähmung einer Gruppe sein, wurde der Nachweis von negativ-feindlichen Handlungen erbracht, erfolgten strafrechtliche Ermittlungen durch die Linie IX.

Die Maßnahme der Zersetzung begleitete den OV und wurde gegen Einzelpersonen oder Gruppen verwendet. Die Zersetzung kam aber auch in den Untersuchungshaftanstalten zum Einsatz. Manchmal wurde die Methode anstelle eines strafrechtlichen Verfahrens eingesetzt, um in der Künstlerszene kein Aufsehen zu erregen, wurden manche nicht verhaftet, sondern zersetzt (vgl. Gill/Schröter, 1993, 137).

6.9.4 Zersetzung

Da die Zersetzung ein wesentliches Merkmal des Disziplinierungs- und Überwachungsapparates war, bedarf es einer genaueren Darstellung.

„Unter Zersetzung ist eine spezifische Methode der Repression zu verstehen, die in der DDR der Honecker-Ära angewandt wurde.“ (Pingel-Schliemann, 2004, 13).

Zwei Kennzeichen waren für die Zersetzung charakteristisch: Sie war eine anonyme auf die Persönlichkeit des Opfers individuell abgestimmte Gewalt (vgl. ebd., 14). Die notwendigen Informationen dafür lieferten die IM. Das Ziel war die Person oder die Gruppe unter extremen psychischen Belastungen zu schwächen und zu unterdrücken und zwischenmenschliche Beziehungen zu zerstören (vgl. ebd., 188).

Die Maßnahmen wurden von den vorgangsführenden Offizieren geplant, und von IME und IMB ausgeführt (vgl. ebd., 195).

Strategien der Zersetzung (vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 214ff.)

- Inszenierung beruflicher Misserfolge: Die Planung erfolgte durch das MfS, für die Umsetzung waren die IM und POZW zuständig. Nicht nur Oppositionelle sondern auch Jugendliche in Kirchenkreisen oder Erwachsene mit Westkontakt waren betroffen. Ihnen wurde der Zugang zu einer beruflichen Karriere oder zur Universität verwehrt. Es konnte aber auch zu Zwangsversetzungen, Exmatrikulationen, ständiger Disziplinierung durch den Vorgesetzten oder zur Zurückstufung am Arbeitsplatz kommen.

„Sie zielten auf die Schwächung ihres Selbstwertgefühls, die Desorganisation ihres Handelns und die Auslösung von Existenzängsten.“ (Pingel-Schliemann, 2004, 214).

- Verbreiten von Gerüchten und Desinformation: Gerüchte mit folgenden Inhalten streuen: außereheliche Beziehung, Homosexualität, pornografische Interessen, Alkoholmissbrauch, NSDAP-Vergangenheit, etc. Die notwendigen Informationen erhielt das MfS durch das Abhören des Telefons oder durch Beobachtungen.
„In der Regel konzipierte die Linie XX die Gerüchte so, daß ihre Herkunft entweder nicht ermittelt werden konnte oder der Verdacht auf Bekannte und Verwandte der Betroffenen fiel.“ (ebd., 228).
- Unterstellen einer Kooperation mit dem MfS: ein solches Gerücht konnte Freundschaften oder Gruppen zerstören. Die Person wurde vom MfS besucht oder vorgeladen.
- Vortäuschen unmoralischer Lebensweisen: Frauenbekanntschaften, Pornografie, Alkoholismus – wurde oft bei religiösen Würdenträgern angewandt. Das Zerstören von Liebesbeziehungen durch belastendes Material wie Fotos oder Briefe gehörte auch dazu.
- Entfremden der Kinder von den Eltern: das Verhältnis zwischen Eltern und Kinder beeinflussen, Streit hervorrufen, Konflikte entstehen lassen. Das MfS konnte Einfluss durch die Schule und die Massenorganisationen erreichen.
- Einschränken der Bewegungsfreiheit: Ausreisesperren (kein Visa erhalten) verhängen und auch keine Ausreisegenehmigung für visafreie Staaten (kein Urlaub im Ausland) erteilen - erst an der Grenze erfuhren diese Personen, ob sie Ausreisen durften oder nicht. Daneben existierte noch die Möglichkeit eines Berlin-Verbots. Der Entzug des Führerscheins oder die Einberufung zum Wehrdienst waren weitere Maßnahmen.
- Kriminalisieren wegen unpolitischer Delikte: Dazu gehörten Verletzungen wie Zoll-, Devisen- oder Sexualvergehen, unterlassene An- und Abmeldung, unterlassene Erziehung- und Aufsichtspflicht, Steuerhinterziehung, Diebstahl, etc.
- Vorladen zur Polizei: wiederholte Vorladungen zu Verhören ohne einen Grund zu nennen.
- Demonstratives Beobachten und Verfolgen einer Person, anonymer Telefonterror, Annoncenkampagnen (Kauf bzw. Verkauf von bestimmten Waren); Beschädigung privaten Eigentums: PKW, Motorräder. Falsche ärztliche Gutachten: keine Kurgenehmigungen, falsche Atteste.

7. Das Panopticon der DDR

Der erste Teil dieser Arbeit setzt sich mit der Studie *Überwachen und Strafen* von Michel Foucault (1994) auseinander. In dieser Studie entwickelt er die Theorien über die Disziplinargesellschaft, als Ergebnis dieses Werks steht das Panopticon als Gesellschaftsmodell. „Das Buch ist aus der Sicht Foucaults ein Baustein zu einer Theorie der modernen Gesellschaft, einer ‚Überwachungsgesellschaft‘, für deren Funktionieren das Gefängnis ein Modell abgibt.“ (Kammler/Parr/Schneider, 2008, 70).

Der zweite Teil dieser Arbeit widmet sich der Darstellung einer Diktatur, die ihre Bevölkerung vierzig Jahre lang überwacht und diszipliniert hat. Zur Herrschaftssicherung benutzte die Hegemonialpartei die Staatssicherheit. Daher soll an dieser Stelle die These überprüft werden, ob denn nun das Panopticon als Gesellschaftsmodell für die DDR gelten kann. In diesem Sinne verwende ich seine Arbeitsmethode, verknüpfe einen historischen Rückblick mit einer Transformation einer seiner Theorien und nutze sie als Werkzeugkasten (vgl. Raffnsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 12). Um die Richtigkeit der These zu überprüfen, sollen nun einzelne Punkte der foucaultschen Theorie mit den Mechanismen des diktatorischen Systems verbunden und erläutert werden. Dadurch kann festgestellt werden, ob sich die Theorie tatsächlich als Gesellschaftsmodell für das Verständnis der Verhältnisse in der DDR transformieren lässt.

Foucault spricht in *Überwachen und Strafen* (1994) von einem Machtbegriff der sich wie ein Netz ausbreitet und die Körper durchdringt. Man kann sich nicht außerhalb der Macht aufhalten (vgl. Foucault, 1978, 210). Sie zirkuliert durch den gesamten Gesellschaftskörper und kann von einem Subjekt empfangen und ausgeübt werden. Macht wird nicht von einem Souverän ausgeübt, sondern befindet sich im ganzen Gesellschaftskörper, geht von oben nach unten und umgekehrt. Sie ist ein Netzwerk von Handlungen zwischen Individuen. Macht ist für Foucault nicht nur negativ, sondern fördert und produziert ein bestimmtes Verhalten. Die Macht hat sich in der DDR nicht in einer Person oder Institution zentriert, sondern sich im foucaultschen Sinne netzförmig ausgebreitet. Dies mag zunächst widersprüchlich klingen, aber die Macht durchzieht mit Hilfe der Disziplinierungsinstitutionen die DDR vollständig. Die Macht zirkuliert durch die vielen Disziplinierungsinstitutionen und breitet sich über das ganze Herrschaftsgebiet aus. Das Ziel der Disziplinar-macht ist die Aufrechterhaltung des Herrschaftssystems, dafür werden die Disziplinierungs- und Überwachungsinstrumente eingesetzt.

Die Disziplinierungsinstitutionen in der DDR waren beispielsweise die Partei, das Bildungssystem, die Massenorganisationen, die nationale Volksarmee, der staatliche Arbeitsplatz oder der Sportverein.

Das bedeutendste Überwachungsinstrument der Disziplinarmacht war die Staatssicherheit, die mit ihren 218 Kreisdienststellen und tausenden Inoffiziellen Mitarbeitern eine flächendeckende, territoriale Überwachung ermöglichte und daneben ein Netz zwischen den Disziplinierungsinstitutionen, den Partner des operativen Zusammenwirkens (POZW) und den Haftanstalten spannte. *„Die Macht befindet sich als Bestandteil eines sozialen Systems wieder, in dem die einzelnen Akteure eine gegenseitige Kontrolle ausüben können, die sich im Bedarfsfall durch belohnte Denunziation bis zum Terror steigern lässt.“* (Ruoff, 2007, 149). Alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche wurden erfasst. Die Staatssicherheit mit ihren Untersuchungsgefängnissen und ihren Inoffiziellen Mitarbeitern bildet den von Foucault erwähnten Zirkel der Überwachung: Polizei-Gefängnis-Denunziant. Der Denunziant, also der IM, verkörperte das wichtigste Überwachungsinstrument.

„Mit ihren heimlichen Agenten und ihren umfassenden Unterwanderungsmöglichkeiten bildet die Delinquenz ein Instrument zur ständigen Überwachung der Bevölkerung: über die Kontrolle der Delinquenten läßt sich das gesamte gesellschaftliche Feld kontrollieren. [...] Diese Überwachung konnte aber nur im Zusammenhang mit dem Gefängnis funktionieren.“
(Foucault, 1994, 363).

Zwei bedeutende Kennzeichen des Panopticons als Gesellschaftsmodell sind die Anonymität und die Kontinuität der Disziplinarmacht, sie ist immer überall – wie in der Deutschen Demokratischen Republik.

Diese punktuellen Übereinstimmungen zwischen dem foucaultschen Modell der Disziplinargesellschaft und dem Herrschaftsmodell der DDR verifizieren meine Hypothese, dass die DDR als ein panoptisches System verstanden werden kann.

8. Filmanalyse

*„Wie wir auch den Film betrachten,
er ist eindeutig ein politisches Phänomen.“
(Monaco, 2007, 261).*

Die Brüder Lumière führten 1895 ihren ersten Film vor. Im Jahr darauf stellte auch Georges Méliès einen Film vor. Während die Brüder Lumière vor allem Alltagsszenen dokumentierten, lag Méliès' Interesse nicht darin die Wirklichkeit wiederzugeben. Er trennte die Zeit im Film von der Zeit des Films (Filmdauer) und schuf somit die Grundlage für den narrativen Film (vgl. Winter, 1992, 10f). Daher könnte man die Brüder Lumière als Begründer des Dokumentarfilms und Méliès als Gründer des narrativen Spielfilms bezeichnen. *„Mit Lumière und Méliès wird im ästhetischen Diskurs über den Film die Differenz zwischen ‚Realismus‘ und ‚Phantasie‘ eröffnet [...].“* (ebd., 11).

Die Entwicklung spiegelte sich auch in der Filmtheorie wider, die sich parallel zur Verbreitung des neuen Mediums entwickelte. Die Filmtheorie verhandelte Fragen wie: Was ist Film? Und ist Film Kunst?

*„Die zumeist aus der Filmkritik kommenden Theoretiker der ersten Jahrzehnte wollten den Film als Kunstform gleichrangig neben die traditionellen Künste, also Literatur, Theater, Musik und bildende Kunst, stellen und mit Hilfe der Filmtheorie die Ästhetik des Films beschreibbar machen.“
(Hickethier, 2007, 6).*

Vor allem Filmtheoretiker wie Rudolf Arnheim, Siegfried Kracauer und Béla Balázs entwickelten ihre Theorien auf Basis eines ästhetischen Modells des Films (vgl. Hickethier, 2007, 6), hingegen richtete sich die Filmtheorie von Sergej Eisenstein auf die Funktionalität des Films (vgl. Albersmeier, 2003, 7). In den folgenden Jahrzehnten wurde der Film zum Untersuchungsgegenstand unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen und so entwickelten sich verschiedene Ansätze - wobei hier einige überblicksartig erwähnt werden sollen: die psychoanalytische Filmtheorie, die phänomenologische Filmtheorie, die philosophische Filmtheorie oder die Filmsemiotik. Von den angelsächsischen Ländern ausgehend entwickelte sich eine feministische Filmtheorie, die vor allem durch die Arbeiten Laura Mulveys geprägt wurde (ebd., 20ff.).

Darüber hinaus kam es zu einer Ausdifferenzierung in Filmtheorie, Filmanalyse, Filmkritik, Filmgeschichte.

„Ging es der ‚klassischen‘ Filmtheorie lange Zeit vor allem um die Legitimierung des ‚Films als Kunst‘, so versucht filmtheoretisches Denken seit den siebziger Jahren das ‚Wesen‘ des Mediums Film aus der Dialektik von Inhalt/Form und Wirkung/Rezeption zu ergründen.“
(Albersmeier, 2003, 19).

Das Medium Film wurde als *„visuelles Leitmedium der Gegenwartsgesellschaft“* (Dörner, 2000, 12) Bestandteil unserer Alltagskultur und Alltagskommunikation.

Aktuell bietet die Medienkultur im Alltagsleben der Menschen Möglichkeiten der Identitätsbildung (vgl. ebd., 190f.). Neben der Funktion der Identitätsbildung transportieren Filme Wertehaltungen und Rollenmuster (vgl. Mai, 2006, 30).

Daher sollte der Film als Untersuchungsobjekt nicht nur in den Kultur-, Literatur- und Medienwissenschaften aufgegriffen werden, sondern auch in den Sozialwissenschaften analysiert werden, um die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Dimensionen des Mediums zu verstehen (vgl. ebd., 24).

In einigen wissenschaftlichen Disziplinen, wie der Soziologie oder Theaterwissenschaft wird die politische Relevanz kultureller Themen versucht zu bewerten. Die Politikwissenschaft selbst hat ein eher distanzierendes Verhältnis zur Kulturforschung bzw. zur Populärkultur eingenommen (vgl. Dörner, 2000, 41).

„Die Entwicklung der Gegenwartsgesellschaften zu medialen Erlebnisgesellschaften, in denen politische Identitäten sich zunehmend im Unterhaltungssektor der populären Medienkultur formieren, ist von der politologischen Forschung fast völlig ignoriert worden.“
(ebd., 52).

Eventuell dürfte die Auseinandersetzung der Vertreter der *Kritischen Theorie* mit dem Medium diese Entwicklung begünstigt haben. Film wurde als Teil der homogenen und homogenisierenden Massenkultur abgelehnt. Hingegen kennt die Postmoderne keine Berührungspunkte mit dem populären Medium (vgl. Winter, 1992, 87ff.).

Der Film als Teil politikwissenschaftlicher Forschung darf aus mehreren Gründen nicht länger vernachlässigt werden: Erstens kann eine sozialwissenschaftliche Disziplin nicht die *„[...] gesellschaftliche Funktion von Filmen“* (Mai, 2006, 31) ignorieren.

„Die Vorstellungsbilder des Politischen, die unsere Identität konstituieren, werden heute durch die populäre Medienkultur bereitgestellt.“ (Dörner, 2000, 212).

Zweitens thematisieren viele Filmmacher politische Ereignisse und gesellschaftliche Veränderungen in ihren Werken, so geschehen in Italien mit dem *Neorealismus* (vgl. Monaco, 2007, 314ff.) nach dem Faschismus oder dem Terrorismus der RAF im *Neuen Deutschen Film* (vgl. ebd., 360ff.). Dieses Aufgreifen von gesellschaftsrelevanten Themen benötigt auch eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Sicht.

„Filme thematisieren den Wandel in den sozialen Beziehungen, vermitteln Welt- und Lebensanschauungen, enthalten komplette Gesellschaftsbilder und behandeln alles, was im Leben von Bedeutung ist [...].“ (Schroer, 2008a, 7).

Es drängt sich die Frage auf, ob es überhaupt einen Film geben kann, der nicht politisch ist. Jeder Film stellt politikwissenschaftliche Forschungsfelder dar, wie Geschlechterverhältnisse, Migration, Ethnien, Staatlichkeit, Krieg, Gewalt, das Fremde, usw. Aus welchen Gründen sollte die Politikwissenschaft den Film nicht als Forschungsgegenstand anerkennen?

Im letzten Teil dieser Diplomarbeit soll aufgrund der oben genannten Gründe der deutsche Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) mittels einer Filmanalyse untersucht werden.

Eine Filmanalyse kann eine breite Untersuchung eines Films vornehmen und versuchen viele Elemente des Mediums zu analysieren. Diese Vorgangsweise nutzen vor allem filmwissenschaftliche Arbeiten. Die Politikwissenschaft folgt anderen Erkenntnisinteressen und daher empfiehlt es sich den Fokus auf eine spezifische Fragestellung zu konzentrieren (vgl. Dörner, 2000, 205). *„Es gibt nicht ‚die‘ Analyse eines Films, sondern es werden immer nur bestimmte Aspekte, wichtige Momente etc. eines konkreten Films untersucht.“* (Faulstich, 1994, 118).

Die Filmanalyse arbeitet, im Gegensatz zur Filmkritik wissenschaftlich und objektiv (vgl. ebd., 16) und kann auf fünf Ebenen durchgeführt werden: Inhalt und Repräsentation, Narration und Dramaturgie, Figuren, Ästhetik und Gestaltung, Kontexte (vgl. Mikos, 2003, 39). *„Jeder Film und jede Fernsehsendung kann auf diesen Ebenen untersucht werden. Dabei kann sich die Analyse auf eine einzelne Ebene beschränken, sie kann aber auch mehrere berücksichtigen.“* (ebd., 39).

Die nachfolgende Analyse wird sich auf die beiden Ebenen Inhalt und Repräsentation sowie Figuren konzentrieren.

In medien- oder filmwissenschaftlichen Arbeiten wird außerdem ein Einstellungs- oder Sequenzprotokoll erstellt. *„Allein aus forschungsökonomischen Gründen lässt sich ein Einstellungsprotokoll von dem ganzen Film oder von allen zu untersuchenden Filmen oft*

nicht anfertigen.“ (Mikos, 2003, 88). In dieser Arbeit wird kein Protokoll erstellt, da es für eine politikwissenschaftliche Untersuchung nicht von Nutzen ist. Filmische Methoden wie Kameraeinstellungen und Montagethoden können bei dieser Analyse nicht berücksichtigt werden. „Denn Protokolle sind lediglich ein Hilfsmittel bei der Analyse, nicht aber deren eigentlicher Zweck.“ (ebd., 89).

Durch die Filmanalyse sollen folgende Forschungsfragen beantwortet werden:

- Wie werden der Überwachungsapparat und das Herrschaftssystem im Film *Das Leben der Anderen* (2005) dargestellt?
- Welche Überwachungsmethoden werden verwendet?
- Wie werden die Figuren dargestellt?

Außerdem soll die zweite Hypothese dieser Arbeit überprüft werden: Wenn die Disziplargesellschaft der DDR ein panoptisches System bildet, dann besteht die Möglichkeit es anhand einer Filmanalyse des Spielfilms *Das Leben der Anderen* nachzuvollziehen.

Um dieses Ziel zu erreichen werden der Inhalt, die Handlung, sowie die Entwicklung des Geschehens des Films erläutert. Danach werden der Protagonist und vier weitere Figuren analysiert. Abschließend folgt eine Interpretation des Spielfilms.

Bei dem zu untersuchenden Spielfilm handelt es sich um die deutsche Produktion *Das Leben der Anderen* (2005) von Florian Henckel von Donnersmarck. Der Film wurde von Oktober bis Dezember 2004 gedreht, hatte eine Spiellänge von 137 Minuten und wurde von der Wiedemann & Berg Filmproduktion realisiert. Der Regisseur war auch der Verfasser des Drehbuches und Coproduzent. *Das Leben der Anderen* ist der erste Spielfilm von Henckel von Donnersmarck und kam 2005 im Verleih der Buena Vista International GmbH in die deutschen Kinos. Der Spielfilm wurde mit dem Deutschen Filmpreis 2006 in sieben Kategorien, mit dem Europäischen Filmpreis 2006 in drei Kategorien und mit dem Oscar als bester nicht-englischsprachiger Film 2007 ausgezeichnet.

8.1 Inhalt und Repräsentation

In diesem Kapitel sollen der Inhalt (Was wird dargestellt?) und die Repräsentation des Inhalts (Wie wird es dargestellt?) erläutert werden (vgl. Mikos, 2003, 101).

Die Handlung des Spielfilms setzt im November 1984 an und wechselt in der ersten Sequenz zwischen zwei Schauplätzen: Der Untersuchungshaftanstalt I des MfS in Berlin-Hohenschönhausen und der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche.

Ein unbekannter Häftling wird zu seiner Vernehmung gebracht. Der Häftling soll keinen anderen Häftlingen begegnen. Dafür sorgen Licht und Signallampen am Gang, sie schlagen Alarm, wenn ein anderer Wärter einen Häftling abführt. Dann muss der Häftling stehen bleiben und zu Boden blicken.

Der Häftling trifft in einem kleinen Zimmer im Vernehmertrakt auf MfS-Hauptmann Gerd Wiesler. Er muss beim Sitzen seine Hände unter die Schenkel auf die Sitzflächen legen. Der Häftling weiß nicht, dass er damit die Geruchskonserven auf der Sitzfläche des Stuhls mit seinem Geruch markiert. Sie wird nach dem Verhör abgenommen und vakuumdicht aufbewahrt. [Im Falle einer Flucht dienten solche Geruchskonserven den Spürhunden zum Aufnehmen der Fährte, vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 148f., Anm.]. An der Wand hängt das Bild Erich Honeckers.

Der Häftling meint, er wisse nichts und habe nichts getan. Der Vernehmer Wiesler spricht den Häftling nicht mit seinem Namen sondern mit einer Nummer an.

Er fordert den Häftling auf, noch einmal die Ereignisse an einem bestimmten Tag in der Vergangenheit zu schildern, sein Nachbar hat an diesem Tag das Strafdelikt der *Republikflucht* begangen. Es gilt den Namen des Helfers herauszufinden. Das Verhör wird über 40 Stunden dauern. Der Häftling darf nicht schlafen, er wird wach gehalten. Die Vernehmer lösen sich ab, und als der Häftling merkbar geschwächt ist, wird der Druck auf ihn erhöht. Wiesler droht damit, dass seine Ehefrau verhaftet wird und seine Kinder in eine staatliche Erziehungsanstalt kommen. Der Häftling gibt auf, und nennt den gesuchten Namen des Fluchthelfers.

Wiesler übt auch eine Lehrtätigkeit an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche aus. Er spielt die Aufzeichnung des Verhörs seinen Studierenden vor und erklärt seine Vorgangsweise. Er spricht von *Feinden des Sozialismus* und wie die Studierenden später mit ihnen umzugehen hätten. [Das Unterrichtsfach wurde an der MfS-Hochschule tatsächlich unterrichtet und hieß *Operative Psychologie*, Anm.]. Der Unterricht zeigt, wie die späteren MfS-Mitarbeiter

ausgebildet wurden, wie sie lernten Menschen zu überwachen, zu zersetzen und zu disziplinieren.

Am Ende der Unterrichtseinheit tritt MfS-Oberstleutnant Anton Grubitz auf. Er leitet die Abteilung 7 für Kultur der Linie XX im MfS und ist Wieslers ehemaliger Studienkollege und jetziger Vorgesetzter.

Aus dem Dialog ist zu vernehmen, dass Wiesler der bessere Student an der Hochschule war und Grubitz auf seine Hilfe angewiesen war. Wiesler geht davon aus, dass sein Vorgesetzter auch heute wieder einmal seine Hilfe braucht. Grubitz lädt Wiesler ins Theater ein. Der Minister Bruno Hempf wird auch bei der Premiere anwesend sein, deswegen möchte Grubitz Präsenz zeigen.

Grubitz und Wiesler sitzen in einer Loge im 1. Rang. Wiesler beobachtet auch im Theater die Menschen durch ein kleines Fernglas. An diesem Abend findet die Premiere eines Stücks von Georg Dreyman statt. Als der Dramatiker das Auditorium betritt, setzt Applaus ein. Wiesler und Grubitz unterhalten sich über Dreyman. Wiesler findet ihn arrogant, aber Grubitz meint, er sei vielleicht arrogant, aber absolut linientreu. Das Theaterstück spielt in einer Fabrikshalle am Fließband, zeigt quasi die *Helden der Arbeit*. Wiesler ist von der Hauptdarstellerin Christa-Maria Sieland (CMS) fasziniert. Er beobachtet während des ganzen Stücks nicht nur die Schauspielerin, sondern auch Dreyman und den Minister. Wiesler schlägt eine *Operative Personenkontrolle* (OPK) vor. Grubitz ist von der Linientreue des Schriftstellers überzeugt.

In der Pause begrüßt Grubitz den Minister. Sie unterhalten sich über Dreyman. Grubitz äußert anstelle seiner Meinung Wieslers Bedenken. Der Minister lobt die kritische Äußerung. Er ordnet einen *Operativen Vorgang* (OV) mit den Maßnahmen A und B an. Er verlangt, dass die Überwachung bis zum Geburtstagsfest Dreymans einsatzbereit ist, da auf der Party viele Künstler sein werden. Eine Überwachung könnte reichliche Informationen für die Staatssicherheit liefern. Der Minister verspricht Grubitz bei erfolgreichem Abschluss des OV berufliche Karrierechancen. Inzwischen beobachtet Wiesler ein Gespräch zwischen Dreyman und der Schauspielerin. Dadurch wird ihm und dem Zuschauer klar, dass die beiden Künstler ein Paar sind.

Nach dem Stück besucht der Minister die Party der Künstler in der Theaterkantine.

Dreyman tanzt mit CMS, der Minister beobachtet sie dabei angestrengt.

Der Minister hält eine Rede auf den Erfolg des Abends und zitiert darin Stalin, ohne dessen Namen zu nennen. Stalin meinte, dass Schriftsteller die *Ingenieure der Seele* seien. Der Minister sagt, dass Dreyman so ein bedeutender Ingenieur der DDR sei. Hempf nennt Stalins Namen nicht, weil er nach Stalins Tod und dem Aufdecken der Verbrechen während seiner

Ära offiziell verpönt war. Es kommt zu einem Gespräch zwischen dem Minister, CMS und Dreymann. Diese Gesprächssituation steht deutlich für die unterschiedlichen Verhaltensweisen der Künstler in der DDR: CMS verkörpert die ständige Angst und die Ohnmacht vor dem Herrschaftssystem. Dreymann meint, nichts befürchten zu müssen. Er verhält sich linientreu, und ist sehr erfolgreich, auch im Westen. Der Journalist und Dissident Paul Hauser kommt hinzu. Er äußert sich kritisch gegenüber der Diktatur und hat dadurch immer wieder Probleme mit der Staatssicherheit. Der Regisseur Egon Schwalber steht ebenfalls für Linientreue. Ihm wird eine Tätigkeit als IM nachgesagt.

Dreymann spricht mit dem Minister über seinen Freund, den Regisseur Albert Jerska. Der Regisseur hat eine Erklärung unterschrieben und deswegen ein Berufsverbot erhalten.

[Welche Erklärung bleibt dem Zuschauer vorenthalten, es dürfte eine Anspielung auf die Protesterklärung gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann sein, Anm.].

Der Minister nimmt Dreymanns Anliegen überhaupt nicht ernst, macht sich lächerlich über ihn. Er lobt abschätzig die Gutgläubigkeit Dreymanns, seine Liebe zum Menschen. Das zentrale Motiv des Films wird an dieser Stelle zum ersten Mal direkt angesprochen.

Wiesler und Grubitz beobachten aus der Ferne die Unterhaltung zwischen dem Minister und Dreymann. Sie verlassen das Fest gemeinsam. Grubitz fährt Wiesler nach Hause. Im Auto erklärt er Wiesler die weitere Vorgehensweise. Die Mitarbeiter des *Operativ-Technischen Sektors* (OTS) seien bereits am nächsten Tag bereit, um die Verwanzung vorzunehmen.

Wieslers Wohnung befindet sich in einem hässlichen Hochhaus. Das Gebäude ist ein Plattenbau und symbolisiert Tristesse und Einsamkeit. Die Wohnung enthält keine persönlichen Gegenstände wie Fotos oder Bücher. Dies verweist auf das Privatleben Wieslers, er scheint keines zu haben.

Am nächsten Morgen beginnt Wiesler mit dem OV. Er bezieht Position vor dem Wohnhaus des Künstlerpaars. Dreymann und CMS wohnen zusammen in einer Altbauwohnung. Die Straße vor dem Wohnhaus ist ruhig, nur einige Kinder spielen Ball. [Die wenigen parkenden Autos weisen auf einen Mangel hin. In der DDR verfügten nur wenige Haushalte über einen Wagen, die Wartezeiten betrug bis zu zehn Jahre, Anm.]. Am Abend registriert Wiesler eine große, dunkle Limousine, die CMS nach Hause bringt. Er notiert sich das Kennzeichen. Als am darauffolgenden Tag der Schriftsteller die Wohnung verlässt, verschaffen sich Wiesler und fünf Mitarbeiter der Staatssicherheit Zugang zur Wohnung und installieren die Abhöranlage. Die Männer sind mittleren Alters und haben alle das gleiche Auftreten und tragen entweder Lederjacken oder graue Blousons aus einem synthetischen Material. Innerhalb von zwanzig Minuten werden Wanzen in allen Räumen und im Telefon, sowie eine

Kamera über dem Eingangstor des Gebäudes installiert. Die Veranzung zeigt deutlich wie strukturiert und organisiert die Staatssicherheit im Verborgenen arbeitete. [Es wurden in diesem Fall die Maßnahmen A, B und D umgesetzt, Anm.].

Wiesler hat einen Plan von der Wohnung und sieht sich um. Dadurch wird auch der Zuschauer durch die Wohnung geführt. Die Räume sind hell und voll mit persönlichen Gegenstände, warme Braun- und Grüntöne dominieren. Diese Gegenüberstellung der beiden Wohnungen zeigt die unterschiedlichen Lebensumstände.

Das Telefon, der Fernseher und die große Wohnfläche sind eine Seltenheit in der DDR und schließen auf die Privilegien eines linientreuen Schriftstellers. Die vielen Bücher und das Klavier symbolisieren bildungsbürgerliche Werte. Wiesler entdeckt auch Printmedien aus der BRD (FAZ, Der Spiegel). [Dies ist allerdings nicht ungewöhnlich, da es Mitgliedern des *Deutschen Schriftstellerverbands* erlaubt war Printmedien aus der BRD zu beziehen.

Dreymann dürfte ein solches Mitglied gewesen sein, sonst wäre sein Erfolg nicht nachvollziehbar. Der Film beantwortet diese Frage nicht explizit, Anm.].

Wiesler besichtigt den Dachboden der Immobilie, er soll als Basis für die Abhöranlage dienen. Er zeichnet auf dem Boden den Grundriss der Wohnung nach. [In der Regel wurden die Anlagen nicht im selben Objekt, sondern in einem Objekt in der Nachbarschaft installiert, vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 143, Anm.]. Die Nachbarin hat den Vorgang beobachtet.

Wiesler entdeckt sie und droht ihr: Falls sie etwas verrät, würde ihre Tochter sofort ihren Medizinstudienplatz verlieren.

Zeitgleich besucht Dreymann den Regisseur Jerska. Donnerstags besucht er immer seinen Freund. Er wohnt zur Untermiete, hat nur einen Raum in einer Wohngemeinschaft zur Verfügung. Das Zimmer ist voller Bücher. Die beiden unterhalten sich über Jerskas Situation. Das jahrelange Berufsverbot hat ihn gezeichnet. Er möchte in seinem nächsten Leben lieber Schriftsteller werden, dann kann er immer arbeiten. Ein Regisseur mit Berufsverbot kann nichts tun. Dreymann erzählt von dem Gespräch mit dem Minister und macht seinem Freund Hoffnung. Jerska gibt vor, Dreymann zu glauben. Diese Figur zeigt, wie die Diktatur Menschen systematisch kaputt gemacht hat und sie in den Suizid treibt.

Wiesler bezieht seine Beobachtungsposition am Dachboden. Der Raum wird leer und kühl dargestellt. Es sitzt vor einem Tisch mit einer riesigen Abhöranlage, hört über Kopfhörer ab und notiert wichtige Informationen sofort mit Hilfe einer Schreibmaschine. Als Dreymann nach Hause kommt, dekoriert CMS die Wohnung für sein Geburtstagsfest. Sie schenkt ihm zum Geburtstag eine Krawatte, und bittet ihn, diese zu tragen. Er kann die Krawatte nicht binden und bittet die Nachbarn um Hilfe, und darum diese Hilfe als Geheimnis zu bewahren.

Die Nachbarin erschrickt - wieder ein Geheimnis das sie für sich behalten muss. Während Dreymann den ersten Gast hereinlässt, schluckt CMS noch eine Tablette. So erfährt der Zuschauer von ihrer Medikamentensucht.

In der nächsten Szene ist die Wohnung voller Gäste und es herrscht gute Stimmung. Nur Jerska sitzt allein und liest Brecht. Ihn plagen Selbstzweifel. Hauser und Schwalber diskutieren laut. Hauser unterstellt ihm eine Tätigkeit als IM. Dreymann versucht den Streit beizulegen, Hauser verlässt daraufhin wütend das Fest. Er möchte keinen Kontakt mehr zu Dreymann, es sei denn, Dreymann bezieht endlich Position gegenüber der Diktatur.

Wiesler hält diesen Streit schriftlich fest. Die Auseinandersetzung zeigt die Linientreue des Schriftstellers. Nach dem Fest packt Dreymann seine Geschenke aus. Jerskas Geschenk sind die Klaviernoten von der *Sonate vom guten Menschen*. Wiesler notiert anschließend auch den Intimverkehr des Künstlerpaares. Nichts bleibt der Staatssicherheit verborgen, auch die Intimitäten werden abgehört und notiert.

Wiesler trifft Grubitz in der MfS-Zentrale in der Normannenstraße. Sie essen gemeinsam in der Kantine zu Mittag. In diesem Gespräch erfährt Wiesler und auch der Zuschauer die wirklichen Gründe für die Überwachung des Schriftstellers. Die Limousine gehört Minister Hempf. Grubitz macht Wiesler darauf aufmerksam, dass Hempf als ZK-Mitglied nicht überwacht werden darf. Es wird klar, dass der Minister Dreymann aus dem Weg räumen will, nicht weil er staatsfeindliche Handlungen unternehmen könnte, sondern aus ganz banalen Gründen. Der Minister hat ein Verhältnis mit der Schauspielerin und möchte seinen Rivalen ausschalten. Grubitz weist auf diese einmalige Karrierechance hin. Wiesler meint, dass sie dafür nicht angetreten wären. Die Diskussion wird von einem jungen MfS-Mitarbeiter unterbrochen. Er möchte seinen Kollegen einen Witz erzählen, bemerkt aber, dass Grubitz am Ende vom Tisch sitzt und verstummt augenblicklich. Grubitz fordert ihn auf, den Witz zu Ende zu erzählen, um ihm anschließend zu drohen. Diese Situation markiert eine Zäsur für die Figur Wiesler.

Am Abend passt der Minister die Schauspielerin auf ihrem Heimweg ab, um sie mit seinem Wagen nach Hause zu bringen. Er redet auf sie ein und zwingt sie zu Intimitäten. Der Minister nutzt seine Stellung im Herrschaftssystem vor allem für private Zwecke.

Wiesler sieht den Wagen vor dem Wohnhaus stehen und löst die Türklingel Dreymanns aus. Er möchte ihn mit dem Verhältnis konfrontieren. [In dieser Situation hat der Zuschauer bereits einen so genannten *Suspense*. Das heißt, er hat einen Wissensvorsprung gegenüber der Figur, Anm.]. Dreymann beobachtet wie CMS aus dem Wagen steigt und ihre Kleidung zurechtrückt. Ihm wird sofort klar, dass CMS eine Affäre mit dem Minister hat. [Das

Aufdecken von außerehelichen Kontakten wurde als Zersetzungsmaßnahme genutzt, vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 142, Anm.]. Das Künstlerpaar betritt einzeln die Wohnung, sie wirken beide verstört. Wiesler lauscht gespannt. CMS geht sofort duschen. Dreymann setzt sich hin, um seine Gedanken zu sammeln. Es folgt keine Aussprache. Sie schweigen einander an. Während sie sich ins Bett legen, rollt Wiesler mit seinem Schreibtischstuhl auch auf die Position des Schlafzimmers im aufgezeichneten Wohnungsgrundriss.

Als Wiesler wieder zu Hause ist, bestellt er eine Prostituierte zu sich in die Wohnung. Sie hatte an diesem Abend bereits mehrere Termine mit anderen MfS-Mitarbeitern im Wohnhaus. Diese Situation mit der Frau soll die Einsamkeit Wieslers zeigen, er suchte Nähe und Wärme. In der nächsten Szene begeht Wiesler noch einmal die Wohnung des Schriftstellers, nimmt einen Brecht Band an sich und liest heimgekehrt in seine eigene Wohnung die Ballade *Erinnerungen an Marie A.* daraus. Dreymann kann sich das Verschwinden des Buches nicht erklären.

Eines Morgens erhält Dreymann einen Anruf und erfährt, dass sich sein Freund Jerska erhängt hat. Der Schriftsteller ist schockiert, erinnert sich an Jerskas Geschenk und spielt auf seinem Flügel die *Sonate vom guten Menschen*. Der lauschende Wiesler ist von dieser Musik sehr bewegt. Dreymann meint, dass niemand der diese Musik gehört hat, noch ein schlechter Mensch sein könne. Wiesler wird von dieser Aussage berührt, und als er den Vater eines Kindes in seinem Wohnhaus denunzieren kann, sieht er davon ab. Diese Sequenz zeigt deutlich den langsamen Wandel der Figur.

Nachdem Grubitz dem Minister nicht die erwünschten Ergebnisse bringen kann, droht er ihm. Der Minister ist ungeduldig und fordert Grubitz auf, endlich etwas gegen Dreymann zu finden. Zusätzlich lässt der Minister CMS von seinem Assistenten Nowack überwachen. Grubitz trifft Wiesler, gibt den Druck von oben weiter, und erinnert ihn an die Chancen dieser Affäre für ihre Karrieren.

Als CMS sich wieder heimlich mit dem Minister treffen möchte, spricht Dreymann sie darauf an, und bittet sie, dieses Verhältnis zu beenden. Du brauchst ihn nicht, sagt er.

Sie meint, dass sie dieses ganze System nicht brauchen würde. CMS hat Selbstzweifel und Angst vor dem Herrschaftssystem.

Ein Kollege löst Wiesler im Dachboden ab, er selbst geht in die nächste Kneipe ums Eck.

CMS kommt kurz darauf in das Lokal. Wiesler spricht sie an und wiederholt in etwa Dreymanns Aussage. Dieser Dialog zeigt, dass sich Wiesler bereits von seinen Dienstanweisungen distanziert hat. Er erinnert sie daran, dass sie eine große Künstlerin ist, und vom Publikum geliebt wird. Sie sagt zu Wiesler, dass er ein guter Mensch sei.

CMS geht nicht zu dem Treffen mit dem Minister sondern wieder nach Hause. Dreymann fühlt sich nun bestärkt und möchte endlich Position gegen das Regime beziehen. Auf der Beerdigung von Jerska sehen sich Hauser und Dreymann erstmals wieder.

Dreymann beginnt einen kritischen Essay über die Diktatur zu schreiben. Er möchte den Text im Westen anonym veröffentlichen, und nimmt Kontakt mit Hauser auf. Dreymann trifft sich mit seinen Freunden Paul Hauser und Karl Wallner beim Ehrenmal in Berlin-Pankow. Sie vereinbaren Stillschweigen über ihr Vorhaben, auch CMS soll nichts erfahren. Sie besprechen die weitere Vorgehensweise und wollen dazu Dreymanns Wohnung testen, ob sie abhörsicher ist. Dazu besprechen sie in der Wohnung den Plan, Hauser im Wagen seines Onkels nach West-Berlin zu schmuggeln.

Wiesler hört dieses Gespräch mit und gerät in einen Zwiespalt. Er wählt zwar die Nummer des Postens am Grenzübergang, legt aber wieder auf. Wiesler entscheidet sich dafür, die Gruppe dieses eine Mal gewähren zu lassen. Hauser flüchtet gar nicht, das Gespräch war nur ein Test, ob Dreymanns Wohnung abgehört wird oder nicht. Wiesler wusste nichts von diesem Test, da sie den Plan bereits beim Ehrenmal besprochen haben. Offiziell schreibt Dreymann mit Hilfe von Hauser und Wallner ein Theaterstück zum 40. Jahrestag der DDR. Inzwischen organisiert Hauser ein Treffen zwischen Dreymann und Gregor Hessenstein, einem Redakteur des westdeutschen Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*.

Hessenstein schmuggelt für Dreymann eine kleine Schreibmaschine nach Ost-Berlin. Er weist auf die Gefahren für Dreymann hin, da sein Schriftbild längst erfasst ist, und falls man den Verfasser des Textes identifizieren könne, Dreymann sofort verhaftete werden würde.

[Handschriften und Schreibmaschinentypen wurden von der MfS-Schriftenfahndung tatsächlich erfasst, vgl. Pingel-Schliemann, 2004, 146, Anm.].

Diesmal sind die Ereignisse für Wiesler schwerwiegend, er entscheidet sich, diesen Bericht an Grubitz zu übergeben, und sucht ihn in dessen Büro auf. Grubitz zeigt ihm stolz die erste Dissertation die er unter seinem Namen an der MfS-Hochschule betreut hat. Die Dissertation beschäftigt sich mit Künstlern in der DDR, unterteilt sie in Typen und beschreibt die notwendigen Zersetzungs- und Überwachungsmethoden. Aufgrund der Äußerungen Grubitzs und seiner Tätigkeit als Doktorvater ändert Wiesler seine Meinung. Er behält den Bericht und schlägt eine Verkleinerung des OV vor. Grubitz ist skeptisch, stimmt aber dem Vorschlag zu. Wiesler beobachtet nun im Alleingang, dabei verfolgt er die Arbeit von Dreymann, fälscht die schriftlichen Berichte. Er schreibt nicht, dass Dreymann einen Essay für den Spiegel verfasst, sondern hält fest, dass er an einem Theaterstück arbeitet.

Eines Tages sieht CMS zufällig das Versteck der Schreibmaschine unter der Türschwelle zwischen Arbeits- und Wohnzimmer, fragt aber nicht nach.

Hessenstein schmuggelt den Essay über die Grenze, und der Text erscheint als Titelgeschichte des Nachrichtenmagazins. Die Veröffentlichung bringt die Staatssicherheit unter Zugzwang. Grubitz erhält einen Drohanruf von Erich Mielke. Er muss etwas unternehmen. Einem IM in der Spiegelredaktion gelingt es, eine Kopie des Artikels an Grubitz ins MfS zu leiten. Ein Schriftexperte findet zwar heraus, welcher Schreibmaschinentyp verwendet wurde, allerdings ist sie von der Staatssicherheit nicht erfasst. Grubitz vermutet, dass Dreymann der Verfasser des Artikels ist und beginnt an Wieslers Loyalität zu zweifeln. Der Minister fordert Grubitz auf, CMS wegen Besitzes illegaler Psychopharmaka zu verhaften. Er möchte ihre Karriere beenden und ihr persönlich schaden. CMS wird daraufhin beim Zahnarzt von zwei Mitarbeitern der Staatssicherheit verhaftet und in einem Lebensmitteltransporter für Frischfisch in die Untersuchungshaftanstalt I nach Hohenschönhausen gebracht.

Grubitz übernimmt das erste Verhör. CMS würde sofort unaufgefordert kooperieren, ob als IM oder mit sexuellen Diensten. Grubitz verweist auf ihren Gegner. Er kann nichts für sie tun, außer sie nennt den Autor des Spiegelartikels. CMS wird über Nacht in Hohenschönhausen gefangen gehalten. Grubitz ordnet eine Hausdurchsuchung bei Dreymann an. Wiesler weiß von diesen Vorgängen nichts. [Diese Situation weist wieder auf einen *Suspense* des Zuschauers hin.]

Die MfS-Mitarbeiter verwüsten die Wohnung des Schriftstellers, finden aber das gesuchte Beweisstück, die Schreibmaschine, nicht.

Grubitz zitiert Wiesler am nächsten Morgen ins Untersuchungsgefängnis. Dreymann trifft sich zeitgleich mit Hauser und Wallner. Sie verdächtigen CMS des Verrats.

Wiesler fährt zur selben Zeit nach Hohenschönhausen, er befürchtet selbst verdächtig zu werden. Aber als der Stuhl, auf dem er Grubitz gegenüber Platz nehmen soll, keine Geruchskonserven trägt, ist Wiesler erleichtert. Es geht nicht um ihn. Grubitz gibt ihm eine letzte Chance, er zeigt Wiesler CMS in einer der Zellen und fordert ihn auf, das Verhör durchzuführen. Grubitz fragt Wiesler, ob er noch auf der richtigen Seite ist. Wiesler bleibt nichts anderes übrig, er muss CMS dazu bringen das Versteck der Schreibmaschine zu verraten. Jetzt wird auch klar, dass sie Dreymann bereits verraten hat. Wiesler erinnert CMS an ihre Karriere, dass sie am Abend wieder im Theater sein kann, und Dreymann ohnehin ins Gefängnis muss. Er bringt sie dazu, das Versteck der Schreibmaschine zu verraten.

Da IM auch Privilegien haben, erhält sie ihre Tabletten zurück und wird wieder mit dem Transporter in die Stadt gebracht. Wiesler eilt zur Wohnung Dreymanns und entfernt die

Schreibmaschine. Dreymann kommt vor CMS heim. Als sie die Wohnung betritt, versucht sie Dreymann abzuwimmeln und geht sofort duschen. Sie ist im Bad als Grubitz und seine Männer eintreffen. Wiesler wartet draußen auf der Straße. Grubitz öffnet das Versteck, es ist leer. CMS sieht dies nicht mehr, läuft bereits aus der Wohnung und vor einen fahrenden Lastkraftwagen. Wiesler rennt zu ihr und will ihr sagen, dass er die Schreibmaschine schon versteckt hat. Dreymann stürzt auf sie zu. Wiesler weicht zurück. Dreymann gibt sich die Schuld an den Geschehnissen und bittet CMS um Verzeihung. CMS stirbt in Dreymanns Armen.

Wiesler fährt Grubitz nach Hause. Grubitz weiß über seinen Verrat Bescheid und macht ihm die Folgen seiner Handlungen deutlich. Eine Zeitung am Beifahrersitz weist auf die Umschwünge in der UdSSR hin. Michail Gorbatschow ist als neuer Vorsitzender der KPdSU am Titelbild zu erkennen, es ist bereits 1985.

In der nächsten Szene weist ein Insert auf den Zeitsprung von vier Jahren hin. Wiesler sitzt neben dem Witzerzähler in der Abteilung M beim Aufdampfen von Briefen. Der junge Mann hört über Kopfhörer Radio und sagt plötzlich, dass die Mauer offen wäre. Wiesler überzeugt sich selbst von den Aussagen im Radio und verlässt sofort seinen Arbeitsplatz.

Wieder zwei Jahre später (Insert) findet in einem Theater eine erneute Aufführung von Dreymanns Stück statt. Er erinnert sich an CMS und verlässt seinen Sitzplatz. Im Foyer trifft er auf den ehemaligen Minister Hempf. Dreymann fragt den Minister, warum er nie abgehört wurde. Der Minister erzählt von dem OV. Dreymann verlässt augenblicklich das Theater und schraubt in seiner Wohnung die Lichtschalter ab. Er ist über das Ausmaß der Verkabelungen entsetzt. Am nächsten Tag besucht er die *Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* (BStU) in der ehemaligen MfS-Zentrale. Das riesige Aktendepot soll das Ausmaß der MfS-Tätigkeiten symbolisieren. Als Dreymann die Akten über den OV zu lesen beginnt, wird ihm alles klar. Er verlangt den Klarnamen des HGW XX/7 und sucht Wiesler auf, spricht ihn aber nicht an.

Ein letztes Insert zeigt einen neuerlichen Zeitsprung von zwei Jahren an. Wiesler trägt Werbeprospekte aus und kommt an der Karl Marx Buchhandlung vorbei, in der Auslage hängt ein Plakat von Dreymanns neuem Buch *die Sonate vom guten Menschen*. Er betritt die Buchhandlung und sieht die Widmung: Für HGW XX/7 in Dankbarkeit. Wiesler ist sichtlich gerührt und kauft sich das Buch.

8.2 Figurenanalyse

Die Figuren bzw. der Protagonist sind die Träger der narrativen Handlung.

„Die spezifische Handlung eines Films, deren formale Struktur von entscheidender Bedeutung ist, wird in der Regel durch Charaktere vermittelt.“ (Faulstich, 1994, 140).

Figuren sind medial inszeniert durch Kostüme, Licht, Ausstattung, Kameraeinstellung und Perspektive (vgl. Mikos, 2003, 158). *„Ihre Inszenierung ist gebunden an die in den jeweiligen Gesellschaften zirkulierenden Bedeutungen, die normativen und moralisch-ethischen Regeln des Zusammenlebens betreffend.“* (ebd., 156).

Figuren schlüpfen während der Handlung in unterschiedliche soziale Rollen, eine männliche Figur kann beispielsweise Ehemann, Vater und Lehrer in einer Figur verkörpern.

Bei Filmfiguren werden immer nur bestimmte Teile der Persönlichkeit dargestellt, welche für die Narration und die Dramaturgie von Bedeutung sind. Die Einordnung der Person erfolgt, durch die Information die in der Narration vermittelt wird (vgl. ebd., 159f.).

Die Identifikation einer Figur kann anhand der verschiedenen sozialen Rollen sowie ihrem Handeln im Film erfolgen. Der Zuseher muss die Figur und ihr Handeln zumindest teilweise verstehen können (vgl. ebd., 166).

Für die Identifikation und Glaubwürdigkeit einer Figur spielt die Empathie bzw. Sympathie eine bedeutende Rolle und bildet die Voraussetzung für das Verstehen der Zuseher. Die Narration, Dramaturgie und Ästhetik helfen dem Zuseher, diese Gefühle zu entwickeln (vgl. ebd., 168f.). Zuseher werden durch Handlungen in die Sichtweise und Gefühle der Figuren eingebunden. Figuren transportieren auch moralische Werte und Normen. Dadurch kann sich auch Sympathie für negative Figuren entwickeln (vgl. ebd., 169f.).

„Mit und durch die Film- und Fernsehfiguren verständigt sich die Gesellschaft u.a. über ihre Identitäts- und Rollenkonzepte.“ (ebd., 46f.).

Die Kameraführung rückt die tragende Figur in den Mittelpunkt. Durch diese Methode erhält die Erzählung eine Perspektivierung der Erzählung (vgl. ebd., 160).

„Wenn z.B. im Verlauf der Handlung die Persönlichkeit des Protagonisten eine große Rolle spielt, weil von ihm auch entscheidend der Fortgang der Handlung abhängt, dann ist die Kamera während des gesamten Films bei dieser Person, die entweder im Mittelpunkt der Handlung steht, [...] oder aus deren Perspektive erzählt wird [...].“
(ebd., 160).

Diese Methode der Kameraführung wird nicht während des ganzen Films beibehalten, sondern kann natürlich von den Handlungen eines Antagonisten unterbrochen werden. Die nachfolgende Figurenanalyse orientiert sich an den Empfehlungen von Lothar Mikos (2003) und Werner Faulstich (1994).

8.2.1 MfS-Hauptmann Gerd Wiesler

Der hauptamtliche MfS-Mitarbeiter Gerd Wiesler ist der Protagonist und trägt die Handlung des Spielfilms. Die Figur wird von dem ostdeutschen Schauspieler Ulrich Mühe gespielt. Mühe selbst war lange Zeit Bühnenschauspieler in der DDR und wurde während seiner Karriere von bis zu vier IM beobachtet und überwacht.

Die Figur Gerd Wiesler ist etwa Mitte vierzig, unverheiratet und kinderlos. Er wird als Einzelgänger ohne soziale Kontakte dargestellt. Die einzige körperliche Nähe während der ganzen Handlung zwischen Wiesler und einem anderen Menschen ist die Begegnung mit einer Prostituierten. Er hat seine Arbeit als Überwacher und Beobachter so verinnerlicht, dass er selbst völlig unscheinbar wirkt. Er ist es gewohnt, im Verborgenen zu bleiben. Wiesler trägt meistens einen grauen Blouson aus synthetischem Material, ansonsten ist seine Kleidung auch grau. Wiesler wohnt in einem Hochhaus. Das Gebäude ist ein Plattenbau und mittlerweile heruntergekommen. Das Hochhaus soll die Einsamkeit des Protagonisten vermitteln.

Die Wohnung wirkt wie ein Hotelzimmer. Es ist sehr sauber und ordentlich, enthält aber keine persönlichen Gegenstände wie Bilder, Fotos, Bücher, Zeitungen oder Pflanzen. Seine Wohnung wirkt trostlos, und soll dem Zuseher vermitteln, dass auch sein Leben trostlos ist. Wiesler lebt das Leben der anderen. Er hat kein eigenes. Auch sein Abendessen verstärkt diesen Eindruck. Er isst Nudeln oder Reis mit Tomatensauce aus der Tube. Diese Persönlichkeitsmerkmale und Lebensbedingungen sollen dem Zuschauer eine Identifikation mit dem MfS-Mitarbeiter ermöglichen. Seine Arbeit bei der Staatssicherheit weist keine positiven Möglichkeiten zur Identifizierung auf, daher muss die Figur noch andere Ebenen für eine Identifikation bieten. Einsamkeit ist dieses zentrale Element und kann von allen Zuschauern wahrgenommen und nachgefühlt werden.

Die Figur tritt bereits in der ersten Sequenz in zwei sozialen Rollen auf. Zunächst ist er als Vernehmer in der Untersuchungshaftanstalt und dann als Vortragender an der MfS-Hochschule zu sehen. In der Rolle als Vernehmer wirkt Wiesler sehr distanziert, sachlich und bestimmt. Er ist von seinem Wissen und seinen Fähigkeiten überzeugt. In der Rolle des Vortragenden verhält sich die Figur genauso, allerdings vermittelt er eine gewisse Begeisterung für die Tätigkeit als Lehrender. Aus den Hinweisen der Handlung kann vermutet werden, dass Wiesler das Fach *Operative Psychologie* an der Hochschule unterrichtet.

In der ersten Sequenz wird zusätzlich Wieslers Vorgesetzter MfS-Oberleutnant Anton Grubitz in die Handlung eingeführt. Wiesler fühlt sich ihm überlegen. Die beiden Männer haben vor zwanzig Jahren gemeinsam studiert. Wiesler war der bessere Student und Grubitz konnte von seinen Leistungen profitieren, machte jedoch schneller Karriere als Wiesler. Der Karrierist Grubitz wirkt gegenüber Wiesler unsympathisch und nimmt den Part des Antagonisten ein. Es lässt sich ausrechnen, dass Wiesler Anfang der sechziger Jahre im MfS tätig wurde. Er ist von der Ideologie überzeugt und fühlt sich als Schild und Schwert der Partei. Er nimmt seine Arbeit sehr ernst, ist gewissenhaft, pflichtbewusst und genau – ein Perfektionist. Seine Charaktereigenschaften bilden auch Identifikationsangebote für den Zuschauer.

Die Figur verbringt viele Teile der Handlung in seinem Abhörversteck am Dachboden. Der Ort ist ebenfalls trist und grau, wie er selbst. Er scheint zu Beginn keine Sympathie oder privates Interesse für Georg Dreyman zu haben. Erst durch den OV lernt er die Persönlichkeit des Schriftstellers kennen und findet ihn letztlich sehr sympathisch. Er scheint ihn zu bewundern.

Das Mittagessen mit Grubitz in der MfS-Kantine kann als Schlüsselszene bezeichnet werden. Die Szene lässt den Zuschauer viele Persönlichkeitsmerkmale Wieslers begreifen und bereitet den Wandel seiner Persönlichkeit dramaturgisch vor.

Erstens setzt sich Wiesler nicht an den Stabstisch, sondern an einen Tisch wo auch andere Mitarbeiter sitzen. Dadurch demonstriert er die Werte des Sozialismus. Zweitens erfährt er von Grubitz, dass der OV nur dazu dient, den Rivalen von Kulturminister Hempf auszuschalten. Wiesler ist wenig begeistert und fragt Grubitz, ob das der Sinn ihrer Arbeit sei. Wiesler glaubt an seine Arbeit als Schild und Schwert der Partei, glaubt an die Ideologie des Herrschaftssystems und hält sich an die vorgegebenen Richtlinien. Er möchte mit seiner Arbeit keine privaten Konflikte austragen und auch nicht die Affäre eines Ministers unterstützen. So will er nicht Karriere machen. Diese Szene markiert neuerlich einen

Unterschied in der Arbeitsweise und der Moralvorstellung zwischen Grubitz und Wiesler und ermöglicht dadurch eine Identifizierung mit Wiesler. Drittens findet Wiesler weder den Karrieristen Grubitz und seine Witze auf Kosten eines MfS-Mitarbeiters lustig, noch den Witz des Mitarbeiters aus der Abteilung M.

Nun beginnen sich Konflikte bzw. Widersprüche in der Persönlichkeit des Protagonisten zu entwickeln. Die Persönlichkeit beginnt sich zu wandeln, dies wird auch durch das Interesse an Dreymann und an der Kunst generell dargestellt. Er sieht sich in der Wohnung des Künstlerpaares um, entwendet einen Brecht Band, und beginnt ihn, in seiner Freizeit zu lesen. Als Dreymann von dem Freitod des Regisseurs Jerska erfährt, spielt er die *Sonate vom guten Menschen*. Wiesler lauscht mit.

Dreymann stellt sich selbst die Frage, ob jemand, der diese Musik gehört hat, wirklich gehört hat, noch ein schlechter Mensch sein kann. Wiesler hat dem Klavierspiel deutlich zugehört und fühlt sich angesprochen.

Die Szenen mit der Prostituierten und dem Klavierspiel weisen auf eine Veränderung hin. Die Figur erhält dadurch Emotionen. Zusätzlich beginnt er sich mit Literatur und Musik zu beschäftigen. Der Persönlichkeitswandel wird zum ersten Mal erkennbar, als Wiesler auf einen Jungen im Lift des Hochhauses trifft. Wiesler hätte den Vater des Jungen denunzieren können, unterlässt es aber.

Die Szene zwischen CMS und Wiesler in der Bar markiert eine weitere Bestätigung für den Persönlichkeitswandel des MfS-Hauptmanns.

Davor belauscht er die Ängste von Dreymann und den Dialog zwischen dem Paar. Das System kann die Künstler zerstören, und bestimmt wer spielen, schreiben und inszenieren darf. CMS will sich persönlich schützen, und ungestört als Schauspielerin arbeiten können. Die Gründe für die Affäre sind Angst und Ohnmacht.

Nach diesem Gespräch scheint Wiesler verunsichert, geht in eine Bar und trinkt Alkohol. Als CMS auch in die Bar kommt, ist er bereits etwas angetrunken. Er entschließt sich, sie anzusprechen. Er bestärkt sie in ihrem Tun, spricht ihr Mut zu, und sagt ihr, dass sie eine große Künstlerin ist. Am Ende des Dialogs nennt sie ihn einen guten Menschen.

Wiesler tritt aus der Rolle des Beobachters heraus, greift direkt ins Geschehen ein, und beeinflusst somit den weiteren Verlauf der Handlung massiv.

Es gibt zwei weitere Szenen in der Handlung die den inneren Konflikt des Protagonisten erkennen lassen sollen: Zum einen die vorgetäuschte Flucht Hausers nach West-Berlin und zum anderen das Treffen Dreymanns mit dem Spiegelredakteur Gregor Hessenstein. Während Wiesler Hausers Onkel gewähren lässt, entscheidet er sich ursprünglich dafür Dreymanns Kontaktaufnahme zu dem westdeutschen Journalisten weiterzuleiten. Allerdings ändert er während dem Treffen mit Grubitz seine Meinung. Auslöser dafür ist die erste von Grubitz als Doktorvater betreute Doktorarbeit. Die Dissertation handelt von Modellen der Zersetzung und Disziplinierung für Künstler. Grubitz erklärt ihm die ideale Behandlung Dreymanns während der Haft. Daraufhin ändert Wiesler seine Meinung, er versteckt den Bericht und bittet um eine Verkleinerung des OV. Er beginnt Grubitz anzulügen und entschließt sich nun, Dreymann zu schützen. Wiesler fälscht nun aktiv die Abhörprotokolle des OV's und schreibt über ein fiktives Theaterstück. Er fühlt sich dem Schriftsteller verbunden. Er nennt Grubitz auch nicht den Autor des Spiegelartikels, der jedoch bemerkt das Hintergehen. Auf die Frage hin, ob er noch auf der richtigen Seite sei, scheint Wiesler ebenfalls zu lügen. Er versucht sich selbst und Dreymann zu retten. Wiesler muss zwar mit Konsequenzen rechnen, nimmt dennoch das Beweisstück, die Schreibmaschine, an sich. Denn er weiß auch, dass er intelligenter als Grubitz ist und dieser ihm nichts nachweisen wird können. Das Ende der Handlung steht für die endgültige Veränderung der Figur. Der Prozess und die Gründe dafür wirken sehr pathetisch. Er hat erkannt, wie willkürlich seine Arbeit war und wendet sich vom Herrschaftssystem ab. Er hat bereits alles verloren, woran er geglaubt hat, und versucht nun das einzig Richtige zu tun, um ein guter Mensch zu werden. Wiesler wird schließlich degradiert und muss bis zur Wende in der Abteilung M Briefe aufdampfen. Als sich die Mauer öffnet, verlässt er sofort seinen Arbeitsplatz, kann sich aber auch Jahre danach kein neues Leben aufbauen. Er trägt Werbeprospekte aus. Einzig die Widmung in Dreymanns Neuerscheinung scheint ihm etwas zu bedeuten. Er fühlt sich in seiner Tat bestätigt und wie ein guter Mensch.

8.2.2 Georg Dreymann

Der Schriftsteller Georg Dreymann wird von Sebastian Koch gespielt. Der Künstler gilt als arrogant aber linientreu. Er ist Nationalpreisträger und persönlicher Freund Margot

Honeckers. Seine Stücke sind sehr erfolgreich, auch im Westen. Er hat noch nie Kritisches gegen die Diktatur veröffentlicht.

Die Figur ist 40 Jahre alt und wirkt wie die gängigen Vorstellungen eines Autors: Er hat längere Haare, trägt immer Anzug ohne Krawatte und Brillen. Der Schriftsteller tritt das erste Mal bei der Theaterpremiere in Erscheinung. Er führt eine offizielle Liebesbeziehung mit der Schauspielerin CMS und ist ihr emotional sehr verbunden.

Das Paar wohnt in einer schönen, sehr großzügigen Altbauwohnung mit vielen Antiquitäten, Bildern, Büchern und Printmedien aus dem Westen. Sie verfügen über einen Fernseher, ein Telefon und ein Badezimmer. Diese Wohnverhältnisse sind untypisch für die DDR und weisen auf Privilegien für linientreue Künstler hin. Der Zuschauer sieht die Wohnung das erste Mal im Zuge der Verwanzung durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Obwohl seine Freunde, Hauser, Wallner und Jerska Regimekritiker sind, verhält sich Dreymann angepasst. Er bezieht nicht Position gegenüber der Diktatur, versucht aber, gegenüber der Partei Distanz zu bewahren und konzentriert sich auf seine Arbeit. Er scheint, aber auch keine Angst vor dem Regime zu haben.

Er weiß, dass die Partei den Künstler braucht, aber Künstler die Partei noch mehr.

Wie bereits im historischen Teil erwähnt, entscheidet das Herrschaftssystem der DDR über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Künstler.

Dreymann wird als Idealist dargestellt, der immer an das Gute im Menschen glaubt, und versucht, es allen recht zu machen. Deshalb schenkt ihm sein Freund Jerska zum Geburtstag die *Sonate vom guten Menschen*.

Die Figur wirkt auf den Zuschauer sympathisch und bietet durch die verschiedenen sozialen Rollen mehrere Identifikationsmöglichkeiten. Er ist ein loyaler Freund, erfolgreicher Autor und liebevoller Partner.

Zwei Ereignisse führen zu einem Persönlichkeitswandel der Figur und sind für die Zuschauer äußerst glaubwürdig und nachvollziehbar dargestellt.

Dreymann erfährt durch Wieslers Zutun von der Affäre seiner Freundin, er ist schockiert, kann es nicht fassen. Vorerst schweigt er, spricht sie später bei passender Gelegenheit darauf an, und zeigt Verständnis für ihr Handeln.

Das zweite Ereignis ist der Selbstmord seines Freundes. Er erfährt am Telefon, dass sich Jerska erhängt hat. Er ist betroffen und macht sich Vorwürfe wegen Jerskas Suizid.

Seine Überlegungen werden in einem Dialog zwischen ihm und CMS deutlich:

Er hatte früher immer nur vor zwei Sachen Angst, nämlich vor dem Alleinsein und dem Nichtschreibenkönnen. Aber seit Jerskas Freitod sind ihm das Schreiben und die anderen Menschen egal, jetzt hat er nur mehr Angst ohne CMS zu sein.

Er sagt ihr, dass er von ihrer Tablettensucht, der Affäre mit dem Minister und ihren Ängsten wisse und bittet sie das Verhältnis zu beenden. Als CMS tatsächlich die Affäre mit dem Minister beendet, ergreift Dreymann die Initiative. Er schreibt einen kritischen Essay über die Diktatur und bittet Hauser um Hilfe. Er veröffentlicht den Text anonym im westdeutschen Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*.

Wie die Staatssicherheit mit Dreymann im Falle einer Verhaftung verfahren würde, veranschaulicht Grubitz anhand der Dissertation eines Studenten. Dreymann kann nicht alleine sein, daher würde er in Einzelhaft kommen und völlig isoliert werden. Er hätte nicht einmal Kontakt zu den Wärtern. Kein Prozess, keine Misshandlungen. Man würde ihn, ohne es ihm zu sagen, zehn Monate einsperren und überraschend freilassen. Diese Methode würde ihn psychisch so sehr schwächen, dass er vermutlich nie mehr schreiben würde.

Dreymann ist sich über das Wirken der Diktatur überhaupt nicht bewusst, kann sich nicht einmal eine Überwachung seiner Wohnung vorstellen. Er ist auch erstaunt über die Vorsichtsmaßnahmen des Spiegelredakteurs. Aber er willigt ein und verheimlicht CMS seine Arbeit. Er schreibt auf der neuen Schreibmaschine und versteckt sie an einem sicheren Platz. Der Schriftsteller ist von der Loyalität von CMS überzeugt, er nimmt sie vor seinen Freunden in Schutz. Nur als Grubitz das Versteck der Schreibmaschine öffnet, denkt er an Verrat. Als das Versteck leer ist, bereut er diesen Gedanken sehr. Er fühlt sich für den Tod von CMS verantwortlich, die Schuldgefühle lassen ihn nicht mehr los, er schreibt nichts mehr. Bis zur Akteneinsicht ist Dreymann überzeugt, dass CMS die Schreibmaschine entwendet und ihn somit gerettet hat. Beim Lesen der Unterlagen der Staatssicherheit erkennt er anhand der Aufzeichnungen, dass ihn jemand gedeckt hat und wer ihn tatsächlich vor einer Verhaftung bewahrt hat. Er entdeckt auch die schriftliche Anwerbung und Aussage von CMS und ist sichtlich sehr enttäuscht.

Dreymann schafft es nicht, Wiesler persönlich gegenüber zu treten. Er beginnt wieder zu schreiben und widmet ihm sein neues Buch. Die Figur wird trotz allem als Idealist dargestellt, der an das Gute im Menschen glaubt, und die Handlung bestätigt das ideelle Konzept der Figur.

8.2.3 Christa-Maria Sieland

Die Figur der Christa-Maria Sieland (CMS) wird von Martina Gedeck verkörpert.

CMS tritt in der Handlung das erste Mal auf der Theaterbühne in Erscheinung, sie spielt die Hauptrolle in Georg Dreymanns neuem Stück. Sie bleibt während der ganzen Handlung die einzige weibliche Figur von Bedeutung. CMS dürfte Ende 30 sein und ihre Erscheinung ist sehr feminin und attraktiv. Sie ist eine schöne Frau, trägt immer Rock oder Kleid.

Kennzeichnend für sie sind der lange, beige Mantel und die Pelzmütze.

„Traditionsgemäß war die Zurschaustellung der Frau auf zwei Ebenen von Bedeutung: sie war erotisches Objekt für die Charaktere im Film und erotisches Objekt für den Betrachter im Zuschauerraum, wobei die Spannung zwischen den Blicken auf beiden Seiten der Leinwand wechselte.“

(Mulvey, 2003, 397f.).

Dieses Spannungsverhältnis stellt die Figur im Film traditionsgemäß dar. Auf die Rolle der Frau als Sexualobjekt stützt sich die Figur während der ganzen Handlung. CMS ist nicht nur die berühmte Schauspielerin und die Lebensgefährtin von Georg Dreymann sondern auch die Geliebte des Ministers. Wie lange die Beziehung und die Affäre schon dauern, geht aus der Handlung nicht hervor.

Die erfolgreiche und bekannte Schauspielerin und der linientreue Dichter verkörpern die erfolgreiche, angepasste Künstlerelite der DDR.

Trotz ihres Erfolges plagen CMS stets Selbstzweifel und Unsicherheit. Sie versucht, ihre Ängste mit Psychopharmaka zu bekämpfen. Diese Zweifel und Ängste charakterisieren nicht nur die Figur sondern bieten auch Identifikationsangebote an die Zuschauer.

CMS steht zwischen zwei Männern. Zum einen bewundert sie Dreymann aufgrund seiner Stärke und Kraft und zum anderen führt sie eine Affäre mit dem Minister Hempf auch aufgrund seiner Stärke. Zwar versucht CMS die Affäre zu beenden, indem sie vereinbarte Treffen versäumt. Aber wenn Hempf sie dann überraschend aufsucht, lässt sie seine sexuellen Übergriffe über sich ergehen. Die Angst vor den Konsequenzen ist größer als ihre Abneigung. Hempf könnte sie und ihre Karriere mit einem Berufsverbot zerstören. Trotz ihrer Selbstzweifel ist das Theater ihr Leben, das sie auf keinen Fall verlieren möchte. Die Figur wirkt innerlich zerrissen.

Während eines Dialoges mit Dreymann erfährt der Zuschauer auch die Gründe für die Affäre mit dem Minister. Sie sagt, dass sie das ganze System nicht brauchen würde, aber sich selbst

schützen möchte. Weil die Partei einen zerstören kann und alles bestimmt: Wer spielt, schreibt und inszeniert. Sie wolle nicht so enden wie der Regisseur Jerska. Was soll ein Schauspieler, der nicht spielen darf.

Die Figur übernimmt in der Handlung mehrere wichtige Funktionen: Erstens verkörpert sie die stetige Angst vor der Diktatur. Zweitens zeigt sie, wie das Regime Menschen missbraucht und mit welchen Methoden das panoptische System der Diktatur Menschen kaputt gemacht hat. Drittens unterstützt das Verhalten von CMS den Wandel Wieslers. Ihre Zwangslage beschäftigt ihn und es kommt zu einem Gespräch zwischen den beiden. Sie nennt ihn einen guten Menschen. Ob sie ihn später in der Untersuchungshaftanstalt in der Rolle des Vernehmers erkennt, bleibt für den Zuschauer offen. Nach dem Gespräch mit Dreymann und anschließend mit Wiesler beendet CMS die Affäre zum Minister. Wie sich am Ende herausstellt waren ihre Ängste begründet, der Minister lässt sie verhaften.

Schließlich thematisiert die Figur den Verrat und das Verhalten eines Menschen in der Diktatur. Der Zuschauer kann sich selbst fragen, ob er in diesem Fall den Verrat begangen hätte oder nicht - oder ob einem Außenstehenden überhaupt ein Urteil zusteht.

Die Figur versucht sich selbst zu retten und flüchtet in den Tod.

CMS ist sich ihrer Schwäche bewusst, fragt Dreymann nicht nach seiner Arbeit bzw. möchte auch nichts darüber hören. Als sie verhaftet wird, versucht sie sofort zu kooperieren. Sie muss spielen können, um jeden Preis und verrät dafür Dreymann. Als Grubitz das vermeintliche Versteck der Schreibmaschine öffnet, kann sie Dreymanns Blick nicht standhalten. Sie erkennt in seinem Blick die Vorwürfe, empfindet Schuld und Reue. Sie läuft auf die Straße und vor einen fahrenden Lastkraftwagen. Sie sagt, dass sie zu schwach gewesen sei und es nie wieder gut machen kann. Sie verstirbt am Unfallort.

8.2.4 Minister Bruno Hempf

Der Minister Bruno Hempf wird von Thomas Thieme dargestellt.

Die Figur dürfte ungefähr 60 Jahre alt sein und symbolisiert die Führungsriege der SED, alte, graue Männer. Hempf ist korpulent, trägt immer einen doppelreihigen Anzug und eine breite Krawatte. Er nimmt sich kein Blatt vor den Mund und lässt alle anderen sein politisches Gewicht spüren. Hempf repräsentiert einen so genannten Bonzen. Der Minister erscheint das

erste Mal im Theater und tritt ansonsten nur in Verbindung mit seiner schwarzen Limousine auf. Die Figur wirkt während der ganzen Handlung unsympathisch und berechnend.

Hempff war zu Beginn seiner Karriere im MfS in der Hauptabteilung Kultur tätig, bevor er ins Zentralkomitee der Partei berufen wurde. Nachdem die Handlung 1984 beginnt und der Minister schon zur älteren Generation zählt, kann davon ausgegangen werden, dass er bereits ab 1950 im MfS tätig war.

Auf seine politische Einstellung verweist das Stalin Zitat, dass er bei seiner Rede in der Theaterkantine fallen lässt. Daraus lässt sich schließen, mit welcher Ideologie er sich noch immer verbunden fühlt. Stalin wurde nach seinem Tod und der Veröffentlichung der Verbrechen während seiner Ära offiziell abgelehnt. Allerdings soll Erich Mielke stets Stalinanhänger gewesen sein. Vielleicht ist dieses Zitat im Film ein Verweis darauf. Hempff vermittelt deutlich durch Aussagen wie, die Partei braucht die Künstler, aber der Künstler die Partei um so mehr, wie die Hegemonialpartei dachte und agierte.

Neben der sozialen Rolle des Ministers spielt die Figur auch den Liebhaber von CMS und den Rivalen von Dreymann. Hempff nimmt den Dichter überhaupt nicht ernst, und interessiert sich weder für sein Anliegen noch für seine Arbeit. Besonders deutlich zeigt dies der Dialog in der Theaterkantine am Premierenabend. Dreymann bittet den Minister um Gnade für seinen Freund Jerska und appelliert an ihn als Ehrenmann. Der Minister isst genüsslich, während Dreymann redet. Hempff interessiert sich nicht für Kultur und die Kulturschaffenden, er macht sich über den Idealismus Dreymanns lächerlich und wirft ihm die Liebe zum guten Menschen vor. Die Menschen verändern sich nicht, sagt der Minister.

Diese Aussage vermittelt, dass Hempff überhaupt nicht an die Ideologie der Hegemonialpartei glaubt, sonst würde er doch an den Wandel des Menschen im Sozialismus glauben.

Hempffs Interesse sollte, seiner Funktion entsprechend, dem Gesellschaftswandel zum Kommunismus gelten. Er interessiert sich ausschließlich für CMS, versucht sie an sich zu binden und missbraucht dazu alle Möglichkeiten seiner Position. Zuerst will er Dreymann ausschalten, aber der OV bringt nicht die notwendigen Ergebnisse. Er gibt nicht auf, lässt CMS durch seinen Assistenten Nowack überwachen und findet schließlich einen Anklagegrund. Wenn er sie nicht haben kann, dann auch kein anderer. Hempff möchte CMS zerstören und überlässt die Verantwortung dafür Grubitz.

8.2.5 MfS-Oberstleutnant Anton Grubitz

Anton Grubitz leitet im Ministerium für Staatssicherheit die Abteilung 7 für Kultur der Linie XX und wird von Ulrich Tukur gespielt.

Die Figur hat ein äußerst selbstsicheres Auftreten, wirkt arrogant, zynisch und berechnend.

Die Figur wird in der ersten Sequenz in der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche in die Handlung eingeführt. Er ist Wieslers Vorgesetzter und lässt ihm dies gerne spüren. Die Dialoge zwischen ihm und Wiesler machen den Zuschauer auf die Unterschiede zwischen den beiden aufmerksam. Grubitz nimmt den konträren Part ein.

Er absolvierte gemeinsam mit Wiesler die Hochschule und profitierte von Wieslers Wissen. Nun wurde ihm auch noch eine Professur angetragen. Für Grubitz ist Erfolg am wichtigsten. Es kommt nicht auf gute Noten im Leben an, sondern auf Erfolg, das ist das treibende Motiv der Figur. Er möchte sich ganz an die Spitze der Herrschaftsstruktur hocharbeiten, auch auf Kosten anderer. Die Figur mimt den typischen Opportunisten, der das Regime stützt.

Besonders deutlich kommt seine Persönlichkeit in zwei Szenen zur Geltung: In der Kantine und als Doktorvater.

Grubitz fordert zuerst den MfS-Mitarbeiter auf den Witz zu erzählen, verlangt dann aber seinen Namen und Dienstgrad, um ihn zu melden, und sagt dann, es sei nur ein Witz gewesen. Allerdings dürfte es doch kein Witz gewesen sein, denn der Mitarbeiter bleibt bis zur Wende in der Abteilung M und dampft Briefe auf.

Grubitz betreut erstmals eine Dissertation eines Studenten der MfS-Hochschule. Er beurteilt die Arbeit mit der Note Gut obwohl er sie für ein Sehr gut hält. Die Dissertation enthält verschiedene Modelle der Zersetzung und Überwachung speziell für Künstler. Grubitz macht keinen Hehl aus seiner Freude darüber.

Außerdem findet Grubitz die Situation, dass der OV den Rivalen des Ministers ausschalten soll, unbedenklich. Es ist ihm egal. Er denkt nur an seine Karriere und die Chancen bei erfolgreichem Abschluss des OV's.

Die Figur zeigt auch, wie die Linie in der Partei bzw. des Staats funktioniert hat, immer von oben nach unten, Grubitz ist ein Befehlsempfänger und delegiert die Befehle weiter.

Als sich herausstellt das die Überwachung Dreymanns keinen Erfolg bringen wird und der Artikel Dreymanns im Spiegel erscheint, gerät Grubitz von zwei Seiten unter Druck: Von Mielke und Hempf. Er muss endlich Ergebnisse liefern und erkennt eine doppelte Chance.

Nachdem er Wiesler nicht mehr vertraut, nimmt er die Sache selbst in die Hand und lässt CMS verhaften. Grubitz nutzt ihre Situation schamlos aus und zwingt sie zur Kooperation. Grubitz hat auch keine Loyalität gegenüber Wiesler, er weiß von seinem Verrat und lässt ihn degradieren, um selbst weiterhin freien Weg nach oben zu haben.

8.3 Interpretation

Das Herrschaftssystem und der Überwachungsapparat wird als Handlungsrahmen im Film genutzt. Das Herrschaftssystem der DDR hat durch seine Überwachung, Disziplinierung und Normierung der Bevölkerung ein panoptisches Gesellschaftsmodell etabliert.

Allerdings beziehen sich die Darstellungen des Systems im Film und ihre Auswirkungen nicht auf die gesamte Gesellschaft, sondern auf die Künstlerszene. Jede Handlung eines Spielfilms muss sich auf einen Ausschnitt der Gesellschaft reduzieren, Richtlinien der Dramaturgie einhalten und einer ästhetischen Gestaltung gehorchen. Daher ist zwar die Überwachung und Disziplinierung ein zentrales Element der Narration, aber die Handlung enthält auch eine Liebesgeschichte. Ein Spielfilm hat keinen dokumentarischen Anspruch. Hervorzuheben ist aber die gesellschaftliche Relevanz des Themas. Nach Filmen, wie *Sonnenallee* (1999) und *Good Bye, Lenin!* (2003) erschien eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Thema DDR notwendig. Der Spielfilm greift den gesellschaftlichen Diskurs auf und bietet Vermittlungsmöglichkeiten zwischen den Bevölkerungsgruppen an. Für einen Teil der deutschen Bevölkerung ist es eine Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit und für einen anderen Teil der Bevölkerung bietet der Film die Möglichkeit, sich mit ihrem Unwissen konfrontiert zu sehen.

Ausdrücklich positiv zu erwähnen ist, dass die Schauplätze sowie die verwendete Abhörtechnik korrekt dargestellt wurden und daher Authentizität schaffen. Das Gleiche gilt mit einigen Einschränkungen auch für die Vorgehensweise und die Methoden der Staatssicherheit. Die Überwachung der Künstler wurde realistisch dargestellt und zeigt, wie weit die Staatssicherheit in das Privatleben der Bevölkerung eingriff.

„In der disziplinären Überwachungsgesellschaft richtet man dahingegen die Aufmerksamkeit auf das Gewöhnliche. Man lässt es zum Vorschein kommen, gerade insofern es sich als mangelhaft oder abweichend erweist. Es findet

eine umfassende Registrierung des banalen, Vergänglichen und Individuellen als etwas Abweichendes statt. Diese neue Art des Wissens neigt dazu, stets umfassender zu werden und die Gesellschaft bis ins letzte Detail abzudecken.“

(Raffinsoe/Gudmand-Hoyer/Thaning, 2011, 2011, 222f.).

Sie schien sich für alles zu interessieren, und hielt jedes Detail schriftlich fest. Selbst die intimsten Bereiche wie Wohnraum und Sexualität wurden schamlos überwacht.

„Die Idee der Wohnung als Inbegriff des privaten Rückzugortes, an dem man sicher sein darf, nicht beobachtet zu werden, wird in den Überwachungsfilmen regelmäßig destruiert [...]. So detailliert die Installierung der Wohnung mit Überwachungstechnologie gezeigt wird, so oft wird auf der Suche nach dieser die gesamte Wohnung demoliert.“
(Schroer, 2008b, 71).

Das Gefängnis ist tatsächlich die Untersuchungshaftanstalt I in Berlin-Hohenschönhausen. Allerdings wurden einige Details im Film verändert. Häftlinge wurden zwar in Lebensmitteltransportern transportiert, allerdings bei der Ankunft in eine Garage gefahren und direkt in den Zellentrakt gebracht. Die Überstellung wird im Film verfälscht dargestellt. Die Gänge und die Vernehmerzimmer sind bis heute unverändert, jedoch sitzt der Häftling bei Verhören auf einem Hocker in der Ecke und nicht auf einem Stuhl bei Tisch.

Das Verhör des unbekanntes Häftlings in der ersten Sequenz zeigt deutlich, mit welchen Methoden die Staatssicherheit ihre Häftlinge bearbeitete. Hingegen kann das Verhör und die Inhaftierung der Schauspielerin nach dem Studium diesbezüglicher Lektüre und einem Lokalaugenschein der Gedenkstätte der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt I in Berlin-Hohenschönhausen als verharmlosend verstanden werden. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass ein Film nur ein Abbild der Wirklichkeit vermittelt und die Dramatik der Wirklichkeit nicht wiedergeben kann.

Die Aufnahmen von Grubitzs Büro wurden in der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg gedreht. Die Räumlichkeiten der MfS-Zentrale, sowie die der Untersuchungshaftanstalt I sind heute für die Öffentlichkeit zu besichtigen.

In diesem Zusammenhang muss auf die Szene mit Wiesler und der Prostituierten hingewiesen werden. Prostitution war in der DDR verboten. Allerdings nutzte die Staatssicherheit illegal arbeitende Prostituierte oft für ihre Zwecke aus, setzte sie unter Druck und rekrutierte sie als IM (vgl. Gieseke, 2011, 128).

Die Darstellung der Akteneinsicht in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) verweist auf die Notwendigkeit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Die Behörde ermöglicht allen Opfern, aber auch Wissenschaftlern und Journalisten Einsicht in das Überwachungssystem (vgl. Wilke, 2008, 211).

Die Handlung des Films ist, wie bereits erwähnt, in der Künstlerszene angesiedelt. Daher veranschaulicht der Film äußerst authentisch die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Künstler in der Diktatur und die unterschiedlichen Überwachungs- und Zersetzungsmethoden der Staatssicherheit während der Honecker Ära. „*Es war Parteiauftrag des MfS, sich aktiv und bedrohlich in das Leben der anderen einzumischen, um es grundlegend zu ändern, wenn es nicht den Erwartungen der Partei entsprach.*“ (ebd., 204f.).

Georg Dreymann ist eine widersprüchliche Figur. Er wirft die Frage auf, ob jemand der so lange linientreu war, wirklich zum Regimekritiker werden kann. Natürlich können sich Menschen ändern, dennoch vermittelt die Figur Widersprüche. Dreymann wird so linientreu dargestellt, dass er nicht einmal gegen die Biermann-Ausbürgerung protestiert hat. Er ist in der DDR und in der BRD erfolgreich und verändert seine Haltung gegenüber dem Regime sehr spät (1984) und vor allem aus persönlichen Gründen (Jerska, CMS).

Die Gefahren einer Veröffentlichung in der BRD werden im Film unzureichend dargestellt. Dreymann hätte nach Paragraph 219 wegen ungesetzlicher Verbindungsaufnahme mit bis zu fünf Jahren Haft verurteilt werden können (vgl. Gill/Schröter, 1993, 132f.). Es gab in der DDR auch eine Gruppe von Schriftstellern, die zwischen den Konformisten und Dissidenten zu verorten waren. Sie glaubten an den Sozialismus, forderten aber politische Reformen. Um Dreymann dieser Gruppe zu zuordnen, ist die Figur zu erfolgreich und zu lange Konformist. Außerdem waren linientreue Künstler wie Dreymann weder in der DDR noch in der BRD äußerst erfolgreich (vgl. Borgwardt, 2002, 134f.).

Die Figur der Christa-Maria Sieland vermittelt die ständige Bedrohung durch die Diktatur und die gefühlte Ohnmacht gegenüber der Diktatur. Die Figur der Schauspielerin wird im Film von allen anderen männlichen Figuren begehrt und auf ein Sexualobjekt reduziert. Sie ist die einzige bedeutende weibliche Figur und zugleich die schwächste Figur in der Handlung, dies impliziert ein fragwürdiges Frauenbild.

Die Figur Albert Jerska vermittelt ebenfalls die Folgen der Zersetzungsmethoden und wie Menschen in den Freitod getrieben wurden.

Der Dissident Paul Hauser vermittelt die Folgen einer kritischen Haltung. Er wird überwacht, verfolgt, verhaftet und erhält keine Ausreisegenehmigung mehr.

Der junge Regisseur Egon Schwalber zeigt, wie die Staatssicherheit einen IM in einer Gruppe positionieren kann und dadurch die Gruppe schwächt.

Der deutsche Soziologe Markus Schroer ordnet den Film *Das Leben der Anderen* in die Kategorie *Überwachungsfilm* ein. Filme, in denen das Thema Überwachung thematisiert wird, unterscheiden sich durch die Art der Überwachung. Entweder geschieht die Überwachung aus Leidenschaft, aus Schutz und Bedrohung oder als Show und Form der Selbstdarstellung. *Das Leben der Anderen* fällt in die zweite Kategorie - Überwachung als Schutz und Bedrohung. Filme dieser Definition zeichnen sich durch eine enorme Technikdarstellung aus (vgl. Schroer, 2008b, 55f.).

Durch die Handlung und ihre vielen Figuren können auch die Hierarchien im Herrschaftssystem und deren unterschiedliche Funktionen realitätsnahe vermittelt werden. Die Struktur des Herrschaftssystems nach dem Linienprinzip wird durch Grubitz und Wiesler dargestellt. Die Handlungsabläufe des Überwachungsapparates werden realitätsnahe dargestellt. Ebenfalls ersichtlich wird die Dominanz der männlichen Mitarbeiter im System. Der Minister Hempf symbolisiert das Herrschaftssystem und die obersten Gremien der Hegemonialpartei. Er ist ein Mann der ersten Stunde der DDR, SED-Mitglied, Mitglied des Zentralkomitees und Stalinist. Er nutzt das System für private Zwecke, anstatt sich für das Vorankommen des Sozialismus stark zu machen. Anton Grubitz und Gerd Wiesler repräsentieren den Überwachungsapparat der Staatssicherheit. Grubitz ist der typische Karrierist, der mit allen Mitteln nach oben strebt, ohne den ein Regime wie dasjenige der DDR nicht funktionieren könnte.

Problematisch ist die Figur des MfS-Hauptmann Gerd Wiesler und somit die Botschaft des Films. Wiesler hat zwanzig Jahre lang als hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit Menschen verfolgt, überwacht und zersetzt. Er ist als *Tschekist* von der Ideologie des Marxismus-Leninismus überzeugt und versucht den *real existierenden Sozialismus* zu leben. Sein Wissen und seine Weltanschauung gibt er als Lehrender an der MfS Hochschule Potsdam-Eiche weiter. Zwei Ereignisse während des *Operativen Vorgangs* sollen zur

Persönlichkeitsveränderung des MfS-Hauptmanns beitragen: Erstens beginnt er sich für Kultur zu interessieren, liest Brecht und lauscht der *Sonate vom guten Menschen*. Ein bildungsbürgerlicher Ansatz, dass Musik und Kultur einen Menschen zum positiven verändern können, wird hier vermittelt. Zweitens bemerkt Wiesler, dass es nur ihm um die Werte des Sozialismus geht und die anderen Funktionsträger im System gar nicht im Sinne dieser Werte und Normen handeln. Dadurch verliert er selbst das Interesse am System, verweigert den Gehorsam und zieht sich innerlich zurück. Schließlich entscheidet sich die Figur dafür, ein guter Mensch werden zu wollen, was zum Bruch mit dem Herrschaftssystem führt. Die Wandlung wirkt im Rahmen der Narration glaubwürdig, jedoch im Kontext der Geschichte und der wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR Vergangenheit unglaubwürdig. Zwar gab es einige Männer, die die Staatssicherheit verließen (vgl. Wilke, 2008, 201), sie bilden aber die Ausnahme. „Eine der zentralen Aussagen des Films bleibt jedoch fragwürdig, und zwar die durch den Schluss implizierte Vorstellung vom Stasi-Hauptmann als dem ‚guten Menschen‘ der Sonate.“ (Ash, 2010, 382).

Die Botschaft des Films vermittelt im Sinne der Aufklärung ein idealistisches Menschenbild, hinterlässt aber dadurch ein verzerrtes und abschwächendes Bild der Staatssicherheit in der DDR-Diktatur.

9. Resümee

Der Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) entfachte mein Forschungsinteresse für die DDR-Diktatur und im Speziellen für die Überwachung und Disziplinierung. Dadurch entstand die Verbindung zu Michel Foucaults Werk.

Michel Foucaults Werk ist umfangreich, vielfältig und quert die Grenzen der Disziplinen, deshalb eignet es sich ausgezeichnet für wissenschaftliche Experimente. In der Studie *Überwachen und Strafen* (1994) zeichnet Foucault das Bild einer Disziplinargesellschaft nach und entwickelt auf der Grundlage eines architektonischen Modells ein Gesellschaftsmodell, das Panopticon. Die Herausforderung war es, dieses Modell in eine andere Herrschafts- bzw. Gesellschaftsstruktur zu transferieren. Ebenso bedeutend für diese Arbeit war der Begriff der Macht in dieser foucaultschen Analyse. Die einzelnen Teile dieser Arbeit sollten sich ineinander fügen: Foucaults Machtanalyse, sein Modell des Panopticons und die DDR-Diktatur. Daher widmet sich der erste Teil dieser Arbeit Michel Foucault, seinem Werk aber vor allem der Studie *Überwachen und Strafen* (1994).

Foucaults Wirken, seine intensive Arbeitsweise und sein politisches Engagement vermitteln eine Begeisterung für das wissenschaftliche Arbeiten an sich und ermutigen zu wissenschaftlichen Experimenten. Daher versucht diese Arbeit nach seinem Vorbild vorzugehen: Ein historisches Forschungsfeld mit einer Theorie verbinden und ein neues Denkmodell schaffen.

Dafür wurde im zweiten Teil ein historischer Abriss der DDR festgehalten und anschließend der Überwachungsapparat des Ministeriums für Staatssicherheit zu durchleuchten. Das Forschungsinteresse galt dem Experiment, das Modell des Panopticons in der DDR-Diktatur zu orten. Zwei zentrale Hypothesen leiteten diesen Forschungsprozess: Wenn das Herrschaftssystem der DDR allen Eigenschaften des foucaultschen Modells des Panopticons entspricht, ist die Diktatur ein panoptisches System gewesen. Wenn die Disziplinargesellschaft der DDR ein panoptisches System bildet, dann besteht die Möglichkeit es anhand einer Filmanalyse über den Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) nachzuvollziehen.

Die Transformation des foucaultschen Gesellschaftsmodells in die DDR und die Überprüfung durch eine Filmanalyse gelten als Grundlage dieser Diplomarbeit. Das Modell des Panopticons konnte als Gesellschaftsmodell in der DDR erkannt werden. Dieser Teil der Hypothese wurde verifiziert. Die Hegemonialpartei der DDR etablierte ein Herrschaftssystem, das sich über den ganzen Staat ausbreitete und dadurch die gesamte Gesellschaft durchzog. Durch die Verbindung zwischen dem Partei- und Staatsapparat wurde die absolute Disziplinierung der Bevölkerung möglich. Durch die Nationale Front, die Massenorganisationen, die Verstaatlichung der Wirtschaft, die Partner des operativen Zusammenwirkens (POZW), den Überwachungsapparat und die Gefängnisse konnte die Hegemonialpartei die ganze Gesellschaft durchdringen und ein panoptisches System installieren. Im Besonderen sorgte der Überwachungsapparat der Staatssicherheit vor allem die Linie XX für die innere Sicherheit. Die Hauptabteilung XX war die wichtigste Abteilung gegen jede mögliche Opposition und somit sehr bedeutend für die flächendeckende Überwachung der DDR-Bevölkerung. Sie war das Zentrum der Überwachung nach innen (vgl. Fricke, 1991, 47). Als wichtigstes Überwachungsinstrument diente der Denunziant.

„Die Delinquenz ist in Foucaults Augen eine strategische Antwort auf diese Bedrohung, nämlich eine von den Herrschenden unter Kontrolle gehaltene und eben deshalb auch ausbeutbare und manipulierbare Gesetzeswidrigkeit, die als Waffe zur Überwachung und Spaltung der revoltierenden Klassen dient.“

(Marti, 1999, 95).

Das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter als zentrales Element der Staatssicherheit, ermöglichte erst die Überwachung der gesamten Gesellschaft. Tausende Menschen bespitzelten, beobachteten und zersetzten andere Mitbürger. Dieses Faktum ist von großer Bedeutung für die historische Aufarbeitung und bietet reichlich Anstoß für den gesellschaftlichen Diskurs. Abschließend wurde der zweite Teil der Hypothese überprüft. Das Vorhaben war herauszufinden, ob das panoptische System der DDR auch im Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) nachzuvollziehen sei.

Dazu wurde die Filmanalyse als wissenschaftliches Forschungsinstrument im letzten Teil dieser Diplomarbeit angewandt. Die Verwendung dieser Methode in der Politikwissenschaft zu festigen und sie daher auch in diesem Rahmen zu verwenden, war ebenfalls ein Anliegen. Das Medium Film ist ein wichtiger Teil unserer Alltagskultur, vermittelt Werte und Rollen und erhält dadurch eine wissenschaftliche Relevanz. *„Die Vorstellungsbilder des Politischen,*

die unsere Identität konstituieren, werden heute durch die populäre Medienkultur bereitgestellt.“ (Dörner, 2000, 212).

Das *Leben der Anderen* (2005) vermittelt solche Werte und Rollen. Die Analyse brachte ambivalente Forschungsergebnisse hervor. Der Film zeigt das panoptische System der DDR nicht als komplettes Gesellschaftsmodell, sondern fokussiert auf einen Ausschnitt der Gesellschaft. Der Film beschränkt sich auf die Künstlerszene und schafft es in diesem Rahmen, die Reichweite und die Methoden der Überwachung aufzuzeigen. Die vielen Figuren der Künstlerszene vermitteln die unterschiedlichen Lebensbedingungen in der Diktatur: Anpassung, Mittäterschaft, Selbstzensur, inneres Exil, Dissident aber auch Suizid sind unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem Regime. Die Darstellung der Herrschaftsstruktur bietet zwar ein reales Abbild, impliziert aber auch die zentrale und fragwürdige Botschaft des Films.

Die Vermittlung der Linienstruktur der Staatssicherheit und die Verbindung von Partei- und Staatsapparat sind dem Film gelungen. Die Schauplätze und die Technik der Staatssicherheit geben ebenfalls ein reales Abbild der Wirklichkeit wieder. Die Methoden und Vorgehensweisen der Staatssicherheit wurden bis auf einige Details korrekt dargestellt. Kritisch zu bewerten, ist allerdings die Darstellung des Protagonisten und der Aussage des Films: Ob ein Täter tatsächlich mit dem System bricht, weil er sich zum guten Menschen wandeln möchte, ist aber an dieser Stelle nicht mehr zu klären. Der Protagonist ist zunächst von der Ideologie der Diktatur überzeugt. Hingegen interessieren sich die anderen Funktionsträger im System ausschließlich für ihre Privilegien und ihre Karrieren. Nach zwanzig Jahren Arbeit für die Staatssicherheit erkennt der Protagonist die Willkür und den Machtmissbrauch durch das System und zieht sich ins innere Exil zurück. Er reduziert sein Handeln auf das vermeintlich Gute.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Film *Das Leben der Anderen* (2005) einen bedeutenden Diskurs innerhalb der Gesellschaft der BRD aufgreift. Die rasche Wiedervereinigung machte aus zwei Staaten einen und hinterließ viele Forschungsfelder. Nach mehr als zwanzig Jahren ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema lange nicht abgeschlossen. Es müssen vierzig Jahre DDR-Diktatur aufgearbeitet werden. Die Anstrengung und Verantwortung liegt nicht allein auf dem wissenschaftlichen Diskurs, sondern er benötigt auch die Unterstützung und das Interesse aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft.

Zusammenfassung

Die Idee zu dieser Diplomarbeit entstand durch den Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005). Daher wurden die Überwachung und die DDR-Diktatur zu meinem Thema. Der theoretische Teil dieser Arbeit orientiert sich an dem Werk *Überwachen und Strafen* von Michel Foucault (1994). Der französische Philosoph entwickelte in seiner Studie auf der Grundlage eines architektonischen Modells das Gesellschaftsmodell des Panopticons.

Im zweiten Teil dieser Arbeit wurde versucht dieses Gesellschaftsmodell in der DDR-Diktatur zu erkennen. Dafür wurde die Geschichte der DDR erläutert und der Überwachungsapparat des Ministeriums für Staatssicherheit analysiert.

Als Leitlinie für den Forschungsprozess dienten zwei zentrale Hypothesen: Wenn das Herrschaftssystem der DDR allen Eigenschaften des foucaultschen Modells des Panopticons entspricht, ist die Diktatur ein panoptisches System gewesen. Wenn die Disziplingesellschaft der DDR ein panoptisches System bildet, dann besteht die Möglichkeit es anhand einer Filmanalyse über den Spielfilm *Das Leben der Anderen* (2005) nachzuvollziehen.

Die erste Hypothese konnte verifiziert werden. Das Herrschaftssystem der DDR konnte mit Hilfe des Partei- und Staatsapparates sich innerhalb der Gesellschaft ausbreiten und ein panoptisches System etablieren. Eine wichtige Funktion übernahm dabei die Staatssicherheit und die Inoffiziellen Mitarbeiter. Durch die Delinquenz tausender Bürger konnte die Diktatur die gesamte Gesellschaft disziplinieren, überwachen und zersetzen.

Abschließend wurde der Spielfilm *Das Leben der Anderen* analysiert. Die zweite Hypothese sollte mittels einer Filmanalyse verifiziert werden. Die Analyse brachte ein ambivalentes Forschungsergebnis hervor: Der Film spielt in der Künstlerszene. Daher vermittelt er nicht das ganze Ausmaß des panoptischen Systems innerhalb der gesamten Gesellschaft, sondern zeigt einen Ausschnitt davon. Durch die Handlung in der Künstlerszene wird aber sehr wohl deutlich, in welchen Dimensionen die Überwachung, Disziplinierung und Delinquenz in der DDR stattfand. Durch die Original-Schauplätze schafft der Film Authentizität. Obwohl im Film einige Details der Vorgehensweisen und Methoden der Staatssicherheit anders dargestellt wurden, schafft der Film ein glaubwürdiges Abbild der Wirklichkeit. Einzig die Botschaft des Films, die Wandlung des MfS-Hauptmanns hin zum guten Menschen ist fraglich. Positiv zu werten ist, dass der Film ein wichtiges Thema im gesellschaftlichen Diskurs in der heutigen BRD aufgreift.

Abstract

The motion picture *The life of others* (2005) was the initial inspiration for my thesis. This paper is mainly about surveillance and the dictatorship in the former German Democratic Republic (GDR or German DDR). The thesis' theory is based on Michel Foucault's study *discipline and punish* (1994). The french philosopher worked on the disciplinary society and transferred an architectural model of Bentham to a model of society, the Panopticon.

The second part of the thesis explains the history of the GDR dictatorship and the Ministry for State Security.

This thesis tries to verify two hypotheses: If the system of government of the GDR represents Foucault's model of the Panopticon then the dictatorship was a panoptical system. If the disciplinary society in the GDR was a panoptical system then there is the possibility to identify it in the motion picture *The life of others*.

The first hypothesis could be verified. The system of government in the GDR used the party and state apparatus to dominate the entire society and established a panoptical system. An important part of the surveillance system was the Ministry of State Security and the many thousands so called *Inoffizielle Mitarbeiter* (IM). They built a network of delinquent. They controlled, surveiled and undermined the entire society.

The final part of this thesis is an analysis of the movie picture. By using this scientific method the second hypothesis should be verified. The research results are ambivalent. *The life of others* doesn't show the surveillance of the entire society because the story focuses on the art scene. This part of the society shows the panoptical system. The different dramatis personae shows how the surveillance system worked. It shows the surveillance and the consequences of psychological repression. Many original locations create authenticity. Most structures and techniques of the State Security shown in the motion picture are historically correct. But some details were shown incorrectly compared to reality.

The message of the motion picture is problematic. One of the employees of the Ministry of State Security changed to a good mind.

The most important aspect of the motion picture is that it shows an important subject of the public dialogue in Germany.

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CMS	Filmfigur Christa-Maria Sieland
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ENS	École normale supérieure
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GDR	German Democratic Republic
GIP	Gruppe zur Information über die Gefängnisse
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter und Experte in einer Schlüsselposition
KD	Kreisdienststelle
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDP	Liberal-Demokratische Partei
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NÖS	Neues Ökonomisches System
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OTS	Operativ-Technischer Sektor

OV	Operativer Vorgang
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
POWZ	Partner des operativen Zusammenwirkens
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
ZK	Zentralkomitee

Literaturverzeichnis

Albersmeier, Franz-Josef (2003): Einleitung. Filmtheorien im historischen Wandel. In: Albersmeier, Franz-Josef (Hg.): Texte zur Theorie des Films. Stuttgart: Reclam Verlag. S. 3-29.

Albersmeier, Franz-Josef (Hg.) (2003): Texte zur Theorie des Films. Stuttgart: Reclam Verlag.

Ammer, Thomas (1994): Strukturen der Macht – Die Funktionäre im SED-Staat. In: Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur. Akademiebeiträge zur politischen Bildung. Band 27. München: Olzog Verlag. S. 5-22.

Arendt, Hannah (1975): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Totale Herrschaft. Band 3. Frankfurt/Main: Ullstein Verlag.

Ash, Timothy Garton (2010): Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000-2010. München: Carl Hanser Verlag.

Bauer, Babett (2006): Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR (1971-1989): Historische Studie und methodologischer Beitrag zur Oral History. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Band 30. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag.

Behnke, Klaus/Fuchs, Jürgen (Hg.) (1995): Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Borgwardt, Angela (2002): Im Umgang mit der Macht. Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Dahrendorf, Ralf (2006): Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung. München: C.H. Beck Verlag.

Deleuze, Gilles (1992): Foucault. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Dörner, Andreas (2000): Politische Kultur und Medienunterhaltung. Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt. Konstanz: UVK.

Eribon, Didier (1999): Michel Foucault. Eine Biographie. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Erler, Peter/Knabe, Hubertus (2008): Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Berlin: Jaron Verlag.

Faulstich, Werner (1994): Einführung in die Filmanalyse. Literaturwissenschaft im Grundstudium. Band 1. Tübingen: Gunter Narr Verlag.

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag.

Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault, Michel (1999): Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien. Stuttgart: DVA.

Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault; Michel (2005): Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Fricke, Karl Wilhelm (1991): MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Friedrich, Wolfgang-Uwe (1989): DDR. Deutschland zwischen Elbe und Oder. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.

Fuchs Jürgen (1995): Bearbeiten, dirigieren, zuspitzen. Die „leisen“ Methoden des MfS. In: Behnke, Klaus/Fuchs, Jürgen (Hg.): Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi. Hamburg: Rotbuch Verlag. S. 44-83.

Gieseke, Jens (2011): Die Stasi. 1945-1990. München: Pantheon Verlag.

Gill, David/Schröter, Ulrich (1993): Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Hamburg: Rowohlt Verlag.

Henckel von Donnersmarck, Florian (2008): Das Leben der anderen. Filmbuch. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Hickethier, Knut (2007): Film- und Fernsehanalyse. Stuttgart: Metzler Verlag.

Hobsbawm, Eric (2003): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: DTV.

Jesse, Eckhard (1990): „Wir sind das Volk!“ Neues Selbstbewusstsein, Vielfältigkeit und Gefährdungen der Opposition. In: Wewer, Göttrik: DDR – Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung. Gegenwartskunde-Sonderheft 6/1990. Opladen: Leske + Budrich Verlag. S. 47-67.

Judt, Tony (2009): Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main: Fischer Verlag.

Kammler, Clemens/Parr, Rolf/Schneider, Ulrich Johannes (2008): Foucault-Handbuch. Leben-Werk-Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag.

Keller, Reiner (2008): Michel Foucault. Klassiker der Wissenssoziologie. Band 7. Konstanz: UVK.

Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.) (2007): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: Transcript Verlag.

Lemke, Thomas (2007): Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung. In: Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 47-73.

Mai, Manfred (2006): Künstlerische Autonomie und soziokulturelle Einbindung. Das Verhältnis von Film und Gesellschaft. In: Mai, Manfred/Winter, Rainer (Hg.): Das Kino der Gesellschaft – die Gesellschaft des Kinos. Interdisziplinäre Positionen, Analysen und Zugänge. Köln: Herbert von Halem Verlag. S. 24-47.

Mai, Manfred/Winter, Rainer (Hg.) (2006): Das Kino der Gesellschaft – die Gesellschaft des Kinos. Interdisziplinäre Positionen, Analysen und Zugänge. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen (2009): Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München: C.H. Beck Verlag.

Marti, Urs (1999): Michel Foucault. Reihe Denker. München: Beck Verlag.

Maset, Michael (2002): Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Mählert, Ulrich (1999): Kleine Geschichte der DDR. Beck'sche Reihe. München: Beck Verlag.

Mikos, Lothar (2003): Film- und Fernsehanalyse. Konstanz: UVK.

Monaco, James (2007): Film verstehen. Kunst, Technik, Sprache, Geschichte und Theorie des Films und der Medien. Hamburg: Rowohlt Verlag.

Mulvey, Laura (2003): Visuelle Lust und narratives Kino. In: Albersmeier, Franz-Josef (Hg.): Texte zur Theorie des Films. Stuttgart: Reclam Verlag. S. 389-408.

Neugebauer, Gero (1990): Von der Wende zur Wahl – der Zusammenbruch des politischen Systems der DDR. In: Wewer, Göttrik: DDR – Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung. Gegenwartskunde-Sonderheft 6/1990. Opladen: Leske + Budrich Verlag. S. 69-88.

Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf (Hg.) (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1. A-M. München: C.H. Beck Verlag.

Pingel-Schliemann, Sandra (2004): Zersetzen. Strategie einer Diktatur. Schriften des Robert-Havemann-Archivs. Band 8. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

Raffnsoe, Sverre/Gudmand-Hoyer, Marius/Thaning, Morten Sorensen (2011): Foucault. Studienhandbuch. München: Wilhelm Fink Verlag.

Ruffing, Reiner (2008): Michel Foucault. UTB Profile. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.

Ruoff, Michael (2007): Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.

Saar, Martin (2007): Macht, Staat, Subjektivität. Foucault Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. In: Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 23-45.

Schneider, Ulrich Johannes (2004): Michel Foucault. Darmstadt: Primus Verlag.

Schroer Markus (2008a): Einleitung: Die Soziologie und der Film. In: Schroer, Markus (Hg.): Gesellschaft im Film. Konstanz: UVK. S. 7-13.

Schroer, Markus (2008b): Beobachten und Überwachen im Film. In: Schroer, Markus (Hg.): Gesellschaft im Film. Konstanz: UVK. S. 49-86.

Schroer, Markus (Hg.) (2008): Gesellschaft im Film. Konstanz: UVK.

Staritz, Dietrich (1995): Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. München: DTV.

Staritz, Dietrich (1996): Geschichte der DDR. 1949-1990. Moderne Deutsche Geschichte. Band 11. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Vollnhals, Clemens (1994): „Ausführendes Organ der Diktatur des Proletariats“. Das Ministerium für Staatssicherheit. In: Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur. Akademiebeiträge zur politischen Bildung. Band 27. München: Olzog Verlag. S. 51-72.

Weber, Jürgen (Hg.) (1994): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur. Akademiebeiträge zur politischen Bildung. Band 27. München: Olzog Verlag.

Weber, Hermann (1999): Geschichte der DDR. München: DTV.

Wewer, Göttrik (1990): DDR – Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung. Gegenwartskunde-Sonderheft 6/1990. Opladen: Leske + Budrich Verlag.

Wilke, Manfred (2008): Wieslers Umkehr. In: Henckel von Donnersmarck, Florian: Das Leben der anderen. Filmbuch. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag. S. 201-213.

Winter, Rainer (1992): Filmsoziologie. Eine Einführung in das Verhältnis von Film, Kultur und Gesellschaft. München: Verlag Quintessenz Studium.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung I: Bentham's Modell

Quelle: Raffnsoe, Sverre/Gudmand-Hoyer, Marius/Thaning, Morten Sorensen (2011): Foucault. Studienhandbuch. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 217

Lebenslauf

Susanne Kogler,
geboren am 09.12.1981,
in Oberwart im Burgenland.

Ausbildung:

1988-1992	Volksschule Oberwart
1992-2001	Evangelisches Realgymnasium, Oberschützen
Juni 2001	Matura im Evangelischen Realgymnasium, Oberschützen
Seit Oktober 2001	Universität Wien: <i>Magisterstudium der Politikwissenschaft</i>
2005-2009	Universität Wien: <i>Bakkalaureatsstudium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft</i>
Sommersemester 2010	Teilnahme am Erasmus Programm, Auslandssemester an der Universität Hamburg